

STAATSANZEIGER



FÜR DAS LAND HESSEN

1 Y 6432 A

1974

MONTAG, 3. JUNI 1974

Nr. 22

Seite	Seite	Seite
Der Hessische Ministerpräsident — Staatskanzlei 964	Ungültigkeitserklärung eines Dienstausweises 1016	Personalmeldungen
Verlust eines Konsularischen Ausweises 1009	Verlust eines Polizei-Dienstausweises 1016	Im Bereich des Hessischen Ministers des Innern 1023
Der Hessische Minister des Innern	Der Hessische Minister der Finanzen	Im Bereich des Hessischen Ministers für Wirtschaft und Technik 1024
Tarifverträge vom 12. 10. 1973 betr. die Zuwendung für das Jahr 1974 und die folgenden Jahre; hier: Gewährung der Zuwendung an Angestellte, die keinen Anspruch auf flexibles Altersruhegeld aus der gesetzlichen Rentenversicherung haben, aber die Voraussetzungen zum Bezuge einer entsprechenden Versorgungsrente erfüllen oder Anspruch auf beamtenrechtliche Versorgung haben 1010	Automation von Verwaltungsaufgaben; hier: Vergütungsberechnung für die Angestellten der Straßenbauverwaltung 1016	Im Bereich des Hessischen Sozialministers 1025
Lotteriewesen; hier: Zweckertrag beim Prämien- und Gewinnsparen Anschlußtarifverträge 1010	Der Hessische Kultusminister	Im Bereich des Hessischen Ministers für Landwirtschaft und Umwelt 1025
Vertrag zwischen dem Land Hessen und der Kassenärztlichen Vereinigung Hessen in Frankfurt/Main über die zahnärztliche Versorgung der heilfürsorgeberechtigten Beamten der Hessischen Bereitschaftspolizei; hier: Erhöhung der Material- und Laboratoriumskosten 1012	Vorläufige Satzung der Studentenschaft der Technischen Hochschule Darmstadt 1016	Regierungspräsidenten
Technische Baubestimmungen; hier: Ergänzende Bestimmungen zu DIN 18 151 1014	Aufhebung der Evangelischen Kirchengemeinden Oberquembach, Niederquembach, Oberwetz, Griedelbach, Kröffelbach und Kraftsolms und Neubildung der Kirchengemeinde Schöpfunggrund 1020	DARMSTADT
Landeszuweisungen an die Träger der Feuerwehren, denen gem. § 31 des Brandschutzhilfeleistungsgesetzes vom 5. 10. 1970 Einsatzbereiche auf Autobahnen zugewiesen sind 1015	Der Hessische Minister für Wirtschaft und Technik	Ungültigkeitserklärung eines Polizei-Dienstausweises 1026
Zulassung von Feuerlöschgeräten und Feuerlöschmitteln 1015	Eichung und Beglaubigung von Wasserzählern für Kaltwasser 1020	KASSEL
	Der Hessische Sozialminister	Bekanntmachung über den beabsichtigten Erlaß einer Verordnung zur Änderung der Verordnung zum Schutze von Landschaftsteilen in den Landkreisen Frankenberg, Fritzlar-Homberg, Waldeck und Ziegenhain — Landschaftsschutzverordnung für den Kellerwald — vom 11. 8. 1972 .. 1026
	Durchführung der Röntgenverordnung; hier: Bestimmung als Sachverständiger gem. § 4 Abs. 1 Satz 1 und § 8 Abs. 1 Nr. 1 a a. a. O. 1021	Buchbesprechungen 1027
	Kostenerstattung zwischen den Trägern der Sozialhilfe; hier: Kommunale Gebietsreform 1021	Öffentlicher Anzeiger
	Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Umwelt	Beschluß über die teilweise Heranziehung kreisangehöriger Gemeinden zur Durchführung von Sozialhilfemaßnahmen im Landkreis Waldeck-Frankenberg 1039
	Flurbereinigung Beuerbach, Krs. Untertaunus 1022	Veränderung im Aufsichtsrat der Friedberger Gemeinnützigen Wohnungsbau GmbH 1039

Seite 1009

720

DER HESSISCHE MINISTERPRÄSIDENT

Verlust eines Konsularischen Ausweises

Der am 17. 5. 1973 von der Staatskanzlei ausgestellte Konsularische Ausweis — Nr. 5049 — für Frau Tomris K A R A L A R, Sekretärin des Türkischen Generalkonsulats in Frankfurt/Main, ist verlorengegangen.

Der Ausweis wird für ungültig erklärt.

Wiesbaden, 20. 5. 1974

Der Hessische Ministerpräsident
Staatskanzlei
I A 1 — 2 e 10/05

StAnz. 22/1974 S. 1009

721

Der Hessische Minister des Innern

Tarifverträge vom 12. Oktober 1973 betr. die Zuwendung für das Jahr 1974 und die folgenden Jahre;

hier: Gewährung der Zuwendung an Angestellte, die keinen Anspruch auf flexibles Altersruhegeld aus der gesetzlichen Rentenversicherung haben, aber die Voraussetzungen zum Bezuge einer entsprechenden Versorgungsrente erfüllen oder Anspruch auf beamtenrechtliche Versorgung haben.

Bezug: Mein Rundschreiben vom 15. Januar 1974 (StAnz. S. 195)

I.

Nach der Protokollnotiz zu § 62 Abs. 3 Nr. 1 Buchst. d und Nr. 2 Buchst. c BAT erhalten auch die ausscheidenden Angestellten ein Übergangsgeld, die zwar keinen Anspruch auf Altersruhegeld aus der gesetzlichen Rentenversicherung haben, aber die Voraussetzungen zum Bezuge einer entsprechenden Versorgungsrente aus der zusätzlichen Alters- und Hinterbliebenenversicherung erfüllen. Von dieser Regelung wird z. B. der bei der VBL pflichtversicherte Angestellte erfaßt, der einen Lebensversicherungsvertrag abgeschlossen und einen Zuschuß gem. § 14 Versorgungs-TV erhalten hat. Eine der vorstehenden Regelung entsprechende Vorschrift ist in § 1 Abs. 2 des o. a. Zuwendungstarifvertrages für Angestellte versehentlich nicht aufgenommen worden.

Auf der Grundlage eines Beschlusses der Mitgliederversammlung der Tarifgemeinschaft deutscher Länder erkläre ich mich mit Zustimmung des Hessischen Ministers der Finanzen damit einverstanden, daß

- a) die Vorschriften des § 1 Abs. 2 Nr. 3 Buchst. d, Nr. 4 Buchst. c sowie Abs. 4 Nrn. 2 und 3 des o. a. Zuwendungstarifvertrages für Angestellte außertariflich entsprechend der Protokollnotiz zu § 62 Abs. 3 Nr. 1 Buchst. d und Nr. 2 Buchst. c BAT auch auf diejenigen Angestellten angewendet werden, die keinen Anspruch auf flexibles bzw. vorgezogenes Altersruhegeld aus der gesetzlichen Rentenversicherung haben, aber die Voraussetzungen zum Bezuge einer entsprechenden Versorgungsrente aus der zusätzlichen Alters- und Hinterbliebenenversicherung erfüllen. Der Nachweis ist in diesen Fällen durch den Bescheid der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder zu erbringen. Voraussetzung ist im übrigen wie auch in den anderen Fällen des § 1 Abs. 2 des Zuwendungstarifvertrages, daß der Angestellte mindestens vom Beginn des Kalenderjahres an ununterbrochen in einem Rechtsverhältnis der in § 1 Abs. 1 Nr. 2 des Zuwendungstarifvertrages genannten Art gestanden hat;
- b) die Teilzuwendung gem. § 1 Abs. 2 Zuwendungs-TV auch der Angestellte erhält, der eine Anwartschaft oder einen Anspruch auf lebenslängliche Versorgung nach beamten- oder soldatenrechtlichen Vorschriften usw. hat und deshalb weder in der gesetzlichen Rentenversicherung noch bei einer Zusatzversorgungseinrichtung pflichtversichert ist, wenn der Angestellte nach Vollendung des 63. Lebensjahres aus dem Arbeitsverhältnis ausscheidet.

II.

Abschnitt II Unterabschn. A des Bezugsrundschreibens wird wie folgt ergänzt:

1. Der Nr. 4 Buchst. d wird folgender Unterabsatz angefügt:
„Auf der Grundlage eines Beschlusses der Mitgliederversammlung der Tarifgemeinschaft deutscher Länder erkläre ich mich mit Zustimmung des Hessischen Ministers der Finanzen vorbehaltlich einer späteren Ergänzung des Tarifvertrages damit einverstanden, daß die anteilige Zuwendung beim Vorliegen der sonstigen Voraussetzungen auch der Angestellte erhält, der zwar keinen Anspruch auf flexibles Altersruhegeld aus der gesetzlichen Rentenversicherung hat, aber die Voraussetzungen zum Bezuge einer entsprechenden Versorgungsrente erfüllt. Der Nachweis ist durch den Bescheid der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder zu erbringen.“
2. Der Nr. 4 Buchst. f wird folgender Unterabsatz angefügt:
„Auf der Grundlage eines Beschlusses der Mitgliederversammlung der Tarifgemeinschaft deutscher Länder erkläre

ich mich mit Zustimmung des Hessischen Ministers der Finanzen vorbehaltlich einer späteren Ergänzung des Tarifvertrages damit einverstanden, daß die anteilige Zuwendung beim Vorliegen der sonstigen Voraussetzungen auch der Angestellten gewährt wird, die zwar keinen Anspruch auf vorgezogenes Altersruhegeld aus der gesetzlichen Rentenversicherung hat, aber die Voraussetzungen zum Bezuge einer entsprechenden Versorgungsrente erfüllt.“

3. In Nr. 6 werden hinter Unterabsatz 1 folgende Unterabsätze eingefügt:

„Auf der Grundlage eines Beschlusses der Mitgliederversammlung der Tarifgemeinschaft deutscher Länder erkläre ich mich vorbehaltlich einer späteren Ergänzung des Tarifvertrages damit einverstanden, daß die Nrn. 2 und 3 auch auf die Angestellten angewendet werden, die keinen Anspruch auf flexibles bzw. vorgezogenes Altersruhegeld aus der gesetzlichen Rentenversicherung haben, aber die Voraussetzungen zum Bezuge einer entsprechenden Versorgungsrente erfüllen. Der Nachweis ist in diesen Fällen durch den Bescheid der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder zu erbringen.“

4. Es wird folgende Nr. 10 angefügt:

„10. Auf der Grundlage eines Beschlusses der Mitgliederversammlung der Tarifgemeinschaft deutscher Länder erkläre ich mich mit Zustimmung des Hessischen Ministers der Finanzen damit einverstanden, daß die Vorschriften des Absatzes 2 Nr. 3 Buchst. d und des Absatzes 4 Nrn. 2 und 3 des Zuwendungstarifvertrages für Angestellte außertariflich auch auf den Angestellten angewendet werden, der eine Anwartschaft oder einen Anspruch auf lebenslängliche Versorgung nach beamten- oder soldatenrechtlichen Vorschriften usw. hat und deshalb weder in der gesetzlichen Rentenversicherung noch bei einer Einrichtung der zusätzlichen Alters- und Hinterbliebenenversorgung versichert ist. Voraussetzung ist, daß der Angestellte nach Vollendung des 63. Lebensjahres aus dem Arbeitsverhältnis ausscheidet.“

Wiesbaden, 14. Mai 1974

Der Hessische Minister des Innern
I B 42 — P 2028 A — 57
StAnz. 22/1974 S. 1010

722

Lotteriewesen;

hier: Zweckertrag beim Prämien- und Gewinnsparen
Die Anlage zu meinem Erlaß vom 11. 12. 1972 (StAnz. S. 2198) wird wie folgt ergänzt:

4. Verband der Kriegs- und Wehrdienstopfer, Behinderten und Sozialrentner Deutschlands e. V., Landesverband Hessen e. V.
— Landesverbandsgeschäftsstelle —
6 Frankfurt/Main, Elsheimer Straße 10;
Reichsbund der Kriegs- und Zivilbeschädigten, Sozialrentner und Hinterbliebenen e. V.
— Landesverband Hessen e. V. —
6 Frankfurt/Main, Schubertstraße 2;
Verband der Heimkehrer, Kriegsgefangenen und Vermißten-Angehörigen Deutschlands e. V.
— Landesverband Hessen —
6 Frankfurt/Main, Münchener Straße 41 III.

Wiesbaden, 17. 5. 1974

Der Hessische Minister des Innern
II 31 — 39 I 02 — R 6a/74 — 1
StAnz. 22/1974 S. 1010

*

Anschlußtarifverträge

I.

Die Bundesrepublik Deutschland, die Tarifgemeinschaft deutscher Länder und die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände haben folgende Anschlußtarifverträge vereinbart:

1. zum
 Tarifvertrag über vermögenswirksame Leistungen an Angestellte vom 17. Dezember 1970 (StAnz. 1971 S. 91) — Anlage des außer Kraft getretenen Anschlußtarifvertrages vom 1. Februar 1972,
 Tarifvertrag über vermögenswirksame Leistungen an Auszubildende vom 17. Dezember 1970 (StAnz. 1971 S. 91) — Anlage des außer Kraft getretenen Anschlußtarifvertrages vom 1. Februar 1972,
 Tarifvertrag vom 19. Januar 1972 betreffend das Wiederinkrafttreten der Tarifverträge über vermögenswirksame Leistungen an Angestellte, Arbeiter und Auszubildende vom 17. Dezember 1970 (StAnz. 1972 S. 270) — Anlage des außer Kraft getretenen Anschlußtarifvertrages vom 5. Oktober 1972
 mit der Gemeinschaft tariffähiger Verbände im Deutschen Beamtenbund am 26. März 1974,
2. zum Sechsten Änderungsstarifvertrag vom 29. November 1972 zum Tarifvertrag über die Versorgung der Arbeitnehmer des Bundes und der Länder sowie von Arbeitnehmern kommunaler Verwaltungen und Betriebe (Versorgungs-TV) vom 4. November 1966 (StAnz. 1973 S. 185) mit
- dem Marburger Bund,
 - der Gemeinschaft tariffähiger Verbände im Deutschen Beamtenbund,
 - der Gewerkschaft der Polizei,
 - dem Deutschen Berufsverband der Sozialarbeiter und Sozialpädagogen e. V.,
 - dem Berufsverband der Sozialarbeiter/Sozialpädagogen e. V.,
 - dem Verband der Angestellten im öffentlichen Dienst e. V.,
 - dem Verband der weiblichen Angestellten e. V.,
 - der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst im Christlichen Gewerkschaftsbund Deutschlands,
 - der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft
- jeweils am 14. März 1974,
3. zum Tarifvertrag vom 29. November 1972 zur Änderung und Ergänzung des Tarifvertrages über die Gewährung einer Zuwendung an Angestellte vom 24. November 1964 (StAnz. 1973 S. 182) mit
- der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft,
 - der Gewerkschaft der Polizei,
 - dem Deutschen Berufsverband der Sozialarbeiter und Sozialpädagogen e. V.,
 - dem Verband der weiblichen Angestellten e. V.
- jeweils am 12. März 1974,
4. zum
 Neunundzwanzigsten Tarifvertrag zur Änderung und Ergänzung des Bundes-Angestelltentarifvertrages vom 29. November 1972 (StAnz. 1973 S. 183),
 Dreißigsten Tarifvertrag zur Änderung und Ergänzung des Bundes-Angestelltentarifvertrages vom 16. Februar 1973 (StAnz. S. 426) mit
- dem Verband der weiblichen Angestellten e. V. am 20. Dezember 1973,
 - der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft im Deutschen Gewerkschaftsbund,
 - der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst im Christlichen Gewerkschaftsbund Deutschlands,
 - dem Deutschen Berufsverband der Sozialarbeiter und Sozialpädagogen e. V.,
 - der Gewerkschaft der Polizei,
 - der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft,
 - dem Verband der Angestellten im öffentlichen Dienst e. V.,
 - der Gemeinschaft tariffähiger Verbände im Deutschen Beamtenbund
- jeweils am 12. März 1974,
5. zum Änderungsstarifvertrag Nr. 2 vom 5. Dezember 1972 zum Tarifvertrag über Zulagen an technische Angestellte vom 8. Juli 1970 (StAnz. 1973 S. 230) mit
- der Gemeinschaft tariffähiger Verbände im Deutschen Beamtenbund am 10. September 1973,
 - der Gewerkschaft der Polizei am 10. September 1973,
 - der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft am 12. März 1974,
 - dem Verband der Angestellten im öffentlichen Dienst e. V. am 12. März 1974.

II.

Die Bundesrepublik Deutschland und die Tarifgemeinschaft deutscher Länder haben folgende Anschlußtarifverträge vereinbart:

1. zum
 Tarifvertrag über vermögenswirksame Leistungen an Arbeiter vom 17. Dezember 1970 (StAnz. 1971 S. 91) — Anlage des außer Kraft getretenen Anschlußtarifvertrages vom 6. Januar 1972,
 Tarifvertrag vom 19. Januar 1972 betreffend das Wiederinkrafttreten der Tarifverträge über vermögenswirksame Leistungen an Angestellte, Arbeiter und Auszubildende vom 17. Dezember 1970 (StAnz. 1972 S. 270) — Anlage des außer Kraft getretenen Anschlußtarifvertrages vom 1. September 1972
 mit der Gemeinschaft tariffähiger Verbände im Deutschen Beamtenbund am 26. März 1974,
2. zum Vergütungsstarifvertrag Nr. 11 zum BAT für den Bereich des Bundes und für den Bereich der Tarifgemeinschaft deutscher Länder am 16. Februar 1973 (StAnz. S. 428) mit
- dem Marburger Bund,
 - der Gewerkschaft der Polizei,
 - der Gemeinschaft tariffähiger Verbände im Deutschen Beamtenbund,
 - dem Verband der weiblichen Angestellten e. V.,
 - dem Verband der Angestellten im öffentlichen Dienst e. V.,
 - dem Berufsverband der Sozialarbeiter/Sozialpädagogen e. V.,
 - dem Deutschen Berufsverband der Sozialarbeiter und Sozialpädagogen e. V.,
 - der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft,
 - der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft im Deutschen Gewerkschaftsbund
- jeweils am 11. März 1974,
3. zum Tarifvertrag über die Ausbildungsvergütungen für die Lehrlinge und Anlernlinge bei Bund und Ländern vom 16. Februar 1973 (StAnz. S. 436) mit
- der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft,
 - dem Verband der Angestellten im öffentlichen Dienst e. V.,
 - der Gemeinschaft tariffähiger Verbände im Deutschen Beamtenbund,
 - dem Verband der weiblichen Angestellten e. V.,
 - der Gewerkschaft der Polizei
- jeweils am 21. Dezember 1973.

III.

Die Tarifgemeinschaft deutscher Länder hat folgende Anschlußtarifverträge vereinbart:

1. zum
 Tarifvertrag vom 5. August 1970 zur Änderung des Tarifvertrages über die Gewährung einer Zuwendung an Arbeiter des Bundes und der Länder vom 24. November 1964 (StAnz. 1970 S. 2239),
 Ergänzungsstarifvertrag vom 14. Mai 1971 zum Tarifvertrag über die Gewährung einer Zuwendung an Arbeiter des Bundes und der Länder vom 24. November 1964 (StAnz. 1971 S. 1506).
 Tarifvertrag vom 26. September 1973 betreffend das Wiederinkrafttreten des Tarifvertrages über die Gewährung einer Zuwendung an Arbeiter des Bundes und der Länder vom 24. November 1964 (StAnz. 1973 S. 1974)
 mit dem Verband Deutscher Straßenwärter am 27. September 1973,

2. zum Tarifvertrag über eine Zuwendung für Arbeiter des Bundes und der Länder vom 12. Oktober 1973 (StAnz. 1974 S. 195)
mit dem Verband Deutscher Straßenwärter am 13. Oktober 1973,
3. zum Monatslohnvertrag Nr. 4 zum MTL II vom 16. Februar 1973 (StAnz. S. 432) mit
- der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft,
 - der Gemeinschaft tariffähiger Verbände im Deutschen Beamtenbund,
 - der Gewerkschaft der Polizei,
 - der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst im Christlichen Gewerkschaftsbund Deutschlands,
 - dem Verband Deutscher Straßenwärter jeweils am 17. Februar 1973,
4. zum
- Änderungstarifvertrag Nr. 21 zum MTL II vom 29. November 1972 (StAnz. 1973 S. 179),**
Änderungstarifvertrag Nr. 22 zum MTL II vom 18. Oktober 1973 (StAnz. 1974 S. 6) mit
- der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft,
 - der Gemeinschaft tariffähiger Verbände im Deutschen Beamtenbund,
 - der Gewerkschaft der Polizei,
 - der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst im Christlichen Gewerkschaftsbund Deutschlands,
 - dem Verband Deutscher Straßenwärter jeweils am 19. Oktober 1973.

IV.

Von einer Veröffentlichung der Anschlußtarifverträge und einer nochmaligen Bekanntgabe der in den Abschnitten I bis III im einzelnen aufgeführten Tarifverträge sehe ich ab.

Ich bitte um Kenntnisnahme.

Wiesbaden, 14. Mai 1974 **Der Hessische Minister des Innern**
I B 43 — P 2048 A — 27

StAnz. 22/1974 S. 1010

723

Vertrag zwischen dem Land Hessen und der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Hessen in Frankfurt am Main über die zahnärztliche Versorgung der heilfürsorgeberechtigten Beamten der Hessischen Bereitschaftspolizei;

hier: Erhöhung der Material- und Laboratoriumskosten
Nach § 4 in Verbindung mit Anlage 3 des Vertrages vom 22. Dezember 1970 (StAnz. 1971 S. 243) über die zahnärztliche Versorgung der heilfürsorgeberechtigten Beamten der Hessischen Bereitschaftspolizei sind als Material- und Laboratoriumskosten die zwischen dem Bundesminister des Innern und der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung jeweils vereinbarten Kosten anzusetzen.

Die in der Anlage 1 aufgeführten Material- und Laboratoriumskosten gelten

- für nicht genehmigungspflichtige Leistungen, die ab 1. April 1974 erbracht werden, und
- für genehmigungspflichtige Leistungen, für die ab 1. April 1974 Heil- und Kostenpläne aufgestellt werden.

Das Verzeichnis des zu den Material- und Laboratoriumskosten zu zahlenden Goldmehrpriees (Anlage 2) gilt

- für nicht genehmigungspflichtige Leistungen, die ab 1. Februar 1974 erbracht werden, und
- für genehmigungspflichtige Leistungen, für die ab 1. Februar 1974 Heil- und Kostenpläne aufgestellt werden.

Mein Erlaß vom 5. September 1973 (StAnz. S. 1742) wird aufgehoben.

Wiesbaden, 30. 4. 1974 **Der Hessische Minister des Innern**
III A 17 — 12 b 02 01
StAnz. 22/1974 S. 1012

I. Anlage 1

Vorbemerkung*)

- Neben den zahnärztlichen Gebühren sind die Material- und Laboratoriumskosten in der vereinbarten Höhe berechnungsfähig.

*) Bei schwankenden Goldpreisen werden Zu- oder Abschläge zum enthaltenen Goldpreis besonders festgesetzt und mitgeteilt.

- Sofern auf Grund des nachstehenden Verzeichnisses bei einzelnen Leistungen der Einzelnachweis für Material- und Laboratoriumskosten notwendig ist, müssen bei praxis-eigenen Laboratorien die ortsüblichen Sätze der gewerblichen Dentallaboratorien eingesetzt werden.

- Beim Nachweis der Kosten durch Einzelbeleg können den Herstellungskosten im Laboratorium folgende Beträge zugerechnet werden:

je Abdruck	1,40 DM
je Versandgang (Weg vom Zahnarzt zum Labor und zurück)	1,50 DM
je Gramm Edelmetall (Gold) bei Kronen und Brücken	18,10 DM
Kommt anstelle einer Goldlegierung Silberpalladium zur Verwendung, sind von den ausgewiesenen Material- und Laboratoriumskosten folgende Beträge abzuziehen:	
bei einer einflächigen Einlagefüllung nach Nr. 15a der Bugo-Z	11,— DM
bei einer zweiflächigen Einlagefüllung nach Nr. 15 b der Bugo-Z	19,60 DM
bei einer mehrflächigen Einlagefüllung nach Nr. 15 c der Bugo-Z	30,20 DM
bei einer Aufbaufüllung nach Nr. 18 a der Bugo-Z	31,50 DM
bei Halb- oder Dreiviertelkronen	23,30 DM
bei Stift-/Band- oder Fingerhutkronen bzw. Brückengliedern	26,90 DM
bei Verblend- oder Vollgußkronen	43,80 DM
bei Lötstellen	2,90 DM

Verzeichnis der Material- und Laboratoriumskosten

Nr. der Bugo-Z	Leistungsbezeichnung	Abrechnungsbezeichnung	DM
6	Situationsmodell des OK oder UK	6/1	9,20
7	Situationsmodell des OK oder UK	7/1	15,—
15 a	Einlagefüllung, einflächig		
	direkt	15 a/1	33,70
	indirekt Metall	15 a/2	50,90
	indirekt Kunststoff	15 a/3	Einzelnachw.
	indirekt Porzellan	15 a/4	55,10
15 b	Einlagefüllung, zweiflächig		
	direkt	15 b/1	46,20
	indirekt Metall	15 b/2	78,50
	indirekt Kunststoff	15 b/3	Einzelnachw.
	indirekt Porzellan	15 b/4	62,90
15 c	Einlagefüllung, mehrflächig		
	direkt	15 c/1	62,—
	indirekt Metall	15 c/2	101,30
	indirekt Kunststoff	15 c/3	Einzelnachw.
	indirekt Porzellan	15 c/4	68,70
18 a	gegossene Aufbaufüllung		
	direkt	18 a/1	62,—
	indirekt	18 a/2	101,10
19 a	abnehmbare Hülse im Seitenzahngebiet	19 a	1,40
19 b	abnehmbare Hülse im Frontzahngebiet	19 b	1,40
20 a	Stiftkrone, einfach	20 a	107,10
20 b	Bandkrone, eine stufenlose Gußkrone oder eine stufenlose Mantelkrone		
	Bandkrone	20 b/1	92,60
	stufenlose Gußkrone (Vollguß)	20 b/2	124,50
	stufenlose Mantelkrone (Kunststoff)	20 b/3	76,40
20 c	Stiftkrone mit gegossener Kappe oder eine Bandstiftkrone		
	Stiftkrone mit gegossener Kappe, mit Kunststoffeinpressung, Kappe direkt hergestellt	20 c/1	144,70
	Stiftkrone mit gegossener Kappe, mit Kunststoffeinpressung, Kappe indirekt hergestellt	20 c/2	170,60
	Stiftkrone mit gegossener Kappe, mit Porzellanfacette, Kappe direkt hergestellt	20 c/3	130,60
	Stiftkrone mit gegossener Kappe, mit Porzellanfacette, Kappe indirekt hergestellt	20 c/4	154,50
	Bandstiftkrone mit Kunststoffeinpressung	20 c/5	146,10
	Bandstiftkrone mit Porzellanfacette	20 c/6	130,70
20 d	Verblendkrone oder eine Stufenkrone		
	Verblendkrone mit Kunststoffeinpressung	20 d/1	156,80

Nr. der Bugo-Z	Leistungsbezeichnung	Abrechnungsbezeichnung	DM
	Stufenkrone, Vollguß	20 d 2	124,50
	Stufenkrone, Halb- oder Dreiviertelkrone (Metall)	20 d 3	99,50
	Stufenkrone, Kunststoff	20 d 4	72,10
	Stufenkrone, Porzellan (Frontzahn)	20 d 5	94,80
	Stufenkrone, Porzellan (Seitenzahn)	20 d 6	98,—
	Durch eine Gebühr nach Nr. 20 sind folgende zahnärztliche Leistungen abgeboten. Beschleifen des Zahnes (ohne Anästhesie), Bißnahme, Einpassen des Kronenbandes, Abdrucknahme, Einprobe, Einfügen der Krone (Einzementieren), Nachkontrolle.		
21	provisorische Krone	21	2,40
22	Teilleistungen		Einzelnachw.
90	Bißführungsplatte	90 1	Einzelnachw.
91 a	Bandkrone	91 a 1	92,60
	stufenlose Gußkrone (Vollguß) gegossene Einlagefüllung (zweiflächig)	91 a 2	124,50
	direkt	91 a 3	46,20
	indirekt	91 a 4	78,50
	mehrfächig direkt	91 a 5	62,—
	indirekt	91 a 6	101,30
91 b	Stiftkrone mit gegossener Kappe mit Kunststoffeinpresseung	91 b 1	144,70
	Kappe direkt hergestellt	91 b 2	170,60
	Kappe indirekt hergestellt mit Porzellanfacette	91 b 3	130,60
	Kappe direkt hergestellt	91 b 4	154,50
	Kappe indirekt hergestellt	91 b 5	146,10
	Bandstiftkrone mit Kunststoffeinpresseung mit Porzellanfacette	91 b 6	130,70
91 c	Verblendkrone mit Kunststoffeinpresseung	91 c 1	156,80
	Stufenkrone	91 c 2	124,50
	Metall (Vollguß)	91 c 3	72,10
	Kunststoff	91 c 4	94,80
	Porzellan Frontzahn	91 c 5	98,—
	Seitenzahn	91 c 6	99,50
	Halb- oder Dreiviertelkrone	91 c 7	169,70
	Fingerhutkrone	91 c 8	188,80
	Kunststoff	91 c 9	196,40
	Porzellan Frontzahn		
	Seitenzahn		
91 d	Teleskopkrone (ohne Feder oder Riegel) ohne Verblendung mit Verblendung	91 d 1	Einzelnachw.
		91 d 2	Einzelnachw.
92	Je Zwischenglied oder Freiglied massiv mit Kunststoffeinpresseung mit Langstiftzahn (Facette) Je Lötstelle (Brückenanker/Brückenanker, Brückenanker/Zwischenglied)	92 1	88,80
		92 2	127,40
		92 3	117,80
		92 4	12,30
93	Besondere Brückenkonstruktion	93 1	Einzelnachw.
93 a	Teilleistungen	93 a 1	Einzelnachw.
95 a	Wiedereinsetzen einer Brücke mit 2 Anker	95 a 1	Einzelnachw.
95 b	Wiedereinsetzen einer Brücke oder Schiene mit mehr als 2 Anker	95 b 1	Einzelnachw.
95 c	Erneuerung einer Facette oder Verblendschale oder dgl.	95 c 1	Einzelnachw.
96	Partielle Prothese mit 1 Zahn	96 1	89,40
	mit 2 Zähnen	96 2	96,90
	mit 3 Zähnen	96 3	103,40
	mit 4 Zähnen	96 4	109,90
	mit 5 Zähnen	96 5	116,40
	mit 6 Zähnen	96 6	122,90
	mit 7 Zähnen	96 7	129,40
	mit 8 Zähnen	96 8	135,90
	mit 9 Zähnen	96 9	142,40
	mit 10 Zähnen	96 10	148,90
	mit 11 Zähnen	96 11	155,40
	mit 12 Zähnen	96 12	161,90
	mit 13 Zähnen	96 13	168,40
	zusätzlich zu Nrn. 96 1 bis 96 13		
	je einfache gebogene Haltevorrichtung	96 14	9,70
	je einfache gebogene Stützvorrichtung (nur wenn nicht mit Haltevorrichtung verbunden)	96 15	9,70
	je einfache gegossene Haltevorrichtung in Verbindung mit einer Kunststoffprothese, einzeln gegossen	96 16	20,20
	je einfache gegossene Haltevorrichtung in Verbindung mit einer Metallbasis gegossen	96 16 a	15,10

Nr. der Bugo-Z	Leistungsbezeichnung	Abrechnungsbezeichnung	DM
	je einfache gegossene Stützvorrichtung (nur, wenn nicht mit Haltevorrichtung verbunden)	96 17	20,20
	je doppelarmig gebogene Haltevorrichtung	96 18	15,50
	je doppelarmig gegossene Haltevorrichtung in Verbindung mit einer Kunststoffprothese, einzeln gegossen	96 19	25,90
	je doppelarmig gegossene Haltevorrichtung in Verbindung mit einer Metallbasis gegossen	96 19 a	21,20
	je doppelarmig gebogene Haltevorrichtung mit Auflage	96 20	19,30
	je doppelarmig gegossene Haltevorrichtung mit Auflage in Verbindung mit einer Kunststoffprothese, einzeln gegossen	96 21	29,60
	je doppelarmig gegossene Haltevorrichtung mit Auflage in Verbindung mit einer Metallbasis gegossen	96 21 a	24,70
	je Bonyhardklammer gebogen	96 22	18,20
	gegossen (in Verbindung mit einer Kunststoffprothese, einzeln gegossen)	96 23	28,30
	gegossen (in Verbindung mit einer Metallbasis gegossen)	96 23 a	23,—
	je Jacksonklammer gebogen	96 24	22,70
	je Bonwillklammer gegossen (in Verbindung mit einer Kunststoffprothese, einzeln gegossen)	96 25	44,40
	gegossen (in Verbindung mit einer Metallbasis gegossen)	96 25 a	40,30
	andere als unter 96 14 bis 96 25 a aufgeführte Halte- oder Stützvorrichtungen	96 26	Einzelnachw.
	je Lötstelle (Klammerarm/Klammer)	96 27	12,90
97	Prothese mit 14 Zähnen	97 1	171,40
98 a	Abdruck mit individuellem Löffel		
	Kunststofflöffel	98 a 1	36,30
	Schellacklöffel	98 a 2	30,70
98 b	Funktionsabdruck mit individuellem Löffel im OK		
	Kunststofflöffel	98 b 1	38,—
	Schellacklöffel	98 b 2	32,—
98 c	Funktionsabdruck mit individuellem Löffel im UK		
	Kunststofflöffel	98 c 1	36,—
	Schellacklöffel	98 c 2	32,—
98 d	Metallbügel gebogen	98 d 1	69,—
	gegossen	98 d 2	Einzelnachw.
98 e	Metallbasis bei totaler Prothese (zusätzlich zu Nr. 97) im Oberkiefer	98 e 1	118,20
	im Unterkiefer	98 e 2	120,40
98 f	siehe unter 96 15, 96 17 bis 96 21 a		
98 g	Metallbasis bei partieller Prothese (zusätzlich zu Nrn. 96 1 bis 96 13)	98 g 1	115,—
	Halte- und Stützvorrichtungen (zusätzlich zu Nrn. 96 1 bis 96 13 und 98 g 1) siehe unter	96 16	
		96 17	
		96 19	
		96 19 a	
		96 21 bis	
		96 26	
		98 h 1	
98 h	Komplizierte Halte- und Stützvorrichtungen	98 h 1	Einzelnachw.
99	Teilleistungen	99 1	Einzelnachw.
100	Anmerkung zu Nr. 100 Sind zum Wiederherstellen der Funktion einer Prothese Maßnahmen an der Metallbasis erforderlich (z. B. Schweißen oder Löten eines Risses, Anbringen von Retentionen usw.), so sind alle Material- und Laboratoriumskosten durch Einzelbeleg nachzuweisen. Das gilt auch, wenn daneben noch andere Maßnahmen erforderlich sind.		
100 a	Wiederherstellen kleinen Umfangs (ohne Abdruck) Bei mehreren selbständigen Arbeitsgängen im Laboratorium ist der Grundpreis von 27,50 DM entsprechend mehrfach berechenbar.	100 a 1	27,50

Nr. der Bugo-Z	Leistungsbezeichnung	Abrechnungsbezeichnung	DM
100 b	Wiederherstellen größeren Umfanges (mit Abdruck) Bei mehreren selbständigen Arbeitsgängen im Laboratorium ist der Grundpreis von 32,50 DM (bzw. 27,50 DM, wenn kein erneuter Abdruck erforderlich) entsprechend mehrfach berechenbar. Zusätzlich zu Nr. 100 a/1 bzw. 100 b/1 Bei mehreren Leistungen in einem Arbeitsgang für die zweite und jede weitere Leistung Bei Erneuerung oder Erweiterung je Halte- oder Stützvorrichtung siehe unter 96/14 bis 96/26	100 b.1	32,50
	je Frontzahn	100 a.3 bzw. 100 b.3	4,—
	je Prämolarmolar	100 a.4 bzw. 100 b.4	2,—
100 c	Teilunterfütterung einer Prothese direktes Verfahren indirektes Verfahren	100 c.1 100 c.2	10,— 43,—
100 d	Vollständige Unterfütterung einer Prothese, direktes Verfahren	100 d.1	13,70
100 e	Vollständige Unterfütterung einer Prothese, indirektes Verfahren ohne Erneuerung der Basisplatte mit Erneuerung der Basisplatte	100 e.1 100 e.2	57,50 68,70
100 f	Vollständige Unterfütterung einer Prothese im indirekten Verfahren einschl. funktioneller Randgestaltung im OK ohne Erneuerung der Basisplatte mit Erneuerung der Basisplatte	100 f.1 100 f.2	57,50 68,70
100 g	Vollständige Unterfütterung einer Prothese im indirekten Verfahren einschl. funktioneller Randgestaltung im UK ohne Erneuerung der Basisplatte mit Erneuerung der Basisplatte	100 g.1 100 g.2	57,50 68,70

Anlage 2

Verzeichnis des ab 1. Februar 1974 zu den Material- und Laboratoriumskosten zu zahlenden Goldmehrpriees

Abrechnungsbezeichnung	Goldmehrpriees	Abrechnungsbezeichnung	Goldmehrpriees
15 a/1	— 4,80	91 a/1	—12,89
15 a/2	— 4,80	91 a/2	—18,34
15 b/1	— 8,85	91 a/3	— 8,85
15 b/2	— 8,85	91 a/4	— 8,85
15 c/1	—13,95	91 a/5	—13,95
15 c/2	—13,95	91 a/6	—13,95
18 a/1	—13,95	91 b/1	—12,89
18 a/2	—13,95	91 b/2	—12,89
20 a/1	—12,89	91 b/3	—12,89
20 b/1	—12,89	91 b/4	—12,89
20 b/2	—18,34	91 b/5	—12,89
20 c/1	—12,89	91 b/6	—12,89
20 c/2	—12,89	91 c/1	—18,34
20 c/3	—12,89	91 c/2	—18,34
20 c/4	—12,89		
20 c/5	—12,89		
20 c/6	—12,89	91 c/6	—11,72
20 d/1	—18,34	91 c/7	—12,89
20 d/2	—18,34	91 c/8	—12,89
20 d/3	—11,72	91 c/9	—12,89
		91 d/1	—26,37
		91 d/2	—26,37
		92/1	—12,89
		92/2	—12,89
		92/3	—12,89
		92/4	— 1,16

724

Technische Baubestimmungen;

hier: Ergänzende Bestimmungen zu DIN 18 151 — Ausgabe September 1952 xx —

Bezug: Erlaß vom 26. 9. 1960 (StAnz. S. 1269)

1. Mit Erlaß vom 26. 9. 1960 wurde die Norm DIN 18 151, Ausgabe September 1952 xx, — Hohlblocksteine aus Leichtbeton — als technische Baubestimmung bauaufsichtlich eingeführt.
2. Für die Anwendung der Norm DIN 18 151 wird ergänzend folgendes bestimmt:
 - 2.1. Hohlblocksteine (Dreikammersteine) nach DIN 18 151 Tafel 3 Zeilen 17 bis 20 dürfen auch mit einer Höhe von 238 mm hergestellt werden.
 - 2.2. Diese Steine können auch mit einer Länge von 495 mm hergestellt werden. Die Tiefe der Stirnseitennut (Maß f der Tafel 4 DIN 18 151) muß in diesem Fall mindestens 20 mm betragen.
 - 2.3. Die 495 mm langen Steine sind in der sogenannten Reihenverlegung zu vermauern. Dazu werden die Hohlblocksteine vor dem Absenken auf das Mörtelbett der Lagerfuge mit der Stirnseite knirsch an die Stirnseite des zuletzt vermauerten Steines und senkrecht von oben auf das Mörtelbett geführt, damit von dort kein Mörtel zwischen die äußeren Begrenzungen der Stirnseitennuten gelangt. Die Stirnseitennuten sind dann von oben zu vermörteln.
 - 2.4. Güteüberwachung
 - 2.4.1. Allgemeines
Hohlblocksteine aus Leichtbeton dürfen nur verwendet werden, wenn sie aus Werken stammen, die einer Überwachung (Güteüberwachung), bestehend aus Eigen- und Fremdüberwachung, unterliegen.
 - 2.4.2. Eigenüberwachung
 - 2.4.2.1. Der Hersteller hat die Eigenschaften der Hohlblocksteine in jedem Werk zu überwachen, und zwar je Steinsorte, Güteklasse und Fertigungsmaschine. Art, Umfang und Häufigkeit der einzelnen Prüfungen werden bei der Eigenüberwachung wie folgt festgelegt:
 - a) Steinhöhe: an 3 Steinen je Fertigungstag
 - b) Maße, Steingewicht, Betonröhndichte und Druckfestigkeit: an 3 Steinen je Fertigungswoche.
 - 2.4.2.2. Nach ungenügendem Prüfergebnis sind vom Hersteller unverzüglich die erforderlichen Maßnahmen zur Abstellung der Mängel zu treffen; wenn es zur Vermeidung etwaiger Folgeschäden erforderlich ist, sind die Abnehmer zu benachrichtigen.
Nach Abstellung der Mängel sind — soweit erforderlich — die betreffenden Prüfungen zu wiederholen. Erzeugnisse, die den Anforderungen nicht entsprechen, sind auszusondern
 - 2.4.2.3. Die Ergebnisse der Prüfungen sind aufzuzeichnen und möglichst statistisch auszuwerten. Die Aufzeichnungen sind mindestens fünf Jahre aufzubewahren und der fremdüberwachenden Stelle (Abschnitt 2.4.3) auf Verlangen vorzulegen.
 - 2.4.3. Fremdüberwachung
 - 2.4.3.1. Art, Umfang und Häufigkeit
 - 2.4.3.1.1. Im Rahmen der Fremdüberwachung sind durch eine hierfür anerkannte Güteschutzgemeinschaft oder auf Grund eines Überwachungsvertrages durch eine hierfür anerkannte Prüfstelle die Eigenüberwachung sowie die personellen und gerätemäßigen Voraussetzungen mindestens zweimal jährlich zu überprüfen. Außerdem sind folgende Prüfungen durchzuführen:
 - a) Steinabmessungen
 - b) Steingewicht und Betonröhndichte
 - c) Druckfestigkeit
 - 2.4.3.1.2. Der Hersteller hat der fremdüberwachenden Stelle schriftlich mitzuteilen:

- a) die Inbetriebnahme des Werkes,
- b) Name des technischen Werkleiters, auch bei Wechsel,
- c) die vorgesehenen Arten der Hohlblocksteine,
- d) die Durchführung der Eigenüberwachung.

725

Landeszuweisungen an die Träger der Feuerwehren, denen gem. § 31 des Brandschutzhilfeeistungsgesetzes vom 5. 10. 1970 (GVBl. I S. 585) Einsatzbereiche auf Autobahnen zugewiesen sind

Bezug: Richtlinien für die Brandbekämpfung und Hilfeleistung auf Autobahnen im Lande Hessen vom 19. 2. 1974 (StAnz. S. 522)

Gemäß § 31 des Brandschutzhilfeeistungsgesetzes wird die Gewährung von Landeszuweisungen zu den Kosten der Feuerwehren bei Einsätzen auf Autobahnen in den zugewiesenen Einsatzbereichen im Benehmen mit dem Hessischen Minister der Finanzen wie folgt geregelt:

1. Als Zuweisungen des Landes zu den Kosten der Feuerwehren bei Einsätzen auf Autobahnen werden Durchschnittssätze festgesetzt.
2. Der Durchschnittssatz je Einsatz auf der Autobahn beträgt 300,— DM; jährlich werden jedoch mindestens 2000,— DM gewährt.
3. Die Landeszuweisungen werden nach Prüfung der mir gem. Abs. 5 der o. a. Richtlinien vorzulegenden Berichte jährlich nachträglich festgesetzt und ausgezahlt.
4. Die Landeszuweisungen sind zweckgebunden für Ausrüstungen und Geräte der zum Autobahneinsatz bestimmten Feuerwehren zu verwenden.
5. Zahlungsempfänger der Landeszuweisungen sind die Träger der Feuerwehren.
6. Die Gewährung der Landeszuweisungen erfolgt ab dem Haushaltsjahr 1974.

Wiesbaden, 30. 4. 1974

Der Hessische Minister des Innern
VI 51 — 65 a/06 — 02
StAnz. 22/1974 S. 1015

726

Zulassung von Feuerlöschgeräten und Feuerlöschmitteln

Bezug: Verwaltungsvereinbarung über die Prüfung, Zulassung bzw. Anerkennung von Feuerlöschgeräten und Feuerlöschmitteln vom 8. 11. 1956 (StAnz. S. 1203)

Der Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen hat nach Durchführung der vorgeschriebenen Prüfungen auf Vorschlag der amtlichen Prüfstelle für Feuerlöschmittel und -geräte in Münster die in der Anlage aufgeführten Feuerlöschgeräte und Feuerlöschmittel für die Herstellung und den Vertrieb innerhalb der Bundesrepublik Deutschland neu zugelassen. Zugelassene Feuerlöschgeräte müssen zum Vertrieb im Inland mit dem vorgeschriebenen Zulassungsvermerk versehen sein. Auf Grund der genannten Verwaltungsvereinbarung gilt die Zulassung auch für den Bereich des Landes Hessen.

Wiesbaden, 17. 5. 1974 **Der Hessische Minister des Innern**
VI 57 — 65 f — 02 — 3
StAnz. 22/1974 S. 1015

*

Lfd. Nr.	Hersteller	Feuerlöschgeräte Feuerlöschmittel a) Herst.-Typ- bezeichnung b) Bauart-Kurzzeichen	Zulas- sungs- Kenn- Nr.	zugelas- sen für Brand- klasse:
25. 10. 1973				
1	Minimax GmbH 206 Bad Oldestoe Industriestr. 10/12	„Minimax“-Pulverlösch- gerät von Hand fahrbar a) PM 50 b) PM 50 H	P 3 — 3/73	D* *nur mit Pulver- brause
2	— dito —	„Minimax“-Pulver- löschgerät auf Ein- achsfahrgestell a) PM 250 b) PM 250 H	P 3 — 4/73	D* *nur mit Pulver- brause
3	— dito —	„Minimax“-Kohlen- dioxidlöschgerät auf Einachsfahrgestell a) C 120 b) K 120	P 3 — 5/73	BCE
4	— dito —	„Minimax“-Kohlen- dioxidlöschgerät auf Einachsfahrgestell a) C 240 b) K 240	P 3 — 6/73	BCE

2.4.3.1.3. Vor Aufnahme der Fremdüberwachung hat die fremdüberwachende Stelle eine vollständige Erstprüfung nach den Abschnitten 2.4.2.1 und 2.4.3.1.1 durchzuführen und festzustellen, ob die Hohlblocksteine den Anforderungen von DIN 18 151 Abschnitte 2 bis 5 entsprechen. Sie hat sich auch davon zu überzeugen, daß die personellen und gerätemäßigen Voraussetzungen für eine ständige ordnungsgemäße Herstellung und Prüfung gegeben sind.

2.4.3.1.4. Nach wesentlichen Beanstandungen oder unzureichenden Prüfergebnissen sind unverzüglich Wiederholungsprüfungen durchzuführen. Mängel, die im Rahmen der Eigenüberwachung festgestellt und unverzüglich abgestellt worden sind, können unbeanstandet bleiben.

2.4.3.2. Probenahme
Die Proben sind vom Prüfer oder Beauftragten der fremdüberwachenden Stelle aus einem möglichst großen Vorrat oder aus der Fertigung zu entnehmen; sie sollen dem Durchschnitt der Erzeugung entsprechen.

Die Proben sind sofort unverwechselbar zu kennzeichnen. Über die Entnahme der Probe ist von dem Probennehmer ein Protokoll anzufertigen, abzuzeichnen und vom Werkleiter oder seinem Vertreter gegenzuzeichnen. Das Protokoll muß mindestens folgende Angabe enthalten:

- a) Hersteller und Werk,
- b) Entnahmestelle.
- c) Bezeichnung des Erzeugnisses und Herstellungsdatum,
- d) Kennzeichnung der Proben,
- e) Ort und Datum der Entnahme.

2.4.3.3. Überwachungsbericht
Die Ergebnisse der Fremdüberwachung sind in einem Überwachungsbericht festzuhalten.

Der Überwachungsbericht muß unter Hinweis auf diese Norm folgende Angaben enthalten:

- a) Hersteller und Werk,
- b) Bezeichnung des Erzeugnisses,
- c) Bewertung der Eigenüberwachung,
- d) Angaben über die Probenahme,
- e) Ergebnisse der durchgeführten Prüfungen und Vergleich mit den Anforderungen,
- f) Gesamtbewertung,
- g) Ort, Datum, Unterschrift und Stempel der fremdüberwachenden Stelle.

Der Bericht ist im Herstellerwerk und bei der fremdüberwachenden Stelle mindestens fünf Jahre aufzubewahren.

2.4.4. Kennzeichnung
Nach dieser Norm hergestellte und überwachte Hohlblocksteine sind mit Lieferscheinen auszuliefern, die folgende Angaben enthalten:

- a) Hersteller und Werk,
- b) Werkkennzeichen — soweit vorhanden,
- c) Umfang und Kurzbezeichnung der gelieferten Hohlblocksteine,
- d) fremdüberwachende Stelle — z. B. Gütezeichen —,
- e) Tag der Lieferung,
- f) Empfänger.

3. Das mit Erlaß vom 26. 11. 1973 (StAnz. S. 2191) übersandte Verzeichnis der für die Bauaufsicht im Lande Hessen eingeführten technischen Baubestimmungen ist in Abschnitt II a nach lfd. Nr. 5 unter Hinweis auf diesen Erlaß zu ergänzen.

Wiesbaden, 10. 5. 1974 **Der Hessische Minister des Innern**
V A 2 — 64 b 16/05 — 3/74
StAnz. 22/1974 S. 1014

Lfd. Nr.	Hersteller	Feuerlöschgeräte Feuerlöschmittel a) Herst.-Typ- bezeichnung b) Bauart-Kurzzeichen	Zulas- sungs- Kenn- Nr.	zugelas- sen für Brand- klasse:
4. 1. 1974				
5	Eisenwerk Frau- lautern GmbH, 663 Saarlouis- Fraulautern	„EFAG“-Pulverlöscher DIN-Pulver 6 a) EF 6 — P1 — 2 b) PG 6 H	P 1 — 6/73	ABCE* *bis 1000 V
6	— dito —	„EFAG“-Pulverlöscher DIN-Pulver 6 a) EF 6 — P1 — 1 b) P 6 H	P 1 — 7/73	BCE
7	— dito —	„EFAG“-Pulverlöscher DIN-Pulver 12 a) EF 12 — P1 — 2 b) PG 12 H	P 1 — 8/73	ABCE* *bis 1000 V
8	— dito —	„EFAG“-Pulver- löscher DIN-Pulver 12 a) EF 12 — P1 — 1 b) P 12 H	P 1 — 9/73	BCE
9	— dito —	„EFAG“-Pulverlöscher DIN-Pulver 1 a) EF 1 — 2 b) PG 1 L	P 1 — 4/73	ABCE* *bis 1000 V
10	— dito —	„EFAG“-Kfz-Sonder- löscher a) EF 2 — 2 b) PG 2 L	P 2 — 3/73	ABCE* *bis 1000 V
31. 1. 1974				
11	Minimax GmbH 206 Bad Oldesloe Industriestr. 10/12	„Minimax“-Pulver- löscher DIN-Pulver 12 a) DU 12 b) PG 12 L	P 1 — 23/73	ABCE* *bis 1000 V
12	Favorit Feuer- schutz GmbH 46 Dortmund Münsterstr. 121	„Favorit“-Pulver- löscher DIN-Pulver 12 a) DPG 12 b) PG 12 L	P 1 — 26/73	ABCE* *bis 1000 V
13. 2. 1974				
13	DÜKA-Feuer- löschapparatebau F. Döberitz 35 Kassel Hafenstr. 7	„DÜKA“-Kohlendioxid- löscher DIN Kohlen- dioxid 6 a) KS 6 S b) K 6	P 1 — 28/73	BE
11. 3. 1974				
14	Weinstock & Siebert 4 Düsseldorf Am Karlshof 10	Normal-Löschpulver „Furex BCE 300“ a) Furex BCE 300	PL — 4/73	BCE Das Löschmittel darf nur in den Geräten verwen- det werden, mit denen es typgeprüft und zuge- lassen ist.

Lfd. Nr.	Hersteller	Feuerlöschgeräte Feuerlöschmittel a) Herst.-Typ- bezeichnung b) Bauart-Kurzzeichen	Zulas- sungs- Kenn- Nr.	zugelas- sen für Brand- klasse:
15	Total Foerstner & Co. 6802 Ladenburg/ Neckar	„Total“-Halonlöscher DIN-Halon 0,8 a) HAL 1,5 b) Ha 0,8 L	P 1 — 29/73	BCE
16	— dito —	„Total“-Halonlöscher DIN Halon 2 a) HAL 3,7 b) Ha 2 L	P 1 — 30/73	BCE

727

Ungültigkeitserklärung eines Dienstausses

Der für den Tankwart Theodor Walter Jung am 30. 7. 72 von der Direktion der Hessischen Bereitschaftspolizei ausgestellte Dienstaussweis Nr. 15 ist in Verlust geraten.

Der Dienstaussweis wird für ungültig erklärt.

Wiesbaden, 15. 5. 1974

**Direktion
der Hessischen Bereitschaftspolizei**
V — 7 d 14

StAnz. 22/1974 S. 1016

728

Verlust eines Polizei-Dienstausses

Der am 1. 1. 1974 vom Polizeipräsidenten in Frankfurt am Main für Polizeimeister Rainer Grebe ausgestellte Polizei-dienstaussweis Nr. 05-566 ist in Verlust geraten.

Er wird hiermit für ungültig erklärt.

Frankfurt a. M., 13. 5. 1974

Der Polizeipräsident
P III/1 — 30.41

StAnz. 22/1974 S. 1016

729

Der Hessische Minister der Finanzen

Automation von Verwaltungsaufgaben;

hier: Vergütungsberechnung für die Angestellten der Straßenbauverwaltung

1. Mit Wirkung vom 1. 7. 1974 wird im Einvernehmen mit dem Hessischen Minister für Wirtschaft und Technik die Zuständigkeit für die Berechnung und Zahlbarmachung der Vergütungen für die Angestellten der Straßenbauverwaltung — Kap 07 04 —, soweit diese Angestellten zum Bereich des

- Hessischen Landesamtes für Straßenbau in Wiesbaden,
 - Straßenneubauamtes Untermain in Frankfurt/M.,
 - Straßenneubauamtes Rhein-Main in Wiesbaden,
 - Straßenneubauamtes Bensheim,
 - Straßenneubauamtes Darmstadt,
 - Straßenneubauamtes Hanau
- gehören, von der Staatskasse Wiesbaden auf die Staatskasse Kassel übertragen.

2. Festsetzungsstelle bleibt wie bisher das Hessische Landesamt für Straßenbau in Wiesbaden.
3. Die Rechnungslegung obliegt der Staatskasse Kassel.
4. Für die Vorprüfung ist das Staatl. Rechnungsprüfungsamt Kassel zuständig.
5. Die Übergabearbeiten sind zwischen den beteiligten Stellen einvernehmlich so rechtzeitig durchzuführen, daß die Staatskasse Kassel die erstmalige Auszahlung pünktlich leisten kann.

Bei dieser Aufgabenübertragung wurden die zuständigen Personalvertretungen beteiligt.

Wiesbaden, 14. Mai 1974

Der Hessische Minister der Finanzen
O 1589 A — 2 — I A 23

StAnz. 22/1974 S. 1016

730

Der Hessische Kultusminister

Vorläufige Satzung der Studentenschaft der Technischen Hochschule Darmstadt

Gemäß § 36 Abs. 1 Nr. 2 des Hochschulgesetzes (HHG) vom 12. Mai 1970 (GVBl. I S. 315), zuletzt geändert durch Gesetz vom 12. Juni 1973 (GVBl. I S. 202), genehmige ich die vom Präsidenten der Technischen Hochschule Darmstadt am 16. Mai 1974 im Rahmen der Rechtsaufsicht erlassene vorläufige Satzung der Studentenschaft der Technischen Hochschule Darmstadt.

Die vorläufige Satzung der Studentenschaft der Technischen Hochschule Darmstadt wird nachstehend veröffentlicht.

Wiesbaden, 1. Juni 1974

Der Hessische Kultusminister

V B 4 — 433/41 — 229

gez. v. Friedeburg

StAnz. 22/1974 S. 1016

Rechtsaufsichtlich erlassene vorläufige Satzung der Studentenschaft der Technischen Hochschule Darmstadt (§ 38 Abs. 2 Satz 2 in Verbindung mit § 35 HHG)

Abschnitt I: Die Studentenschaft

§ 1

- (1) Student im Sinne dieser Satzung ist jeder immatrikulierte Studierende der Technischen Hochschule Darmstadt.
- (2) Die Gesamtheit der Studenten bildet die Studentenschaft.
- (3) Die Studentenschaft ist gemäß § 26 Abs. 2 HHG eine Körperschaft des öffentlichen Rechts und als solche Glied der Universität.

§ 2 Rechte und Pflichten der Studenten

- (1) Jeder Student hat das Recht, nach Maßgabe dieser Satzung in den Organen der Studentenschaft mitzuwirken.
- (2) Jeder Student hat das aktive und passive Wahlrecht, soweit diese Satzung nichts anderes bestimmt.
- (3) Jeder Student hat das Recht, von den Organen der Studentenschaft gehört zu werden und ihnen Anträge vorzulegen.
- (4) Zur Erfüllung ihrer Aufgaben erhebt die Studentenschaft von den Mitgliedern Beiträge.

§ 3 Aufgaben der Studentenschaft

- (1) Die Studentenschaft verwaltet ihre Angelegenheiten selbst. Sie wirkt nach Maßgabe der Gesetze an der Selbstverwaltung der Technischen Hochschule Darmstadt mit.
- (2) Die Studentenschaft hat folgende Aufgaben:
 1. die Vertretung der Gesamtheit ihrer Mitglieder im Rahmen ihrer gesetzlichen und satzungsmäßigen Befugnisse,
 2. die Wahrnehmung der hochschulpolitischen Belange ihrer Mitglieder,
 3. die Wahrnehmung der wirtschaftlichen Selbsthilfe der Studenten, soweit sie nicht dem Studentenwerk übertragen ist,
 4. die Mitwirkung bei der Studentenförderung,
 5. die Förderung der politischen Bildung und des staatsbürgerlichen Verantwortungsbewußtseins der Studenten,
 6. die Pflege internationaler Studentenbeziehungen,
 7. die Unterstützung kultureller und musischer Interessen der Studenten,
 8. die Förderung des freiwilligen Studentensports, soweit nicht die Hochschule dafür zuständig ist.

§ 4 Organe der Studentenschaft

- (1) Die Organe der Studentenschaft sind

1. das Parlament,
2. der Allgemeine Studentenausschuß,
3. der Ältestenrat,
4. die Fachschaftsvertretungen.

- (2) Das Parlament und der Ältestenrat tagen grundsätzlich öffentlich. Das Nähere regeln die Geschäftsordnungen.

§ 5 Amtsträger der Studentenschaft

- (1) Amtsträger der Studentenschaft sind

1. die Mitglieder der Organe der Studentenschaft,
2. die Referenten des Allgemeinen Studentenausschusses.

- (2) Die Amtsträger der Studentenschaft und die vom Studentenparlament beauftragten studentischen Vertreter sind verpflichtet, ihre Aufgaben ordnungsgemäß zu erfüllen. Verstößen sie gegen die Satzung und Ordnung der Studentenschaft, so haben sie sich auf Antrag vor dem Ältestenrat zu verantworten.

- (3) Den Amtsträgern der Studentenschaft und den Herausgebern der Studentenzeitung kann nach Maßgabe der Finanzordnung ein Ersatz für Aufwendungen gewährt werden, die sie in Ausübung ihres Amtes haben. Die Mitglieder des Allgemeinen Studentenausschusses haben nach Maßgabe der Finanzordnung Anspruch auf eine angemessene Vergütung ihrer Arbeit.

Abschnitt II: Das Parlament

§ 6 Aufgaben

Das Parlament entscheidet über alle Angelegenheiten der Studentenschaft, soweit diese Satzung nichts anderes vorsieht, insbesondere über

1. Wahl und Abwahl der Mitglieder des Allgemeinen Studentenausschusses,
2. Wahl der studentischen Vertreter,
3. Abwahl studentischer Vertreter, soweit für diese nicht eine Amtszeit durch Gesetz oder eine andere Satzung zwingend festgelegt ist,
4. Wahl und Abwahl der Herausgeber der Studentenzeitung,
5. Wahl der Mitglieder des Ältestenrats,
6. Erlaß, Änderung und Aufhebung von Ordnungen der Studentenschaft,
7. Festsetzung der Höhe von Beiträgen für die Studentenschaft. § 36 Abs. 1 Nr. 6 HHG bleibt unberührt,
8. Verabschiedung des Haushaltsplans der Studentenschaft,
9. Erlaß der Finanzordnung,
10. Verfahrensordnung für eine Urabstimmung.

§ 7 Zusammensetzung und Amtszeit

- (1) Das Parlament setzt sich zusammen aus 40 Mitgliedern, die nach den Grundsätzen der Verhältniswahl in allgemeiner, freier, gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahl für die Dauer eines Jahres gewählt werden.

- (2) Die Amtszeit des Parlaments beginnt am 1. 7. und endet am 30. 6. des folgenden Jahres. Die Amtszeit des Parlaments verlängert sich über diesen Zeitraum hinaus, wenn bis dahin kein neues Parlament gewählt ist, jedoch höchstens um ein halbes Jahr.

§ 8 Präsidium

- (1) Das Parlament wählt auf seiner ersten Sitzung aus seiner Mitte ein Präsidium, das aus dem Präsidenten, dem Vizepräsidenten und zwei Schriftführern besteht.

- (2) Das Präsidium ist für die ordnungsgemäße Durchführung der Arbeit des Parlaments verantwortlich.

- (3) Präsident und Vizepräsident werden einzeln in geheimer Wahl mit der Mehrheit der satzungsmäßigen Mitglieder gewählt. Kommt in zwei Wahlgängen die erforderliche Mehrheit nicht zustande, so ist im dritten Wahlgang gewählt, wer die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhält. Präsident und Vizepräsident können nur einzeln mit der Mehrheit der satzungsmäßigen Mitglieder abgewählt werden, die Schriftführer werden mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen abgewählt.

§ 9 Einberufung und Beschlussfähigkeit

- (1) Der Präsident beruft das Parlament während der Vorlesungszeit mindestens einmal monatlich zu einer Sitzung ein.

- (2) Weitere Sitzungen finden statt

1. auf Beschluß des Präsidiums,
2. auf Antrag von sieben Mitgliedern des Parlaments,
3. auf Antrag des Allgemeinen Studentenausschusses.

- (3) Termin und Tagesordnung der Sitzung des Parlaments sind den Mitgliedern und an den Schwarzen Brettern der Studentenschaft, spätestens zwei Vorlesungstage vorher bekanntzugeben.

- (4) Das Parlament ist beschlußfähig, wenn mehr als die Hälfte der satzungsmäßigen Mitglieder anwesend ist.

§ 10 Beschlussfassung

- (1) Die Beschlussfassung erfolgt mit Mehrheit der abgegebenen Stimmen, soweit die Satzung nichts anderes vorschreibt, bei Stimmgleichheit ist ein Antrag abgelehnt.

- (2) Über die Sitzung des Parlaments ist ein Protokoll anzufertigen und an den Schwarzen Brettern der Studentenschaft auszuhängen. Ein Exemplar des Protokolls ist dem Präsidenten der Universität zuzustellen.

Das Protokoll muß mindestens **Beschlüsse, Ergebnisse von Wahlen und andere Abstimmungsergebnisse und deren Gegenstand** enthalten. Das Nähere regelt die Geschäftsordnung.

§ 11 Vorzeitiges Ausscheiden und Nachrücken

(1) Ein Mitglied scheidet vorzeitig aus

1. durch Exmatrikulation,
2. durch Verzicht, der dem Präsidium schriftlich mitzuteilen ist.

(2) Für das ausscheidende Mitglied rückt derjenige Kandidat derselben Wahlliste nach, welcher den folgenden Listenplatz innehat. Ist die Liste erschöpft, bleibt der Sitz unbesetzt; eine Nachwahl findet nicht statt.

§ 12 Akteneinsicht

Jedes Mitglied des Parlaments hat das Recht, die Akten der Studentenschaft einzusehen. Über ihm dabei bekanntwerdende persönliche Angelegenheiten hat es Verschwiegenheit gegenüber jedermann zu wahren.

§ 13 Auflösung

(1) Das Parlament kann mit der Mehrheit seiner satzungsmäßigen Mitglieder seine Auflösung beschließen. In diesem Fall ist unverzüglich eine Neuwahl durchzuführen.

(2) Ist die Neuwahl innerhalb der ersten Hälfte der regulären Amtszeit des Parlaments abgeschlossen, so endet die Amtszeit des außerordentlich neugewählten Parlaments am nächsten 30. 6. Andernfalls endet sie am 30. 6. des darauffolgenden Jahres.

§ 14 Wahl des Parlaments

(1) Die Vorbereitung und Durchführung der Wahl obliegt einem vom Parlament zu wählenden Wahlausschuß. Wer dem Wahlausschuß angehört, kann nicht selbst zur Wahl kandidieren. Die Wahlen erfolgen auf Universitätsebene, unabhängig von der Fachschaftsgliederung der Studentenschaft. Alle Mitglieder der Studentenschaft haben das aktive und das passive Wahlrecht, das passive Wahlrecht mit Ausnahme der Angehörigen des Wahlausschusses.

(2) Die Wahl findet in der Regel im Juni statt. Der genaue Termin der Wahl wird vom Parlament im Einvernehmen mit dem Kanzler beschlossen und von diesem mindestens drei Wochen vorher angekündigt. Die Wahl wird an drei aufeinanderfolgenden, nicht vorlesungsfreien Tagen durchgeführt. In dieser Zeit müssen die Wahllokale mindestens 18 Stunden geöffnet sein. Wahlzeiten sowie die Standorte der Wahllokale bestimmt der Wahlausschuß, der sie mindestens eine Woche vor der Wahl bekanntgibt.

(3) Wahlvorschläge müssen spätestens zwei Wochen vor der Wahl beim Wahlausschuß eingereicht werden. Ein Wahlvorschlag besteht aus einer Liste von mindestens drei Kandidaten mit festgelegter Reihenfolge, die sich mit einheitlichem Programm unter einheitlicher Bezeichnung zur Wahl stellen. Listen, die nicht bereits im alten Parlament vertreten waren, können nur dann zur Wahl zugelassen werden, wenn mindestens 50 Wahlberechtigte durch Unterschrift und Angabe ihrer vollständigen Adresse und Fachbereichszugehörigkeit den Wahlvorschlag unterstützen. Der Wahlausschuß ist zur Überprüfung der Angaben verpflichtet.

(4) Zur Stimmabgabe dürfen nur die vom Wahlausschuß im Einvernehmen mit dem Kanzler vorbereiteten Stimmzettel verwendet werden. Die Wahlberechtigung wird bei der Ausgabe der Stimmzettel anhand des Wählerverzeichnisses und des Studentenausweises oder eines Personalausweises überprüft. Die Stimmabgabe erfolgt durch Ankreuzen eines Wahlvorschlages in dem dafür vorgesehenen Feld. Die Stimmabgabe ist gültig, wenn der Wille des Wählers eindeutig erkennbar ist. Bestehen Zweifel an der Gültigkeit der Stimmen, so entscheidet der Wahlausschuß.

(5) Das Öffnen der Urnen und die Auszählung der Stimmen erfolgen unter Zulassung der Öffentlichkeit. Das Wahlergebnis ist vom Wahlausschuß festzustellen und wird spätestens an dem der Wahl folgenden Montag an den Schwarzen Brettern der Studentenschaft und der Fachschaft bekanntgegeben. Der Mandatsverteilung auf die Listen erfolgt dem d'Hondtschen Höchstzahlenverfahren.

(6) Anfechtungen müssen spätestens sieben Tage nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses schriftlich beim Ältestenrat eingereicht werden. Über die Gültigkeit der Wahl entscheidet der Ältestenrat. Bei Ungültigkeit der Wahl findet eine Wiederholung innerhalb von 30 Vorlesungstagen nach Bekanntgabe der Entscheidung des Ältestenrats statt.

(7) Briefwahl ist zulässig. Die Briefwahlunterlagen können für die erste Wahl nach dieser Satzung von Dienstag bis Donnerstag der Woche vor der Wahl jeweils von 9 bis 15 Uhr beim Wahlamt gegen Rückgabe der Wahlbenachrichtigung und unter Vorlage des Studentenausweises vom Wahlberechtigten selbst abgeholt werden. Die Wahlbriefe müssen bis spätestens Ende der Wahlzeit beim Wahlamt eingegangen sein. An den vorherigen Tagen können sie von 9 bis 16 Uhr beim Wahlamt abgegeben oder mit der Post übersandt werden.

(8) Im übrigen gilt die Wahlordnung für die Wahlen zum Konvent, zum Senat und zu den Fachbereichskonferenzen der Technischen Hochschule Darmstadt vom 12. 7. 1972 (StAnz. S. 1838) entsprechend.

Abschnitt III: Der Allgemeine Studentenausschuß (AStA)

§ 15 Aufgaben

(1) Der Allgemeine Studentenausschuß führt die Beschlüsse des Parlaments aus und ist diesem dafür verantwortlich.

(2) Der Allgemeine Studentenausschuß führt die laufenden Geschäfte der Studentenschaft in eigener Verantwortung. Er ist dabei an die Beschlüsse des Parlaments und an den Haushaltsplan der Studentenschaft gebunden.

(3) Der Allgemeine Studentenausschuß vertritt die Studentenschaft außergerichtlich und gerichtlich. Rechtsgeschäftliche Erklärungen müssen von mindestens zwei Mitgliedern des Allgemeinen Studentenausschusses gemeinschaftlich abgegeben werden. Erklärungen, durch die die Studentenschaft verpflichtet werden soll, bedürfen der Schriftform.

§ 16 Zusammensetzung und Wahl

(1) Der Allgemeine Studentenausschuß besteht aus mindestens drei Mitgliedern, von denen einer für das Finanzwesen zuständig ist.

(2) Der Allgemeine Studentenausschuß beruft zur Durchführung seiner Aufgaben Referenten. Die Referenten sind dem Allgemeinen Studentenausschuß gegenüber verantwortlich und arbeiten nach dessen Weisung. Anzahl und Aufgabengebiete der Referenten werden vom Allgemeinen Studentenausschuß festgelegt.

(3) Für die Wahl des Allgemeinen Studentenausschusses gilt § 8 Abs. 3 entsprechend.

§ 17 Amtszeit

(1) Die Amtszeit des Allgemeinen Studentenausschusses beginnt am 1. 1. und endet am 31. 12. desselben Jahres. § 13 Abs. 2 findet entsprechend Anwendung. Für den Allgemeinen Studentenausschuß, der erstmalig nach dieser Satzung gewählt wird, endet die Amtszeit am 31. 12. 1975.

(2) Die Amtszeit der Mitglieder des Allgemeinen Studentenausschusses endet vorzeitig:

1. durch Exmatrikulation,
2. durch Verzicht, der dem Parlamentspräsidium schriftlich mitzuteilen ist.
3. durch Abwahl.

(3) Scheidet ein Mitglied des Allgemeinen Studentenausschusses vorzeitig aus dem Amt aus, so findet unverzüglich eine Nachwahl statt.

Abschnitt IV: Der Ältestenrat

§ 18 Aufgaben

(1) Der Ältestenrat entscheidet über die Gültigkeit angefochtener Urabstimmungen und Wahlen zum Studentenparlament.

(2) Auf Antrag eines Studenten oder von Amts wegen entscheidet der Ältestenrat über die Sitzungsmäßigkeit von Beschlüssen der Organe der Studentenschaft.

(3) Stellt der Ältestenrat die Satzungswidrigkeit eines Beschlusses fest, so ist dieser aufzuheben. Den Vollzug von Beschlüssen kann der Ältestenrat bis zur endgültigen Entscheidung aussetzen.

(4) Der Ältestenrat nimmt die Aufgaben nach § 5 Abs. 2 Satz 2 der Satzung wahr.

§ 19 Zusammensetzung und Amtszeit

- (1) Der Ältestenrat besteht aus drei Studenten, die keinem anderen Organ der Studentenschaft angehören dürfen; auch die Wahl von Vertretern der Studentenschaft ist unzulässig.
- (2) Die Amtszeit der Mitglieder des Ältestenrats beginnt am 1. 1. und endet am 31. 12.
- (3) Die Mitglieder des Ältestenrats werden vom Parlament auf der ersten Sitzung im Dezember mit der Mehrheit von zwei Dritteln der satzungsmäßigen Mitglieder gewählt. Falls auf dieser Sitzung keine Neuwahl stattfindet, bleibt der Ältestenrat bis zu einer Neuwahl im Amt.
- (4) Die Amtszeit eines Mitglieds des Ältestenrats endet vorzeitig
 1. durch Exmatrikulation,
 2. durch Verzicht, der dem Parlamentspräsidium schriftlich mitzuteilen ist. Eine Abwahl durch das Parlament ist unzulässig.
- (5) Scheidet ein Mitglied des Ältestenrats vorzeitig aus dem Amt aus, so findet unverzüglich eine Nachwahl statt.

§ 20 Entscheidung und Anfechtung

- (1) Der Ältestenrat entscheidet mit der Mehrheit von mindestens zwei seiner Mitglieder.
- (2) § 10 Abs. 2 der Satzung gilt entsprechend.
- (3) Gegen Entscheidungen des Ältestenrats kann Rechtsaufsichtsbeschwerde beim Universitätspräsidenten eingelegt werden. Weitere Rechtsaufsichtsbeschwerde ist beim Hessischen Kultusminister gegeben.

Abchnitt V: Fachschaften**§ 21**

- (1) Die Studenten eines Fachbereichs bilden eine Fachschaft.
- (2) Die Studenten sind Mitglieder eines oder mehrerer Fachbereiche nach Maßgabe der Allgemeinen Vorschriften für Studierende vom 29. 10. 1971 (GVBl. I S 268).
- (3) Das passive Wahlrecht darf nur in einem Fachbereich wahrgenommen werden.

§ 22 Aufgaben

Die Fachschaften sollen zur Förderung aller Studienangelegenheiten beitragen und in ihrem Bereich die hochschulpolitischen Interessen ihrer Mitglieder wahrnehmen.

§ 23

Die Fachschaften verwalten ihre Angelegenheiten selbst. Das Parlament ist verpflichtet, den Fachschaften im Rahmen des Haushaltsplanes eine ihren Aufgaben angemessene Finanzierung zu sichern.

§ 24

- (1) Die Fachschaftsvertretung ist das Organ der Fachschaft. Die Fachschaftsvertretung gibt sich eine Geschäftsordnung.
- (2) Die Fachschaftsvertretung hat mindestens einmal im Semester eine Vollversammlung einzuberufen. Die Vollversammlung muß mindestens vier Vorlesungstage vorher angekündigt werden. Auf der Vollversammlung berichtet die Fachschaftsvertretung über ihre Arbeit und stellt sie zur Diskussion.
- (3) Die Beschlüsse der Fachschaftsvertretung erfolgen mit der Mehrheit ihrer Mitglieder
- (4) Für die Bekanntmachung gilt § 10 Abs. 2 der Satzung entsprechend.

§ 25

- (1) Fachschaften bis zu 500 Mitgliedern wählen drei, Fachschaften mit 501 bis 1000 Mitgliedern wählen fünf, Fachschaften mit 1001 bis 1500 Mitgliedern wählen sieben und Fachschaften mit mehr als 1500 Mitgliedern wählen neun Fachschaftsvertreter. § 7 Abs. 1 und 2 dieser Satzung gilt entsprechend.
- (2) Für die Wahl der Fachschaftsvertretungen gilt § 14 entsprechend. Wird nur eine Liste eingereicht, findet Persönlichkeitswahl statt, wobei jeder Wähler so viele Stimmen hat, wie Fachschaftsvertreter zu wählen sind. Findet die Wahl gleichzeitig mit den Wahlen zum Studentenparlament statt, kann der Wahlausschuß für die Wahl zu den Fachschaftsvertretungen mit dem Wahlausschuß für die Wahl zum Studentenparlament identisch sein. Listen, die nicht bereits in den alten Fachschaftsvertretungen vertreten waren, können nur dann zur Wahl zugelassen werden, wenn mindestens fünf

Wahlberechtigte durch Unterschrift, Angabe ihrer vollständigen Adresse und Fachbereichszugehörigkeit den Wahlvorschlag unterstützen.

Abchnitt VI: Finanzwesen**§ 26 Beiträge**

- (1) Das Parlament setzt die Höhe der Beiträge für die Studentenschaft fest. Die Beiträge sind so zu bemessen, daß
 1. die sozialen Verhältnisse der Studenten berücksichtigt werden,
 2. die Erfüllung der Aufgaben der Studentenschaft gewährleistet ist.
- Die Beitragsfestsetzung bedarf der Genehmigung des Hess. Kultusministers.
- (2) Der Beschluß über die Festsetzung der Beiträge sowie die Genehmigung des Hess. Kultusministers sind im Staatsanzeiger für das Land Hessen zu veröffentlichen. Sie sollen auch am Anschlagbrett der Studentenschaft bekanntgegeben werden.

§ 27 Haushaltsplan

- (1) Der Allgemeine Studentenausschuß legt dem Parlament den Entwurf eines Haushaltsplanes vor und berichtet nach Ablauf des Geschäftsjahres über die Durchführung des Haushaltsplans.
- (2) Die im Haushaltsplan vorgesehenen Aufgaben werden durch die Beiträge der Studentenschaft gedeckt, soweit nicht andere Mittel zur Verfügung stehen.
- (3) Das für die Finanzen zuständige Mitglied des Allgemeinen Studentenausschusses ist für die Kassenführung und Vermögensverwaltung der Studentenschaft verantwortlich. Die Verantwortlichkeit der übrigen Mitglieder des Allgemeinen Studentenausschusses bleibt unberührt. Das Nähere regelt die Finanzordnung. Im übrigen gelten die Grundsätze für die Verwaltung öffentlicher Mittel.

§ 28 Vermögensbeirat

- (1) Ein Vermögensbeirat berät und unterstützt den Allgemeinen Studentenausschuß bei der Aufstellung und Ausführung des Haushaltsplans und Verwaltung des Vermögens der Studentenschaft. Der Vermögensbeirat ist vor Erlaß der Finanzordnung zu hören. Ihm gehören zwei vom Präsidenten bestellte Mitglieder des Lehrkörpers, der leitende Verwaltungsbeamte der Universität oder ein von diesem bestellter Vertreter und zwei Mitglieder des Studentenparlaments an.
- (2) Das Nähere regelt die Finanzordnung.

Abchnitt VII: Satzung und Satzungsänderung**§ 29 Satzung**

- (1) Die Studentenschaft gibt sich in einer Urabstimmung eine Satzung.
- (2) Die Urabstimmung hat geheim und mindestens an zwei Vorlesungstagen zu erfolgen. Das Nähere regelt eine Verfahrensordnung.
- (3) Der Satzungsentwurf wird vom Studentenparlament mit der Mehrheit seiner satzungsmäßigen Mitglieder beschlossen.
- (4) Die Satzung ist angenommen, wenn mindestens die Hälfte der Mitglieder der Studentenschaft an der Urabstimmung teilnimmt und die Mehrheit der Abstimmenden der Satzung zustimmt. Hat im ersten Wahlgang nicht mindestens die Hälfte der Mitglieder der Studentenschaft an der Urabstimmung teilgenommen, so ist in einer zweiten Abstimmung die Satzung angenommen, wenn die Mehrheit der Abstimmenden der Satzung zustimmt.
- (5) Die Satzung bedarf der Genehmigung des Hessischen Kultusministers und muß im Staatsanzeiger für das Land Hessen veröffentlicht werden.
- (6) Abs. 1 bis 4 gelten für Satzungsänderungen entsprechend.

§ 30

Diese Übergangssatzung tritt nach Genehmigung durch den Hessischen Kultusminister am Tage ihrer Verkündung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft.

Darmstadt, 16. 5. 1974

**Der Präsident
der Technischen Hochschule
gez. B ö h m e**

731

Aufhebung der Evangelischen Kirchengemeinden Oberquembach, Niederquembach, Oberwetz, Griedelbach, Kröffelbach und Kraftsolms und Neubildung der Kirchengemeinde Schöffengrund

Urkunde

Das Landeskirchenamt der Evangelischen Kirche im Rheinland hat nach Anhören der Beteiligten und mit deren Einverständnis gemäß Artikel 11 Absatz 3 der Kirchenanordnung der Evangelischen Kirche im Rheinland vom 2. Mai 1952 folgendes festgesetzt:

§ 1

Die Evangelischen Kirchengemeinden Oberquembach, Niederquembach, Oberwetz, Griedelbach, Kröffelbach und Kraftsolms, alle Kirchenkreis Braunfels, werden aufgehoben.

§ 2

Die Evangelischen, die innerhalb der sechs aufgehobenen Kirchengemeinden wohnen, werden zu einer neuen Kirchengemeinde zusammengeschlossen, die den Namen

„Evangelische Kirchengemeinde Schöffengrund“

führt.

§ 3

Die Grenzen der Evangelischen Kirchengemeinde Schöffengrund decken sich mit den derzeitigen Grenzen der nach § 1 aufgelösten Kirchengemeinden.

§ 4

Die Pfarrstellen der ehemaligen Kirchengemeinden Oberquembach und Kröffelbach werden aufgehoben. Die Pfarrstelle der ehemaligen Kirchengemeinde Oberwetz wird Pfarrstelle der neugebildeten Kirchengemeinde Schöffengrund.

§ 5

Der Bekenntnisstand der Evangelischen Kirchengemeinde Schöffengrund ist uniert.

§ 6

Die Evangelische Kirchengemeinde Schöffengrund gehört zum Kirchenkreis Braunfels.

§ 7

Die bisherigen Kirchengemeinden Oberquembach, Niederquembach, Oberwetz, Griedelbach, Kröffelbach und Kraftsolms gelten zum Zwecke der Vermögensauseinandersetzung und -übertragung bis zum 31. Dezember 1974 als fortbestehend.

§ 8

Diese Urkunde tritt am 1. Juni 1974 in Kraft.

Die vorstehende Urkunde wird hiermit bekanntgemacht.

Wiesbaden, 15. 5. 1974

Der Hessische Kultusminister
V C 5 — 881/01

StAnz. 22/1974 S. 1020

732

Der Hessische Minister für Wirtschaft und Technik

Eichung und Beglaubigung von Wasserzählern für Kaltwasser

Im Zusammenhang mit der Ausführung des Eichgesetzes vom 11. Juli 1969 (BGBl. I S. 759), geändert durch Gesetz vom 6. Juli 1973 (BGBl. I S. 716) sowie der hierzu ergangenen Verordnungen und Verwaltungsvorschriften mache ich auf die Beachtung der nachstehend angegebenen Bestimmungen und deren Erläuterungen besonders aufmerksam:

1. Rechtliche Grundlagen

Gemäß § 1 Abs. 1 des Eichgesetzes müssen Wasserzähler geeicht sein, wenn sie im geschäftlichen Verkehr verwendet oder so bereitgehalten werden, daß sie ohne besondere Vorbereitung in Gebrauch genommen werden können.

Der Eichung steht nach § 6 Abs. 1 Eichgesetz die Beglaubigung durch staatlich anerkannte Prüfstellen eines Versorgungsunternehmens, eines Hersteller-Betriebes oder einer der Gewerbeförderung dienenden Körperschaft des öffentlichen Rechts gleich.

Die Eichpflicht für Kaltwasserzähler wird gemäß § 39 Abs. 2 und 5 Eichgesetz in Verbindung mit § 4 der Verordnung über die Eichpflicht von Meßgeräten vom 10. 3. 1972 (BGBl. I S. 436) am 1. Januar 1979 wirksam. Von diesem Zeitpunkt an dürfen nur noch geeichte oder beglaubigte Kaltwasserzähler im Netz eingebaut sein.

Die Eichung bzw. Beglaubigung ist 8 Jahre gültig (§ 2 Abs. 1 Nr. 5 der Eichgültigkeitsverordnung vom 18. 6. 1970, BGBl. I S. 802, geändert durch Verordnung vom 12. 11. 1971, BGBl. I S. 1803).

2. Vollzug des Eichrechts

Um den gesetzlichen Bestimmungen gerecht zu werden, sind zur Entlastung der Eichverwaltung in allen Bundesländern privatwirtschaftlichen Unternehmen hoheitliche Aufgaben übertragen und Prüfstellen für Kaltwasserzähler eingerichtet worden.

In Hessen bestehen staatlich anerkannte Prüfstellen bei folgenden Versorgungsunternehmen und Herstellerbetrieben:

Fa. Spanner-Pollux
Mainz-Kastel
Steinernstraße

Kreiswerke Gelnhausen GmbH
Gelnhausen
Barbarossastraße

Stadtwerke Offenbach
Offenbach
Andrestraße

Städtische Werke AG, Kassel
Kassel
Nürnberger Straße

Fa. Spanner-Pollux GmbH
Mainz-Kastel
Steinernstraße
Prüfstelle:
Frankfurt a. M.
Bornheimer Landstraße

Bopp & Reuther GmbH
Bürstadt
Zum Mühlgraben

Stadtwerke Wiesbaden AG
Wiesbaden
Mainzer Straße

Den Wasserversorgungsunternehmen und allen Betreibern von Kaltwasserzählern ist daher anzuraten, sofern noch nicht geschehen, unverzüglich damit zu beginnen, die im Netz befindlichen Zähler nach und nach durch geeichte oder beglaubigte Meßgeräte zu ersetzen, damit bis zum Beginn der Eichpflicht für Kaltwasserzähler (1. Januar 1979) alle diese Zähler den gesetzlichen Anforderungen entsprechen.

Grundsätzlich können auch ausgebaute Zähler geeicht oder beglaubigt werden. Voraussetzung hierfür ist, daß die Zähler gereinigt und ordnungsgemäß hergerichtet sind (§ 2 Abs. 1 Satz 1 der Verordnung über die Pflichten der Besitzer von Meßgeräten vom 18. 6. 1970, BGBl. I S. 794).

Da außerdem dafür Sorge zu tragen ist, daß der Wasserzähler während der Eichgültigkeitsdauer innerhalb der zulässigen Fehlergrenzen richtig anzeigt, empfiehlt es sich, mit den Prüfstellen bzw. mit den Herstellern von Wasserzählern Vereinbarungen über die turnusmäßige Wartung und über eine eingehende Kontrolle zu treffen.

Für die Eichung bzw. Beglaubigung der Wasserzähler werden Kosten nach der Eichkostenordnung vom 11. 12. 1972 (BGBl. I S. 2318) bzw. der Beglaubigungskostenordnung vom 11. 12. 1972 (BGBl. I S. 2311) wie folgt erhoben:

Auszug aus der Eichkostenordnung

Schlüssel- zahl	Gegenstand	Gebühren	
		Betrag DM	Kenn- zahl
	6. Meßgeräte für die Volumenmessung von strömendem Wasser		
	Zähler für Kaltwasser mit beweglichen Meßkammern, Trommelzähler, für jede Meßkammer mit einem Rauminhalt		
06.1.1.1	bis 5 l	8,—	11
06.1.1.2	über 5 bis 20 l	12,—	13
06.1.1.3	über 20 l	20,—	16
	Zähler für Kaltwasser mit feststehenden Meßkammern und beweglichen Trennwänden in den Meßkammern, Kolbenzähler, Scheibenzähler, Ringkolbenzähler, Wasserzähler ohne Meßkammern, Flügelradzähler, Woltmanzähler, mit einer Nennbelastung		
06.2.1.1	bis 10 m³/h	7,—	10
06.2.1.2	über 10 bis 20 m³/h	10,—	12
06.2.1.3	über 20 bis 100 m³/h	25,—	17
06.2.1.4	über 100 bis 600 m³/h	60,—	22
06.2.1.5	über 600 m³/h	150,—	28
	Gebühr bei Vorlage von mehr als 30 gleichartigen Wasserzählern mit einer Nennbelastung		
06.2.2.1	bis 10 m³/h	4,—	7
06.2.2.2	über 10 bis 20 m³/h	6,—	9
	Verbundwasserzähler mit einer Nennbelastung		
06.3.1.1	bis 100 m³/h	40,—	20
06.3.1.2	über 100 bis 600 m³/h	80,—	24
06.3.1.3	über 600 m³/h	200,—	30
06.4.1.1	Zähler für Warm- oder Heißwasser		nach Arbeitsaufwand
06.5.1.1	Antragsgemäße Prüfung weiterer Prüfpunkte		nach Arbeitsaufwand

Schlüssel- zahl	Gegenstand	Gebühren	
		Betrag DM	Kenn- zahl
06.6.1.1	Antragsgemäße Ausstellung einer Eich- oder Befundbescheinigung (ohne Fehlerverzeichnis)	3,—	8
06.6.2.1	Ergänzungen, Änderungen oder Berichtigung an Meßgeräten		nach Arbeitsaufwand
	§ 3		
	Gebühren nach dem Arbeitsaufwand		
	Bei der Berechnung der Gebühr nach dem Arbeitsaufwand sind als Stundensätze zugrunde zu legen		
	1. für Beamte des höheren Dienstes und vergleichbare Angestellte	33,—	Deutsche Mark
	2. für Beamte des gehobenen Dienstes und vergleichbare Angestellte	27,—	Deutsche Mark
	3. für sonstige Bedienstete	23,—	Deutsche Mark
	Für jede angefangene Viertelstunde ist ein Viertel dieser Stundensätze zu berechnen. (die Beglaubigungskostenordnung ist insoweit gleichlautend)		

Mit diesen Beglaubigungs- bzw. Eichkosten sind die Gesamtaufwendungen für die Herrichtung und Instandsetzung der Meßgeräte jedoch nicht abgegolten.

Abschließend wird darauf aufmerksam gemacht, daß Verstöße gegen die Vorschriften des Eichgesetzes gemäß § 35 Eichgesetz als Ordnungswidrigkeit geahndet werden.

Wiesbaden, 9. 5. 1974
Der Hessische Minister für Wirtschaft und Technik
 IV b 2 — 74 c — 04 — 09.12.03
 St.Anz. 22/1974 S. 1020

733

Der Hessische Sozialminister

Durchführung der Röntgenverordnung:

hier: Bestimmung als Sachverständiger gem. § 4 Abs. 1 Satz 1 und § 8 Abs. 1 Nr. 1 a a. a. O.

Auf Grund des § 15 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und Satz 2 der Verordnung über die Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Atom- und Strahlenschutzrechts vom 25. Februar 1974 (GVBl. I S. 137) bestimme ich hiermit die Meß- und Prüfstelle für die Gewerbeaufsichtsverwaltung des Landes Hessen in Kassel zum Sachverständigen, der Prüfungen im Sinne von § 4 Abs. 1 Satz 1 der Röntgenverordnung vom 1. März 1973 (BGBl. I S. 173) vorzunehmen und darüber eine Bescheinigung zu erteilen hat. Auf Grund derselben Ermächtigungsvorschrift bestimme ich die Meß- und Prüfstelle außerdem zum Sachverständigen, der eine Stückprüfung bauartzugelassener Röntgenstrahler, Hoch- oder Vollschutzgeräte oder Störstrahler im Sinne von § 8 Abs. 1 Nr. 1a der Röntgenverordnung über-wachen kann.

Die Bestimmung zum Sachverständigen erstreckt sich ohne Einschränkung auf alle Arten von Röntgenstrahlern, Hoch- und Vollschutzgeräten und Störstrahlern und alle Anwendungsgebiete (Medizin, Zahnmedizin, Tiermedizin, Technik, Forschung o. dgl.). Sie ergeht im Einvernehmen mit dem Minister für Landwirtschaft und Umwelt.

Die Sachverständigentätigkeit nach der vorliegenden Bestimmung ist auf Hessen beschränkt. In diesem Zusammenhang weise ich darauf hin, daß nach einer getroffenen Ländervereinbarung derartige Bestimmungen nur jeweils auf die einzelnen Bundesländer begrenzt erfolgen, also auch in Hessen nur von mir bestimmte Sachverständige im Sinne der § 4 Abs. 1 Satz 1 und § 8 Abs. 1 Nr. 1 a der Röntgenverordnung tätig werden dürfen.

Die Aufgaben des Sachverständigen sind im Einzelfall den jeweils fachlich dafür geeigneten Bediensteten der Meß- und Prüfstelle zu übertragen.

Die Prüfungen sind nach den jeweils geltenden Prüfrichtlinien und im übrigen nach den anerkannten Regeln von Wissenschaft und Technik durchzuführen. Die Bescheinigungen sind nach den in den Prüfrichtlinien vorgesehenen Mustern zu erteilen.

Zur Zeit sind die in der Beilage zum Bundesarbeitsblatt — Fachteil Arbeitsschutz — Heft 2/1974 — Seite 14 ff. bekannt-

gemachten Prüfrichtlinien anzuwenden. Zusätzliche Richtlinien zu diesen oder ggf. später geänderten Richtlinien behalte ich mir vor.

Wiesbaden, 2. 5. 1974

Der Hessische Sozialminister
 M — I c 6 — 53 h 402
 gez. Dr. S c h m i d t
 St.Anz. 22/1974 S. 1021

734

Kostenerstattung zwischen den Trägern der Sozialhilfe;

hier: Kommunale Gebietsreform

Es ist an mich die Frage herangetragen worden, ob der Träger der Sozialhilfe, der eine Kostenanerkennung gemäß § 103 BSHG abgegeben hat, auch weiterhin die Kosten zu tragen hat, wenn im Rahmen der kommunalen Gebietsreform die Gemeinde, in der der Hilfeempfänger vor Aufnahme in die Anstalt seines gewöhnlichen Aufenthalt hatte, in einem anderen Stadt- oder Landkreis eingegliedert worden ist. Hierzu nehme ich im Einvernehmen mit dem Hessischen Minister des Innern wie folgt Stellung:

Diese Frage läßt sich zufriedenstellend aus den Bestimmungen des BSHG allein nicht beantworten. Zwar ist in den Fällen des § 103 BSHG der sachlich zuständige Träger der Sozialhilfe bis zum Wegfall der Hilfsbedürftigkeit zur Kostenerstattung gegenüber dem örtlichen Träger verpflichtet, der die Kosten aufgewendet hat. Da die ausgegliederte Gemeinde keine Kostenanerkennung abgegeben hat und damit für den in ihrer Gemeinde vor der Heimunterbringung wohnenden Hilfsbedürftigen rechtliche Verpflichtungen im Rahmen des BSHG nicht eingegangen ist, wäre zu unterstellen, daß die Kostenträgerschaft auch weiterhin bei dem bisherigen Träger der Sozialhilfe bzw. seinem Rechtsnachfolger verbleibt.

Dieses Ergebnis ist mit dem Sinn und Zweck der kommunalen Gebietsreform nicht vereinbar. Die hessischen Neugliederungsgesetze haben lediglich eine allgemeine Regelung über die Rechtsnachfolge getroffen. Der Gesetzgeber ist davon ausgegangen, daß eine befriedigende und umfassende Lösung durch eine gesetzliche Regelung schon wegen der unterschiedlichen Gegebenheiten bei der Umkreisung von Gemeinden nicht zu erreichen ist. Es muß deshalb angestrebt werden,

durch eine sinnvolle Auslegung der in Frage kommenden Vorschriften dem Willen des Gesetzgebers zu entsprechen.

Durch die Bestimmung des § 103 BSHG soll den Sozialhilfeträgern, in deren Bereich Anstalten, Heime oder gleichartige Einrichtungen liegen, ein finanzieller Schutz gegeben werden. Darüber hinaus sichert der Kostenausgleich unter den Trägern der Sozialhilfe den Bedürftigen eine wirksame Hilfe. Diese Gründe entfallen jedoch bei der Gebietsreform. Durch die Eingliederung neuer Gemeinden wird in der Regel die Finanzkraft des Kreises gestärkt. Es erscheint deshalb nur billig, wenn der Kreis auch die Verpflichtungen übernimmt, die ihm ggf. auf Grund des in der Gemeinde begrün-

deten Wohnsitzes eines Bewohners zufallen würden. Das bedeutet, daß bei Umkreisungen derjenige Träger der Sozialhilfe für eine Kostenerstattung im Sinne von Abschnitt 9 BSHG zuständig ist, dem die Gemeinde nunmehr angehört. Ausnahmen von diesem Grundsatz gelten nur für die Fälle, in denen der Wohnsitz des Hilfeempfängers für die Kostentragung nicht maßgebend ist (z. B. § 107 Abs. 1 BSHG). Ich bitte, entsprechend zu verfahren.

Wiesbaden, 18. 3. 1974

Der Hessische Sozialminister
StS — II A 1 a — 50 t 02

StAnz. 22/1974 S. 1021

735

Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Umwelt

Flurbereinigung Beuerbach, Krs. Untertaunus

Flurbereinigungsbeschuß

Auf Grund des § 4 des Flurbereinigungsgesetzes (FlurbG) von 14. 7. 1953 (BGBl. I S. 571), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 28. 8. 1969 (BGBl. I S. 1513) wird folgender Beschluß erlassen:

1. Die Flurbereinigung der Grundstücke der Gemarkung Hünstetten — Beuerbach wird hiermit angeordnet.
2. Als Flurbereinigungsgebiet werden sämtliche aus der Anlage 1 ersichtlichen Flurstücke festgestellt. Das Flurbereinigungsgebiet ist auf der Gebietskarte durch einen orangen bzw. grünen Farbstreifen gekennzeichnet und hat eine Größe von ca. 446 ha. Anlage 1 und die Gebietskarte bilden einen Bestandteil dieses Beschlusses.
3. Die Gemeinschaft der Teilnehmer am Flurbereinigungsverfahren führt den Namen:
„Teilnehmergemeinschaft der Flurbereinigung von Hünstetten — Beuerbach“ mit dem Sitz in Hünstetten.

Sie ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechtes.

4. Die Beteiligten werden nach § 14 FlurbG aufgefordert, Rechte, die aus dem Grundbuch nicht ersichtlich sind, aber zur Beteiligung am Flurbereinigungsverfahren berechtigen, innerhalb von 3 Monaten nach Bekanntgabe dieses Beschlusses beim Hessischen Amt für Landeskultur in Wiesbaden anzumelden. Werden Rechte nach Ablauf dieser Frist angemeldet, so kann das Hessische Amt für Landeskultur die bisherigen Verhandlungen und Festsetzungen gelten lassen.

Der Inhaber eines o. a. Rechtes muß die Wirkung eines vor der Anmeldung eingetretenen Fristablaufes ebenso gegen sich gelten lassen wie der Beteiligte, dem gegenüber die Frist durch Bekanntgabe des Verwaltungsaktes zuerst in Lauf gesetzt worden ist.

5. Nach § 34 bzw. nach § 85/5 FlurbG ist von der Bekanntgabe dieses Beschlusses ab bis zur Ausführungsanordnung in folgenden Fällen die Zustimmung des Hessischen Amtes für Landeskultur erforderlich:
 - a) Wenn die Nutzungsart der Grundstücke im Flurbereinigungsgebiet geändert werden soll; dies gilt nicht für Änderungen, die zum ordnungsgemäßen Wirtschaftsbetrieb gehören;
 - b) wenn Bauwerke, Brunnen, Gräben, Einfriedungen, Hangterrassen und ähnliche Anlagen errichtet, hergestellt, wesentlich verändert oder beseitigt werden sollen;
 - c) wenn Obstbäume, Beerensträucher, Rebstöcke, Hopfenstöcke, einzelne Bäume, Hecken, Feld- und Ufergehölze beseitigt werden sollen. Die Beseitigung ist nur in Ausnahmefällen möglich, soweit landeskulturelle Belange nicht beeinträchtigt werden;
 - d) wenn Holzeinschläge vorgenommen werden sollen, die den Rahmen einer ordnungsgemäßen Bewirtschaftung übersteigen.

Sind entgegen den Absätzen a) und b) Änderungen vorgenommen, Anlagen hergestellt oder beseitigt worden, so können sie im Verfahren unberücksichtigt bleiben; das Hessische Amt für Landeskultur kann den früheren Zustand nach § 137 FlurbG wieder herstellen lassen, wenn dies der Flurbereinigung dienlich ist.

Sind Eingriffe entgegen dem Absatz c) vorgenommen worden, so muß das Hessische Amt für Landeskultur Ersatzpflanzungen anordnen.

Werden entgegen dem Absatz d) Holzeinschläge vorgenommen, so kann das Hessische Amt für Landeskultur anordnen, daß derjenige, der das Holz fällt, die abgeholzte oder verlichtete Fläche nach den Weisungen der Forstaufsichtsbehörde wieder ordnungsgemäß in Bestand zu bringen hat.

6. Der entscheidende Teil dieses Beschlusses wird in der Gemeinde Hünstetten und den Nachbargemeinden Camberg, Wallrabenstein, Hünfelden-Ohren und Hünfelden-Dauborn sowie Bechtheim öffentlich bekanntgemacht. Gleichzeitig wird der Beschluß mit Begründung und der Gebietskarte zur Einsichtnahme durch die Beteiligten bei dem Bürgermeister in Hünstetten und in den o. a. Nachbargemeinden zwei Wochen lang ausgelegt.

Rechtsmittelbelehrung

Gegen diesen Beschluß kann binnen 2 Wochen Widerspruch beim Landeskulturamt Hessen in Wiesbaden, Parkstraße 44, als oberer Flurbereinigungsbehörde erhoben werden. Der Lauf der Frist beginnt am 1. Tage der öffentlichen Bekanntmachung. Der Widerspruch ist schriftlich einzulegen oder zur Niederschrift beim Landeskulturamt Hessen zu erklären.

Wiesbaden, 24. 4. 1974

Landeskulturamt Hessen
F 650-Beuerbach
Gesch.-Nr. 6560/74

StAnz. 22/1974 S. 1022

Anlage 1

Zusammenstellung der Flurstücke im Flurbereinigungsverfahren Beuerbach

Flur 31 ganz im Verfahren;

Flur 32 ganz im Verfahren;

Flur 33 außer den Flurstücken 85/6, 86/1, 87/2, 87/3, 88, 89, 90, 91, 92, 128/1, 76/2, 76/1, 194/1, 70, 71/1, 71/2, 73, 2, 74/1, 137, 138, 139, 140, 141, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 148, 149, 150, 151, 152, 153, 154, 155/1, 136, 123/1, 123/2, 135/1, 156/1, 159/1, 159/2, 161/1, 162, 163, 164, 165, 166, 167/1, 168, 169, 170, 171, 172, 173, 174, 175, 176, 177, 178, 179, 180, 181, 182, 183, 184, 185, 186, 187, 188, 189, 190, 191, 192, 193;

Flur 34 ganz im Verfahren;

Flur 35 ganz im Verfahren;

Flur 36 ganz im Verfahren;

Flur 37 außer den Flurstücken Nr. 1/3, 1/4, 64/2, 64/4, 64/3;

Flur 38 nur die Flurstücke 69, 113, 70, 71, 114, 72, 73, 74, 119/75, 120/75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 109, 110, 115, 116, 121/107, 122/107, 112/1, 106;

Flur 39 ganz ausgeschlossen;

Flur 40 außer den Flurstücken 1-1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19;

Flur 41 ganz im Verfahren;

Flur 42 ganz im Verfahren;

Flur 43 ganz im Verfahren;

Flur 44 ganz im Verfahren;

Flur 45 ganz im Verfahren;

Flur 46 ganz im Verfahren;

Flur 47 ganz im Verfahren;

Flur 48 ganz im Verfahren;

Flur 49 ganz ausgeschlossen.

Das Flurbereinigungsgebiet umfaßt 446 ha.

736

Personalausrichten

Es sind

C. im Bereich des Hessischen Ministers des Innern**Regierungspräsident in Darmstadt**

ernannt:

zu **Regierungsdirektoren** die Oberregierungsräte (BaL) Dr. Hermann Feikus (1. 4. 1974), Rudi Konsolke (23. 4. 1974);

zu **Oberregierungsräten** die Regierungsräte (BaL) Fritz Schuster, Hans Bott (beide 1. 4. 1974);

zu **Regierungsräten (BaL)** die Regierungsräte z. A. (BaP) Harald Beye, Karsten Trebst (beide 4. 4. 1974);

zum **Regierungsrat z. A. (BaP)** Assessor Dirk Gravert, LA Odenwaldkreis (2. 4. 1974);

zu **Oberamtsräten** die Amträte (BaL) Wenzel Stark, Kurt Scherf, Wilhelm Krummel (sämtlich 5. 4. 1974), Johannes Gerbig, LA Wetzlar, Horst Päßler, LA Main-Taunus-Kreis (beide 1. 4. 1974);

zu **Amträten** die Amtmänner (BaL) Winhold Böcher, Karl Pelke, Paul Burkhard, Ludwig Old, Hans Leva, Willi Heckmann, Gerhard Rössing, Heinz Schubert, Adelbert Weimar, Ludwig Fricker (sämtlich 5. 4. 1974); Helmut Kleinschmidt (16. 4. 1974), Franz Plobner, LA Wetteraukreis (1. 4. 1974), Fritz Kärgel (25. 4. 1974), Günter Groll, LA Odenwaldkreis (26. 4. 1974);

zu **Techn. Amträten** die Techn. Amtmänner (BaL), Heinz Hill, Walter Dietrich (beide 24. 4. 1974);

zu **Amtmännern** die Oberinspektoren (BaL) Annemy Schneider, LA Main-Taunus-Kreis, Irmgard Weber, LA Biedenkopf, Heinrich Ruppel, LA Wetteraukreis, Wolfgang Lohscheller, LA Rheingaukreis (sämtlich 1. 4. 1974); Maxi Emmer, Bernd Stumpf, Kurt Wallrabenstein, Manfred Schneider, Wolfgang Renn, Ludwig Reichelt, Holger Kartischer (sämtlich 5. 4. 1974), Alfred Gießen, LA Groß-Gerau, Manfred Gollenbeck, LA Groß-Gerau (beide 10. 4. 1974), Hans Allendörfer, LA Wetzlar (8. 4. 1974), Heinz Baatz, LA Wetteraukreis (9. 4. 1974), Jürgen Klein, LA Offenbach (24. 4. 1974);

die Oberinspektoren (BaP) Marion Frey, Klaus Dintelmann (beide 5. 4. 1974);

zu **Oberinspektoren** die Inspektoren (BaL) Alfred Blankensee, Günter König, LA Vogelsbergkreis, Karl Hartung, LA Limburg, Willi Gremm, LA Bergstraße, Werner Press, LA Hanau, Hans Füllhase, LA Rheingaukreis, Walter Waltenstein, LA Rheingaukreis, Erich Momm, LA Dillkreis (sämtlich 1. 4. 1974), Franz Beck, LA Dieburg (4. 4. 1974);

die Inspektoren (BaP) Brigitte Wennrich, Monika Bauer, Brigitte Seibel, Bernhard Müller, Harald Nickel, Lothar Pfirsching, Gustav Fetzer, Theo Nies, Uwe Altner, LA Hanau (sämtlich 1. 4. 1974);

zur **Inspektorin (BaL)** Inspektorin z. A. (BaP) Ulrike Treutler (27. 3. 1974);

zu **Inspektoren** die Inspektoren z. A. (BaP) Gisela Krause (27. 3. 1974), Karin Riedl (28. 3. 1974), Norbert Stark (27. 3. 1974), Karl-Heinz Blodt, Heinz Leißler, Horst Gunkelmann, Hans-Peter Schweitzer (sämtlich 28. 3. 1974), Karl-Gerhard Schmitz (24. 4. 1974);

zu **Inspektoren** Amtsinspektor (BaL) Walter Stecher, LA Wetteraukreis (11. 4. 1974), Hauptsekretär (BaL) Hans Schwab (10. 4. 1974);

zu **Inspektoren** die Obersekretäre (BaP) Gisela Basters, Werner Oppen, Gerhard Köhn (sämtlich 10. 4. 1974);

zu **Amtsinspektoren** die Hauptsekretäre (BaL) Jakob Reiss (1. 4. 1974), Otto Spremberg, LA Wetteraukreis (11. 4. 1974);

zu **Inspektoren z. A. (BaP)** die Inspektoranwärter (BaW) Annemarie Sinner, Joachim Heimig, Joachim Hammer, Rainer Volk, Reinhard Diehl, Armin Wüst, Hans Höhl, Hans Jürgen Ladleif, Roland Rapp, Rolf Wenicker, Wolfgang Steiger, Jürgen Schulze, Friedrich Haas, Jürgen Davidek (sämtlich 1. 4. 1974);

zu **Hauptsekretären** die Obersekretäre (BaL) Karl Spaar, LA Gießen, Gerhard Wiss, LA Rheingaukreis (beide 1. 4. 1974), Erich Weber, LA Wetteraukreis (11. 4. 1974);

zu **Obersekretären** Sekretär (BaL) Eberhard Jannasch, die Sekretäre (BaP) Waltraud Dieter, Manfred Palmy (sämtlich 1. 4. 1974);

zu **Baureferendaren (BaW)** die Dipl.-Ing. Ilse Schotenroehr, Jutta Sommer; Rainer Biallas, Carsten Jonas, Berthold Schneider, Horst Schmachtenberg; Jens-Otto Erdbrügger (sämtlich 1. 4. 1974);

zu **Inspektoranwärttern (BaW)** die Verw.-Praktikanten Monika Dobrovolny, Jürgen Fuchs (beide 1. 4. 1974);

zu **Inspektoranwärttern (BaW)** die Bewerber Henny Krüger, Peter Vötsch (beide 1. 4. 1974);

versetzt:

an das Kommunale Gebietsrechenzentrum in Wiesbaden Oberinspektor (BaP) Hans-Dieter Reichert (1. 4. 1974);

in den Ruhestand getreten:

Regierungsdirektor Dr. Werner Thomann (30. 4. 1974);

in den Ruhestand versetzt:

Amtmann Philipp Claus (30. 4. 1974) gem. § 51 Abs. 3 HBG;

entlassen:

Obersekretärin (BaP) Heidrun Herrlitz (30. 4. 1974) gem. § 41 HBG;

verstorben:

Amtmann Franz Hersina (5. 4. 1974).

Darmstadt, 14. 5. 1974

Der Regierungspräsident

I 2 — 71 02/07 E

StAnz. 22/1974 S. 1023

Regierungsbezirk Kassel**Landeskriminalpolizei**

ernannt:

zu **Kriminaloberkommissaren** die Kriminalkommissare (BaL) Hermann Boudemont, PD Marburg, Heinz Bangert, KK Fritzlär, Klaus Skupin, KK Korbach, Kriminalkommissarin (BaL) Dagmar Huelsekopf, KK Korbach (sämtlich 1. 4. 1974), Kriminalkommissar (BaL) Eduard Hampl, PD Fulda (17. 4. 1974);

zum **Kriminalhauptmeister** Polizeiobermeister (BaL) Claus-Dieter Schott, KK Fritzlär (1. 4. 1974);

zum **Kriminalobermeister** Kriminalmeister (BaP) Kurt Sippel, KK Korbach (30. 4. 1974);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

Kriminalobermeister (BaP) Armin Kempf, KK Bad Hersfeld (21. 3. 1974), Polizeimeister (BaP) Günter Werner, KK Korbach (1. 4. 1974), Kriminalkommissar (BaP) Horst Cerny, KK Korbach (3. 4. 1974);

in den Ruhestand getreten:

die Kriminalhauptmeister (BaL) Paul Deiser, PD Fulda, Johann Ritter, PD Marburg (beide am 31. 3. 1974).

Kassel, 15. 5. 1974

Der Regierungspräsident

P/1 — 7 o 16/03 B

StAnz. 22/1974 S. 1023

Der Polizeipräsident in Darmstadt

ernannt:

zum **Kriminalobererrat** Kriminalrat (BaL) Heinz Michel (11. 4. 1974);

zum **Kriminaloberkommissar** Kriminalkommissar (BaL) Wilhelm Lehnert (1. 4. 1974);

zu **Kriminalobermeistern** die Kriminalmeister (BaP) Konrad Huber, Bernd Spiller, Reinhard Wufka (sämtlich 26. 4. 1974);

zu **Polizeibezirkskommissaren** die Polizeihauptkommissare (BaL) Heinrich Reviol, Gerhard Ratmann;

zu **Polizeihauptkommissaren** die Polizeioberkommissare (BaL) Horst John, Dieter Krischka (sämtlich 3. 4. 1974);

zu **Polizeihauptmeistern** die Polizeiobermeister (BaL) Johann Biedermann, Konrad Blumers, Heinrich Boelsen, Hans-Ludwig Glock, Horst Hieronymus, Walter Jans, Au-

gust Kirschstein, Karl-Ludwig Korge, Bernhard König, Rudolf Ludwig, Robert Müller, Franz Prantl, Heinrich Reeg, Karl-Heinz Friedrich Schuppe, Manfred Strauch, Kurt Trauthwein, Herbert Würz (sämtlich 1. 4. 1974), Walter Schrein, Helmut Hugo Buxmann, Johannes Haase (sämtlich 26. 4. 1974);

zu **Polizeiobermeistern** die Polizeiobermeister (BaL) Hans Jürgen Altmeyer, Wilfried Vinzenz Baier, Georg Bock, Hans Joachim Alfred Geffarth, Alfons Habel, Günter Hartmann, Gerd Nikolaus Heinz, Werner Karl Heuß, Helmut Ihl, Hans-Dieter Jaensch, Walter Kaffenberger, Klaus Mahler, Rainer Moos, Paul Helmut Schabrich, Karl Otto Schwarz, Peter Stützer, Heinrich Josef Wetzel (sämtlich 1. 4. 1974), August Adolf Burkhardt (30. 4. 1974);

die **Polizeimeister** (BaP) Werner Butt, Werner Kredel, Lothar Lautenschläger, Eduard Mundanjoht, Hans-Werner Nicklas, Antonius Lorenz Pfeiffer, Peter Sack, Horst Walter Seitel, Heinz Steinmann, Hans-Peter Ernst Walden, Michael Wrecz (sämtlich 1. 4. 1974), Franz Deppert, Heinz Günther Hochmuth (beide 26. 4. 1974);

zu **Polizeimeistern** die Polizeihauptwachmeister (BaP) Karl-Josef Kärchner, Albrecht Flemming, Dietmar Kalista (sämtlich 1. 1. 1974), Rudolf Richard Dillmann, Karl Günter Schupp, Jürgen Wilhelm Steinfeld, Lothar Töltzsch, Knud Weimer (sämtlich 1. 4. 1974), Horst Georg Becker, Roland Haber, Heinz-Werner Nethe, Berthold Schäfer, Ernest Alfred Blöchinger (sämtlich 6. 5. 1974);

Polizeioberwachmeister (BaP) Siegfried Schmidt (1. 1. 1974);

zu **Polizeihauptwachmeistern** die Polizeioberwachmeister (BaP) Jürgen Biller, Werner Gaber, Manfred Ludwig Kassimir, Walter Klanitz, Wolfgang Edmund Meder, Hans Josef Niebler, Gebhard Reyer, Jürgen Trautmann (sämtlich 1. 4. 1974);

die **Polizeiwachmeister** (BaP) Walter Appel, Reiner Draut (beide 1. 1. 1974), Werner Döll, Wolfgang Hohberg, Burkhard Keller, Johann Martin Klitsch, Gerold Josef Christoph Rauck, Günter Schwäch (sämtlich 1. 4. 1974);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

die **Polizeiobermeister** (BaP) Ludwig Emig (2. 1. 1974), Gert Knorr (20. 2. 1974), Walter Barthel (26. 4. 1974);

die **Polizeimeister** (BaP) Knuth Blum, Gerd Repovs, Kurt Heinz Büttner, Klaus-Dieter Gropp, Siegfried Schilke, Gerhard Schnitzer, Gerhard Skowronnek, Udo Bickel, Hubertus König, Alfred Klement, Peter Habich, Karl Schwerer, Karl Godelmann, Dieter Schröder, Karlheinz Hofmann, Martin Seide, Ekkehardt Behr (sämtlich 7. 2. 1974);

in den Ruhestand versetzt:

Kriminalbezirkskommissar (BaL) Adam Keck, Kriminalhauptkommissar (BaL) Wilhelm Bachmann, Kriminalhauptmeister (BaL) Valentin Hartnagel, Polizeibezirkskommissar (BaL) Alfred Frenzel, die **Polizeihauptmeister** (BaL) Georg Baumgart, Georg Bax, Otto Fengel, Konrad Gatzmann, Richard Göbel, Hans Guerdan, Georg Hoffmann, Richard Jagel, Fritz Lamb, Hellmuth Laugisch, Otto Moßner, Hans Rosner, Alfred Schmidt, Heinrich Stenger, Hermann Hartmann (sämtlich 31. 3. 1974), Wilhelm Horn, Fritz Kagel (beide 30. 4. 1974).

Darmstadt, 7. 5. 1974 **Der Polizeipräsident**
P III

StAnz. 22/1974 S. 1023

G. im Bereich des Hessischen Ministers für Wirtschaft und Technik

Regierungspräsident in Darmstadt

ernannt:

zum **Hauptsekretär** Obersekretär (BaL) Hans Wildenauer, TUA Frankfurt/Main (1. 4. 1974);

versetzt:

zum **Landeswohlfahrtsverband** Hessen, Regierungsrat (BaL) Ewald Märzhäuser (15. 4. 1974);

in den Ruhestand getreten:

Obergewerberat (BaL) Erich Nöldecke (30. 4. 1974).

Darmstadt, 14. 5. 1974

Der Regierungspräsident
I 2 — 71 02/07 E

StAnz. 22/1974 S. 1024

Hessisches Landesvermessungsamt Wiesbaden

ernannt:

zum **Vermessungsdirektor** Obervermessungsrat (BaL) Dipl.-Ing. Friedel Kern (1. 4. 1974);

zum **Obervermessungsrat** Oberregierungsrat (BaL) Fritz Weisel (18. 1. 1974);

zum **Vermessungsrat** (BaL) Vermessungsrat z. A. (BaP) Dipl.-Ing. Helmut von dem Bussche-Haddenhausen (29. 11. 1973);

zu **Vermessungsräten z. A. (BaP)** die Vermessungsassessoren Dipl.-Ing. Götz-Peter Bosselmann, Manfred Zuber (beide 1. 12. 1973);

zu **Vermessungsreferendaren** (BaW) die Dipl.-Ing. Matthias Fried, Karl Göttlein, Werner Groß, Wilfried Karg, Herbert Müller, Wolfgang Urban, Peter Wagner (sämtlich 1. 4. 1974);

zu **Technischen Oberamtsräten** die Technischen Amtsräte (BaL) Rafael Ehrmanntraut, Paul von Löwenstein, Katasteramt Kassel (beide 1. 4. 1974);

zu **Technischen Amtsräten** die Technischen Amtsmänner (BaL) Gerhard Eckhardt, Alfred Grimm, Horst Krämer, Hans Wilhelm Römer, Erich Stemmler, Walter Böhnlein, Katasteramt Frankfurt/Main-Höchst, Willy Glatt, Katasteramt Darmstadt, Georg Grohrock, Katasteramt Heppenheim, Franz Klüber, Katasteramt Bad Hersfeld, Kurt Meckel, Katasteramt Bad Homburg, Hermann Pfeiffer, Katasteramt Dillenburg, Martin Pistorius, Katasteramt Korbach, Hans Vetter, Katasteramt Michelstadt (sämtlich 1. 4. 1974), Alwin Höflein, Katasteramt Büdingen, Heinz Müller, Katasteramt Limburg, August Wolf, Katasteramt Friedberg (sämtlich 30. 4. 1974);

zu **Technischen Amtsmännern** die Technischen Oberinspektoren (BaL) Degenhard Schmeiler, Helmut Wächter, Hans-Joachim Albrecht, Katasteramt Groß-Gerau, Außenstelle Rüsselsheim, Peter Cecetka, Katasteramt Heppenheim Robert Dietl, Katasteramt Gießen, Konrad Elfenthal, Katasteramt Alsfeld, Rudolf Exl, Katasteramt Michelstadt, Hans Fahren, Katasteramt Eschwege, Adam Funck, Katasteramt Dieburg, Rudolf Godoj, Katasteramt Gießen, Walter Grunewald, Katasteramt Lauterbach, Helmut Habermann, Katasteramt Gelnhausen, Heinz Hepp, Katasteramt Dieburg, Ernst König, Katasteramt Offenbach, Alfons Kremer, Katasteramt Hanau, Heinz Leidel, Katasteramt Heppenheim, Gerd Liebegut, Katasteramt Dillenburg, Hans-Joachim Otto, Katasteramt Büdingen, Hermann Ringsdorf, Katasteramt Wetzlar, Helmut Rupp, Katasteramt Gießen, Heinz Skolik, Katasteramt Bad Homburg, Peter Spreitzer, Katasteramt Frankfurt/Main-Höchst, Helmut Schaake, Katasteramt Hofgeismar, Ernst Schwalbach, Katasteramt Offenbach, Karl Steiner, Katasteramt Darmstadt, Walter Trautmann, Katasteramt Heppenheim, Eduard Urban, Katasteramt Biedenkopf (sämtlich 1. 4. 1974);

zu **Technischen Oberinspektoren** die Technischen Inspektoren (BaL) Heinz Dieter Dönges, Gerhard Knapp, Helmut Sommer, Otto Dammer, Katasteramt Wiesbaden, Gerhard Lingenberg, Katasteramt Dillenburg, Karlfred Ott, Katasteramt Hanau, Technischer Inspektor (BaP) Klaus-Dieter Hiller, Katasteramt Homberg (sämtlich 1. 4. 1974);

zu **Technischen Inspektoren** die Technischen Inspektoren z. A. (BaP) Walter Rauch, Katasteramt Arolsen, Karlheinz Schneckenberger, Katasteramt Groß-Gerau, Außenstelle Rüsselsheim (beide 27. 3. 1974), Manfred Brehm, Günter Streubel, Walter Schäfer, Katasteramt Schwalmstadt (sämtlich 1. 4. 1974);

zu **Technischen Oberinspektoren z. A. (BaP)** die Technischen Inspektoren-Anwärter (BaW) Reiner Brauroth, Helmut Debus, Hartmut Hofffeld (sämtlich 29. 4. 1974), Udo Kühnemann (30. 4. 1974);

zu **Technischen Inspektoren z. A. (BaP)** die Technischen Inspektoren-Anwärter (BaW) Dieter Hoos (29. 4. 1974), Wolfgang Ulkan (30. 4. 1974);

zu **Technischen Inspektoranwärtern** (BaW) die Ing. (grad.) Werner Bauer, Joachim Deja, Manfred Etsch, Werner Hardt (sämtlich 1. 4. 1974);

zu **Technischen Amtsinspektoren** die Technischen Hauptsekretäre (BaL) Peter Seibert, Franz Kern, Katasteramt Friedberg (beide 1. 4. 1974), Friedrich Kehm, Katasteramt Büdingen (30. 4. 1974);

zu **Technischen Amtsinspektorinnen** die Technischen Hauptsekretärinnen (BaL) Waltraud Hemberger, Lieselotte Geißler, Katasteramt Gießen (beide 1. 4. 1974);

zu **Technischen Hauptsekretären** die Technischen Obersekretäre (BaL) Walter Giebel, Dieter Heuchert, Katasteramt Schwalmstadt, Georg Lebek, Katasteramt Groß-Gerau (sämtlich 1. 4. 1974);

die Technischen Obersekretäre (BaP) Peter Brandenburger, Katasteramt Frankenberg, Helmut Derr, Katasteramt Bad Hersfeld, Peter Knabe, Katasteramt Eschwege, Heinz Meckl, Katasteramt Frankfurt, Hans-Joachim Müller, Katasteramt Dillenburg, Edmund Weber, Katasteramt Homberg (sämtlich 1. 4. 1974);

zu **Technischen Hauptsekretärinnen** die Technischen Obersekretärinnen (BaP) Helga Haas, Katasteramt Kassel, Annegret Kalbfleisch, Katasteramt Gelnhausen, Marion Müller, Katasteramt Gießen (sämtlich 1. 4. 1974);

zu **Technischen Obersekretären** die Technischen Sekretäre (BaP) Horst Georg, Albert Kirchner, Hartmut Bierau, Katasteramt Gießen, Jürgen Dams, Katasteramt Gelnhausen, Norbert Engraf, Katasteramt Groß-Gerau, Karl-Otto Friederich, Katasteramt Eschwege, Norbert Reiß, Katasteramt Frankfurt/Main, Harald Zecha, Katasteramt Korbach (sämtlich 1. 4. 1974), Jürgen Müller, Katasteramt Wetzlar (4. 4. 1974);

die Technischen Sekretäre (BaL) Hans-Peter Engelhardt, Katasteramt Marburg, Alfred Fröhlich, Katasteramt Fulda, Manfred Kilb, Katasteramt Wiesbaden (sämtlich 1. 4. 1974);

zu **Technischen Obersekretärinnen** die Technischen Sekretärinnen (BaP) Paula Eichblatt, Evelyn Focke, Madlen Arndt, Katasteramt Frankfurt/Main, Brigitte Happel, Katasteramt Biedenkopf, Margarete König, Katasteramt Fulda, Roswitha Körfer, Katasteramt Marburg, Bärbel Mantz, Katasteramt Arolsen, Erika Sauer, Katasteramt Gießen, Maria Seiler, Katasteramt Heppenheim (sämtlich 1. 4. 1974);

die Technischen Sekretärinnen (BaL) Anita Belz (1. 4. 1974), Waltraud Mika (22. 4. 1974);

zum **Technischen Sekretär (BaL)** Technischer Sekretär z. A. (BaP) Walter Reich, Katasteramt Dillenburg (1. 3. 1974);

zu **Technischen Sekretären** die Technischen Sekretäre z. A. (BaP) Karl-Heinz Helle, Katasteramt Bad Homburg, Hartmut Rink (beide 1. 3. 1974);

zu **Technischen Sekretärinnen** die Technischen Sekretärinnen z. A. (BaP) Lieselotte Börner, Katasteramt Weilburg, Christel Neubert, Katasteramt Bad Homburg (beide 1. 3. 1974);

zu **Technischen Assistenten** die Technischen Assistenten z. A. (BaP) Bodo Desch, Jürgen Junk, Bruno Pick (sämtlich 1. 3. 1974);

zu **Technischen Assistentinnen** die Technischen Assistentinnen z. A. (BaP) Sylvia Beyerle, Erika Kircher, Katasteramt Fulda, Sigrun Lotz, Katasteramt Dillenburg (sämtlich 1. 3. 1974);

zu **Technischen Assistenten z. A. (BaP)** die Technischen Sekretär-Anwärter (BaW) Günter Becker, Armin Pfeifer, Werner Schlitzer (sämtlich 18. 12. 1973), Horst-Jürgen Bellof (1. 1. 1974), Raymond Hofmann, Bernd Romeis, Peter Salzmann, Helmut Schleicher, Hubertus Schöppner, Wolfgang Witzemberger (sämtlich 13. 3. 1974), Rudolf Breitenbach, Alwin Gunderloch, Helmut Katzer, Bernhard Kubisch, Kurt-Otto Schulz, Uwe Woede (sämtlich 14. 3. 1974);

zu **Technischen Assistentinnen z. A. (BaP)** die Technischen Sekretär-Anwärterinnen (BaW) Marita Freitag, Monika Haala, Julietta Naujoks (sämtlich 18. 12. 1973), Theresia Seigfried (1. 1. 1974), Elisabeth Kraus, Petra Schäfer, Jutta Waßmann (sämtlich 13. 3. 1974), Irmhild Figge, Heidrun Reuber (beide 14. 3. 1974);

zu **Technischen Sekretär-Anwärtern (BaW)** Vermessungstechniker Ulrich Flügel, Vermessungspraktikant Lothar Steube (beide 1. 3. 1974);

zu **Technischen Sekretär-Anwärterinnen (BaW)** die Vermessungspraktikantinnen Annette Bauer, Brigitte Hantl, Elisabeth Siebert, Ute Schulz, Verwaltungsangestellte Ingeborg Becker (sämtlich 1. 3. 1974);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

Technischer Inspektor (BaP) Helmut Sommer (9. 11. 1973), Technischer Inspektor (BaP) Walter Jochem, Katasteramt Dillenburg (12. 11. 1973), Technischer Hauptsekretär (BaP) Richard Fischer, Katasteramt Bad Hersfeld (19. 11. 1973), Technischer Inspektor (BaP) Gerhard Knapp (14. 1. 1974),

Vermessungsrat (BaP) Dipl.-Ing. Hans-Werner Crause, Katasteramt Kassel (21. 1. 1974), Technischer Inspektor (BaP) Kurt Fürst, Katasteramt Frankenberg (29. 3. 1974), Technischer Hauptsekretär (BaP) Wolfgang Haub, Katasteramt Frankfurt/Main (5. 4. 1974), Technische Obersekretärin (BaP) Helga Buchinger, Katasteramt Gelnhausen (29. 4. 1974), Technischer Inspektor (BaP) Helmut Walter, Katasteramt Korbach (2. 5. 1974);

in den **R u h e s t a n d** getreten:

Technischer Amtmann Robert Lehnert, Katasteramt Frankenberg (31. 1. 1974), Technischer Oberamtsrat Alfred Weißkopf (31. 3. 1974);

in den **R u h e s t a n d** versetzt:

Hauptsekretär Erich Helbig, Katasteramt Friedberg, Technischer Amtsrat Alfred Dittbern, Katasteramt Friedberg (beide 31. 3. 1974), beide gemäß § 51 (3);

entlassen:

Technische Obersekretärin Marita Michalek, Katasteramt Hanau (28. 9. 1973), Technischer Obersekretär Theo Oestreich, Katasteramt Fulda (31. 12. 1973), Technische Sekretär-Anwärterin Barbara Faßhauer (17. 1. 1974), Technischer Obersekretär Gunter Bartholmai, Katasteramt Rottenburg (31. 1. 1974).

Wiesbaden, 17. 5. 1974

Hessisches Landesvermessungsamt
P — Z 12

StAnz. 22/1974 S. 1024

H. im Bereich des Hessischen Sozialministers

Regierungspräsident in Darmstadt

ernannt:

zur **Regierungsrätin (BaL)** Regierungsrätin z. A. (BaP) Dr. Irmgard Franke, Chem. Untersuchungsamt Wiesbaden (28. 3. 1974);

zu **Gewerberäten (BaL)** Gewerbeberater z. A. (BaP) Dr. Günther von Foerster, GAA Gießen, Dipl.-Ing. Wolfram Reichert, GAA Limburg (beide 1. 4. 1974);

zu **Gewerberäten z. A. (BaP)** Dipl.-Chem. Dr. Dieter Fischbach, Dipl.-Chem. Dr. Ernst Goedecke (beide 24. 4. 1974);

zum **Techn. Amtmann** Techn. Oberinspektor (BaL) Helmut Klose, GAA Gießen (1. 4. 1974),

zum **Amtmann** Oberinspektor (BaL) Klaus-Dieter Straubinger (25. 4. 1974);

zum **Techn. Oberinspektor** Techn. Inspektor (BaL) Alexander Roth, GAA Frankfurt/Main (1. 4. 1974);

zu **Techn. Inspektoren (BaL)** Techn. Inspektoren z. A. (BaP) Bernhard Herbig, GAA Darmstadt, Alfred Seeger, GAA Darmstadt (beide 3. 4. 1974), Paul-Heinz Pötz, GAA Limburg (8. 4. 1974), Alexander Morys, GAA Frankfurt/Main (9. 4. 1974);

zum **Techn. Hauptsekretär** Techn. Obersekretär (BaL) Franz Glöckner, GAA Frankfurt/Main (30. 4. 1974);

zum **Techn. Obersekretär** Techn. Sekretär (BaP) Klaus Röder, GAA Frankfurt/Main (1. 4. 1974);

zum **Techn. Sekretär** Techn. Assistent z. A. (BaP) Bernhard Schönfeld, GAA Frankfurt/Main (1. 4. 1974);

zu **Techn. Assistenten z. A. (BaP)** Techn. Angestellter Rainer Herbert, GAA Frankfurt/Main, Hans-Jörg Jäger, GAA Wiesbaden (beide 10. 4. 1974);

in den **R u h e s t a n d** getreten:

Obermedizinalrat Dr. Hans-Ulrich Jackwitz (1. 4. 1974);

entlassen:

Techn. Insp.-Anwärterin Margarete Wettlaufer (30. 4. 1974) gem. § 41 HBG.

Darmstadt, 14. 5. 1974

Der Regierungspräsident
I 2 — 7 1 02/07 E

StAnz. 22/1974 S. 1025

I. im Bereich des Hessischen Ministers für Landwirtschaft und Umwelt

Landwirtschaftliche Verwaltung und Fachschulen

ernannt:

zu **Landwirtschaftsdirektoren** die Oberlandwirtschaftsräte (BaL) Günther Gummert, Dr. Gerhard Schulze, Landwirt-

schaftsamt mit Landwirtschaftsschule Frankenberg — Außenstelle für Tierhaltung und Milchwirtschaft Haina —, (beide 1. 4. 1974);

zum **Gartenbaudirektor** Gartenbauoberrat (BaL) Dr. Joachim Schleiff (1. 5. 1974);

zu **Oberlandwirtschaftsräten** die Landwirtschaftsräte (BaL) Dr. Ulrich Scholz, Dr. August Krayer, Weinbauamt mit Weinbauschule Eltville, Walter Schmidt, Landwirtschaftsamt mit Landw.-Schule Bebra, Dr. Hans Krüger (sämtlich 1. 4. 1974);

zum **Landwirtschaftsrat (BaL)** Landwirtschaftsrat z. A. (BaP) Karl Trostmann, Landwirtschaftsamt mit Landwirtschaftsschule Ziegenhain (1. 4. 1974);

zum **Landwirtschaftsrat z. A. (BaP)** Landwirtschaftsreferendar (BaW) Karl Ernst Strack, Landwirtschaftsamt mit Landw.-Schule Frankenberg — Außenstelle für Tierhaltung und Milchwirtschaft Haina (1. 4. 1974);

zum **Chemierat z. A. (BaP)** Diplomchemiker Dr. Jürgen Schöner, Milchwirtschaftliche Lehranstalt Gelnhausen (1. 4. 1974);

zu **Landwirtschaftsreferendaren (BaW)** die Diplom-Agraringenieure Dr. Wolfgang Sommer, Christian Primus, Dr. Sadegh Khakbaz-Nejad (sämtlich 1. 4. 1974);

zur **Gartenbaureferendarin (BaW)** Diplom-Ingenieurin Almut Kovács (1. 4. 1974);

zum **Technischen Amtsrat** Technischer Amtmann (BaL) Konrad Bender, Weinbauamt mit Weinbauschule Eltville (1. 4. 1974);

zum **Oberinspektor** Inspektor (BaP) Hans-Helmut Ruppel (1. 4. 1974);

versetzt:

an das Bundesministerium für Auswärtiges, Bonn, Landwirtschaftsrat (BaL) Simon Acker (1. 3. 1974);

zur Landwirtschaftskammer Westfalen-Lippe in Münster Gartenbaudirektor (BaL) Dr. Joachim Schleiff (1. 6. 1974);

in den **Ruhestand** versetzt:

Oberstudienrätin Maria Hinders, Landwirtschaftsamt mit Landwirtschaftsschule Gelnhausen (1. 4. 1974) gemäß § 51 (1) HBG;

Oberlandwirtschaftsrat Hermann Sasse, Landwirtschaftsamt mit Landwirtschaftsschule Korbach (1. 5. 1974) gemäß § 51 (3) HBG;

Studiendirektor Dr. Friedrich-Wilhelm Busse, Landwirtschaftsamt mit Landwirtschaftsschule Hofgeismar (1. 5. 1974) gemäß § 51 (3) HBG;

entlassen:

Landwirtschaftsreferendar Dieter Witzel (1. 4. 1974) gemäß § 43 HBG.

Kassel, 13. 5. 1974

**Hessisches Landesamt
für Landwirtschaft**
I 2 — 8 b 42

StAnz. 22/1974 S. 1025

Regierungspräsident in Darmstadt

ernannt:

zur **Oberveterinärärztin** Veterinärärztin (BaL) Dr. Rita Flemmig, Veterinäruntersuchungsamt Gießen (1. 4. 1974);

zum **Baurat (BaL)** Baurat z. A. (BaP) Hans-Dietrich Hartmann, Wasserwirtschaftsamt Wiesbaden — Außenstelle Hanau — (19. 4. 1974);

zum **Oberinspektor** Inspektor (BaP) Hartmut Gilmer (26. 4. 1974);

zum **Inspektor** Inspektor z. A. (BaP) Walter Imhof, Wasserwirtschaftsamt Darmstadt (1. 4. 1974).

Darmstadt, 14. 5. 1974

Der Regierungspräsident
I 2 — 7 1 02/07 E

StAnz. 22/1974 S. 1026

737 DARMSTADT

Regierungspräsidenten

Ungültigkeitserklärung eines Polizei-Dienstausweises

Der am 1. April 1972 von dem Regierungspräsidenten — Einsatzleitung der Schutzpolizei — in Darmstadt unter der Nummer 10 034 für Polizeimeister Bernhard Wehn ausgestellte Polizei-Dienstausweis ist in Verlust geraten. Er wird hiermit für ungültig erklärt.

Darmstadt, 15. 5. 1974 **Der Regierungspräsident**
III 26 — 7 d 14

StAnz. 22/1974 S. 1026

738 KASSEL

Bekanntmachung über den beabsichtigten Erlaß einer Verordnung zur Änderung der Verordnung zum Schutze von Landschaftsteilen in den Landkreisen Frankenberg, Fritzlar-Homberg, Waldeck und Ziegenhain — Landschaftsschutzverordnung für den Kellerwald — vom 11. 8. 1972 (StAnz. S. 1626).

Auf Grund der §§ 5 und 19 des Reichsnaturschutzgesetzes vom 26. 6. 1935 (RGBl. I S. 821), zuletzt geändert durch Gesetz vom 31. 10. 1972 (GVBl. I S. 349), sowie des § 13 Abs. 1 bis 3 der Durchführungsverordnung zum Reichsnaturschutzgesetz vom 31. 10. 1935 (RGBl. I S. 1275), zuletzt geändert durch Gesetz vom 31. 10. 1972 (GVBl. I S. 349), in Verbindung mit § 1 des Hess. Gesetzes über die Zuständigkeiten nach dem Reichsnaturschutzgesetz vom 25. 10. 1958 (GVBl. I S. 159) beabsichtige ich, den Geltungsbereich der Landschaftsschutzverordnung für den Kellerwald vom 11. 8. 1972 im Osten des Landschaftsschutzgebietes um den zwischen den Ortsteilen Bergfreiheit, Oberurff und Zwesten liegenden Landschaftsteil zu erweitern.

Die Landschaftsschutzkarte, in der die Erweiterung der Grenzen des Landschaftsschutzgebietes „Kellerwald“ durch grüne Umrandung kenntlich gemacht ist, liegt nebst dem Entwurf der Landschaftsschutzänderungsverordnung 14 Tage lang, und zwar vom 4. bis zum 17. Juni 1974 in der Zeit von 9.00 Uhr bis 15.30 Uhr beim Regierungspräsidenten in Kassel, Steinweg 6, Zimmer 704, zur öffentlichen Einsicht aus.

Die Landschaftsschutzkarte mit dem Entwurf der Landschaftsschutzänderungsverordnung kann während dieser Zeit auch bei den Kreis Ausschüssen der Landkreise Waldeck-Frankenberg in Korbach und Schwalm-Eder in Homberg — Untere Naturschutzbehörden — während der dortigen Dienststunden eingesehen werden.

Bis zum Ablauf der Auslegungszeit können bei dem Regierungspräsidenten in Kassel, Steinweg 6, gegen den Entwurf der Landschaftsschutzänderungsverordnung schriftlich oder zur Niederschrift Einsprüche erhoben werden.

Die Frist wird auch gewahrt, wenn die Einsprüche bei einem der Kreis Ausschüsse der Landkreise Waldeck-Frankenberg und Schwalm-Eder während der Auslegungszeit eingelegt werden. Über die Einsprüche entscheidet der Hess. Minister für Landwirtschaft und Umwelt — Oberste Naturschutzbehörde —.

Der Verordnungsentwurf hat den aus der Anlage ersichtlichen Wortlaut.

Kassel, 18. 4. 1974

Der Regierungspräsident
— **Höhere Naturschutzbehörde** —
IV/6 b — 46 b

StAnz. 22/1974 S. 1026

*

Entwurf

Verordnung zur Änderung der Verordnung zum Schutze von Landschaftsteilen in den Landkreisen Frankenberg, Fritzlar-Homberg, Waldeck und Ziegenhain

— Landschaftsschutzverordnung für den Kellerwald — vom 11. 8. 1972 (StAnz. S. 1626) vom 1974

Auf Grund der §§ 5 und 19 des Reichsnaturschutzgesetzes vom 26. 6. 1935 (RGBl. I S. 821), zuletzt geändert durch Gesetz vom 31. 10. 1972 (GVBl. I S. 349) sowie des § 13 Abs. 1 bis 3 der Durchführungsverordnung zum Reichsnaturschutzgesetz vom 31. 10. 1935 (RGBl. I S. 1275), zuletzt geändert durch Gesetz vom 31. 10. 1972 (GVBl. I S. 349) in Verbindung mit § 1

des Hess. Gesetzes über die Zuständigkeiten nach dem Reichsnaturschutzgesetz vom 25. 10. 1958 (GVBl. I S. 159), wird folgendes verordnet:

Art. 1

- (1) Das in der Landschaftsschutzverordnung für den Kellerwald vom 11. 8. 1972 abgegrenzte Landschaftsschutzgebiet „Kellerwald“ wird im Osten um den zwischen den Ortsteilen Bergfreiheit, Oberuff und Zwesten liegenden Landschaftsteil erweitert.
- (2) § 2 der Landschaftsschutzverordnung Kellerwald wird hinsichtlich der Grenzbeschreibung im Osten wie folgt gefaßt:
- „Im Osten:
durch die B 3 in nordöstlicher Richtung bis zur Einmündung in die B 485 (östlich von Zwesten);

die B 485 zunächst in westlicher Richtung, dann in nordwestlicher Richtung über Braunau bis Odershausen, Lkr. Waldeck-Frankenberg, Gemarkungsgrenze Bad Wildungen in Höhe des Wasserfalls Sonderbach; die Gemarkungsgrenze Odershausen/Bad Wildungen vom Wasserfall Sonderbach in nördlicher Richtung bis zum Schnittpunkt mit der B 485; die B 485 in nördlicher Richtung über Bad Wildungen bis zum Schnittpunkt mit der L 3332 in Gifflitz.“

Art. 2

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft.

Kassel, den 1974 Der Regierungspräsident
Höhere Naturschutzbehörde
IV/6 b — 46 b

StAnz. 22/1974 S. 1026

Buchbesprechungen

Sozialvorschriften für den Straßenverkehr, 3. Auflage, Kommentar von Herbert Wolf, Loseblattsammlung, 1. Nachtrag 1974, Verlag Wilhelm Jungling KG, 8 München 34, Postfach 3.

Der im vergangenen Jahr rezensierte Kommentar (StAnz. 1973 S. 1398) ist nunmehr durch die Herausgabe des 1. Nachtrags 1974 auf den Stand vom 1. 1. 1974 gebracht worden. Berücksichtigung fanden hierbei u. a. die Verordnung zur Änderung der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung vom 20. 6. 73 (BGBl. I S. 638), die 22. Ausnahmeverordnung zur StVZO vom 12. 11. 73 (BGBl. I S. 1663), die Verordnung über die Berufsausbildung zum Berufskraftfahrer vom 26. 10. 1973 (BGBl. I S. 1518) und die Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1463/70 über die Einführung eines Kontrollgeräts im Straßenverkehr durch die Verordnung (EWG) Nr. 1787/73 vom 25. 6. 73. Daneben sind die Einarbeitung der neuen Rechtsprechung und die Hinweise auf neues Schrifttum besonders erwähnenswert. Insgesamt umfaßt die Nachtragslieferung 200 Seiten. Polizeihauptkommissar K r u g

Friedhofsplanung. XV. Seminar des Bundes Deutscher Landschaftsarchitekten e. V. Leitung und Zusammenstellung Gregor Blauermel. BDLA-Schriftenreihe 15. 1974. Format DIN A 4, kart., 86 S., 50 Abb. und viele Zeichnungen und Tabellen im Text, 28,— DM. Verlag D. W. Callwey, München.

Das Heft enthält die Vorträge und Diskussionsergebnisse des XV. Seminars, das vom Bund Deutscher Landschaftsarchitekten e. V. mit dem Thema „Friedhofsplanung“ im März 1973 in Bremen durchgeführt wurde. Obergartenbaurat Dipl.-Ing. Gregor Blauermel, in dessen Händen seinerzeit die Leitung des Seminars lag — die organisatorische Vorbereitung und Betreuung hatte die Architektenkammer Bremen übernommen — hat auch die Bearbeitung des vorliegenden Hefes besorgt.

Bei der Zusammenstellung der Themen und der Wahl der Referenten ist davon ausgegangen worden, daß sie dem Gedankenaustausch unter Kollegen, der Vermittlung von „Handwerkszeug“ für auf sich allein gestellte Gartenarchitekten und Architekten, und Denkanstößen zur Entwicklung neuer Formen förderlich sein sollten. Die Ziele wurden erreicht, wenn man in Betracht zieht, daß von vornherein nichts „Endgültiges“ zu erwarten war, noch überhaupt angestrebt worden war. Eine derartige Tagung kann stets nur eine Momentaufnahme darstellen, die Diskussionen müssen weitergeführt werden. Gerade dafür gibt die Herausgabe in Schriftform die solide Basis.

Die Schwerpunkte der fachspezifischen Diskussion liegen derzeit auf den Unterschieden zwischen Rasen-Friedhof — steinerner Friedhof und den Zwischenformen des grünen Friedhofs. Stellenwert und Standort in der pluralistischen Gesellschaft, die städtebauliche und landschaftliche Einbindung, die ökologischen Bezüge, die konfessionellen Anforderungen und die technischen Möglichkeiten und Notwendigkeiten wurden in diesem dritten Friedhofsseminar unter den insgesamt 15 BDLA-Seminaren überdacht. Die folgende Aufzählung aus dem Inhalt mag einen Eindruck geben von der Vielseitigkeit, unter dem der Themenkreis ergehen wird.

Der Friedhof in der Stadtplanung.

Der Friedhof in der Ortsplanung des ländlichen Bereiches.

Mögliche Entwicklungstendenzen des Friedhofs- und Bestattungswesens.

Der Friedhof als Erholungsfläche und Bestandteil des öffentlichen Grüns?

Religionsgeschichtliche Aspekte unserer Bestattungsriten.

Friedhofsgestaltung und -ordnung unter Berücksichtigung wirtschaftlicher Pflegemöglichkeiten

Maßnahmen zur Kostensenkung im Friedhofswesen.

Gewinnen wir durch rationelle aber würdige Totenbestattung Raum für die Lebenden?

Bauten auf dem Friedhof.

Bodeneignung für Erdbestattungen.

Erd- und Feuerbestattungen in hygienischer Sicht.

Forderungen des dienstleistenden Friedhofsgärtners an Planung und Verwaltung.

Grabmalgestaltung.

Im Anschluß an den Abdruck des Vortragstextes, der jeweils mit Abbildungen und Wiedergaben von Plänen und Zeichnungen sehr anschaulich ergänzt wird, ist zu jedem Vortrag die Zusammenfassung der stattgefundenen Aussprache als „Diskussions-Ergebnis“ angefügt.

An dieser Stelle ist es nicht möglich, kritisch auf die einzelnen Ausführungen namhafter Sachkenner einzugehen. Selten ist in der Kürze der Beiträge so viel Inhalt an Aussagen, die mit bildnerischen (fotographischen) und zeichnerischen Beispielen vorzüglich ergänzt werden, anzutreffen wie hier. Bedauerlich bleibt lediglich, daß alle Refe-

gewesen, auch Fachleute aus dem Süden der Bundesrepublik zu Wort kommen zu lassen. Der Gegenstand der behandelten Themen kann nicht gelöst von seinem landschaftlichen Hintergrund und ohne landschaftsgebundenen Bezug gesehen werden. Diese bilden u. a. Traditionen, landsmannschaftliche Eigenarten, Überlieferungen des Volkstums und landschaftlich geprägte Besonderheiten. Die selbstgewählte Bescheidung schmälert nicht den Wert der Aussagen, sie schützt höchstens vor einer zu weitgehenden Verallgemeinerung.

Für jeden, der sich mit der Verbesserung der Qualität des Bauens und der Umwelt, mit Fragen der Gestaltung der Stadtlandschaft, vor allem aber mit Problemen des Friedhofs befaßt, ist diese Schrift des BDLA empfehlenswert. Oberbaurat S a d o n i

Stadtumbau — Stadtanierung. Bestandsaufnahme und Planung. Von Sigrid und Nikitas Patellis/Dorothea Pokora, Redaktion Christel Erben. Heft 15 in der Reihe Entwurf und Planung. Herausgegeben von Paulhans Peters. 1973. Format 25 × 26 cm Leinenbroschur, 120 S. mit ca. 400 zum Teil mehrfarbigen Plänen und Tabellen, 48,— DM. Verlag D. W. Callwey, München.

Städte überleben Verhältnisse und Bedingungen ihrer Entstehung, und sie werden durch Umbau neuen Verhältnissen und Bedingungen angepaßt. Stadtumbau ist der Prozeß der Änderung und Anpassung der überholten Stadtstruktur und Stadtgestalt an die aktuellen Bedürfnisse und Verhältnisse. Zwischen der Entstehung von Bedürfnissen und ihrer Verwirklichung in Stadtstruktur und Stadtgestalt besteht eine Zeitdifferenz. Das ist die Ursache von Krisen, die als Symptome von den Stadtbewohnern erfahren werden. Aufgabe des Stadtumbaus ist die Beseitigung dieser Krisen, ohne dabei an den Verhältnissen, die diese Krisen verursachen, etwas zu ändern. Auf dieser Grundlage gehen die Verfasser daran, in vorliegendem Buch fünf Beispiele aus der Planungspraxis des Stadtumbaus in vergleichbarer Darstellung aufzubereiten. Die Planungen sind aus Nordhorn, Hornberg, Speyer, Northeim und München. Hinzugenommen werden — allerdings mit anderer Problematik — eine Blocksanierung aus Regensburg und die Planung Innenstadt München.

Nach gedrängten Ausführungen über „Allgemeines zur Stadtumbau-Planung“, „Anweisungen“ und „Fehlerquellen“ folgt auf neun Seiten eine systematische Zusammenstellung von „Datenkategorien“ in Tabellenform. Dazu wurden neben den o. a. Orten die Planungsgutachten von elf weiteren Gemeinden herangezogen; unter ihnen ist auch als einziges Beispiel aus Hessen die Stadt Marburg (Planungsbeauftragter: GEWOS und FPB, Freie Planungsgruppe Berlin).

Die Datenkategorien werden nach ihren Vorkommen in den Planungsgutachten der Gemeinden geordnet. Hierbei sind die Planungsinhalte in sieben Hauptgruppen unterteilt: Allgemeines, Wohnen, Gebäude und Raum, Technische Infrastruktur, Soziale Infrastruktur, Wirtschaft und Demographie/Sozialökonomie. Nachdem der Leser einen Überblick gewonnen hat — die Bezeichnung „Querschnitt der Planungspraxis“ wie die Verfasser meinen, erscheint zu anspruchsvoll, weil die hier ausgewählten Beispiele sicherlich nicht ausreichend repräsentativ sind für alle in der Bundesrepublik in Vorbereitung oder Durchführung begriffenen Stadtumbau- bzw. städtebaulichen Sanierungsmaßnahmen — gilt das Interesse dem folgenden Hauptteil des Buches.

Hier werden in aufschlußreicher Weise die Planungsgutachten von fünf Gemeinden aufbereitet. Jedes analysierte Gutachten umfaßt ein Falblatt mit einer Kurzfassung des Inhalts des Gutachtens, eine Auswahl der Karten, Pläne und Tafeln aus dem Originalgutachten und eine kritische Bemerkung der Autoren des Buches. Im Falblatt ist das Material des Gutachtens in einer Matrix aufgeschlüsselt. Hierin werden die Planungsinhalte (nach den oben genannten 7 Hauptgruppen) kombiniert mit den Planungsschriften: Planungsaufgabe, Datenaufnahme, Datenauswertung und Lösungen. Das gestattet dem Leser den Planungsvorgang von Anfang bis zum Ende zu verfolgen und auch die Effizienz der Schritte mit ihrem Resultat zu erkennen. Es erlaubt aber auch die Planungsmethode nach Inhalten zu verfolgen. Diese Übersichtlichkeit hat zweifellos viel Gutes an sich — nur muß man sich dabei vor Augen halten, daß sie freilich erkauft wird mit einer starken Vereinfachung der komplizierten Zusammenhänge, wie sie die umfangreichen Gutachten darlegen, aus denen die Ableitungen gebildet werden. Aber wie sonst wäre überhaupt eine Aufbereitung, die eine Vergleichbarkeit der Planungen ermöglicht, denkbar? Wie sagen die Verfasser in ihrem Vorwort: „Die Methode“, „die Lösung“ gibt es nicht; es kann sich auch nicht geben.

Widerum hat der Callwey-Verlag einen wesentlichen Beitrag zur aktuellen Städtebauliteratur geleistet, dieses Mal zur Diskussion um Stadtanierung, ihre Planung und Methode. Es ist dem Buch anzusehen, daß man große Sorgfalt für die Wahl des Papiers und des Drucks sowie für das Layout aufgebracht hat. Bemerkenswert gut ist die Verkleinerung der Zeichnungen gelungen, die, ob in Schwarzweißdarstellung oder in Mehrfarbendruck, bis in die Einzelheiten gut lesbar bleiben. Die Schrift ist als Band 15 der Reihe

ÖFFENTLICHER ANZEIGER

ZUM »STAATSANZEIGER FÜR DAS LAND HESSEN«

1974

MONTAG, 3. JUNI 1974

Nr. 22

Gerichtsangelegenheiten

1960

Zulassung als Rechtsbeistand

E 371.3 BA: Dem Winfried Burkard in Kahl (Main) habe ich die Erlaubnis zur geschäftsmäßigen Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten erteilt.

Geschäftssitz ist Hanau.

6450 Hanau, 16. 5. 1974

Der Präsident des Landgerichts

1961

G 439: Dem bisher mit dem Geschäftssitz in Wiesbaden zugelassenen und jetzt in Hohenstein-Born, Laubachstraße 11a wohnhaften Rechtsbeistand Gerhard W. Gehringer ist die Erlaubnis zur Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten und zur Rechtsberatung mit dem Geschäftssitz in Hohenstein-Born erteilt worden.

Zugleich wurde Herrn Gehringer gemäß § 157 Abs. 3 ZPO das mündliche Verhandeln vor dem Amtsgericht Bad Schwalbach gestattet.

6200 Wiesbaden, 14. 5. 1974

Der Präsident des Landgerichts

1962

371 Eb — 506: Herrn Eugen Breidenbach in 6201 Wallau, Kiedricher Straße Nr. 28, habe ich heute auf Grund des Rechtsberatungsgesetzes vom 13. Dezember 1935 — RGBI. I S. 1478 — die Erlaubnis zur Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten und Rechtsberatung unter Beschränkung auf das Sachgebiet des Güterkraftverkehrsrechts für den Bezirk des Amtsgerichts Hochheim a. M. erteilt.

Geschäftssitz ist Wallau.

Das mündliche Verhandeln vor Gericht ist nicht gestattet.

6200 Wiesbaden, 16. 5. 1974

Der Präsident des Landgerichts

1963

371a E-1.1242: Die Frau Ingrid Teeke geb. Kern, geb. am 22. 9. 1946 in Frankfurt (Main), wohnhaft Frankfurt (Main), Schwanheimer Str. 67, am 6. Juli 1972 für den Amtsgerichtsbezirk Frankfurt (Main) auf Grund des Gesetzes zur Verhütung von Mißbräuchen auf dem Gebiet der Rechtsberatung vom 13. 12. 1935 (RGBI. I S. 1487) erteilte Erlaubnis zur geschäftsmäßigen Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten ist mit Bescheid vom 3. 4. 1974 widerrufen worden.

Der Bescheid ist rechtskräftig.

6000 Frankfurt (Main), 20. 5. 1974

Der Präsident des Amtsgerichts

Aufgebote

1964

3 II 22/73 — Aufgebot: Herr Helmut Schmalz in 35 Kassel, Steubenstraße Nr. 5, hat beantragt, seinen Onkel, den verschollenen Konrad Merkel, geb. 8. 2. 1878 in Groß-Hausen, zuletzt wohnhaft in Amerika, für tot zu erklären.

Der Verschollene wird aufgefordert, sich

bis zum 15. August 1974 vor dem unterzeichneten Gericht zu melden, widrigenfalls er — für tot erklärt werden kann.

Alle, die Auskunft über den Verschollenen geben können, werden aufgefordert, bis zu dem oben bestimmten Zeitpunkt dem Gericht Anzeige zu machen.

6140 Bensheim, 16. 5. 1974 Amtsgericht

Güterrechtsregister

1965

GR 393 — Neueintragung — 17. 4. 1974: Eheleute Kaufmann Bodo Koch und Karin, geb. Köpnik, Alsfeld.

Durch Ehevertrag vom 14. Februar 1974 ist Gütertrennung vereinbart.

632 Alsfeld, 17. 4. 1974 Amtsgericht

1966

GR 320 — Neueintragung — 9. 5. 1974: Eheleute techn. Kaufmann Karl Erich Melchior und Irmgard Alma Maximiliane geb. Dornberger, beide in Taunusstein 4.

Durch notariellen Vertrag vom 27. März 1974 ist der gesetzliche Güterstand der Zugewinnsgemeinschaft ausgeschlossen und Gütertrennung vereinbart.

6208 Bad Schwalbach, 9. 5. 1974 Amtsgericht

1967

5 GR 1441 — 24. April 1974: Dr. med. Erich Adam Werner, Arzt, und Ellen Auguste verw. Fink geb. Dähling, beide in Fulda.

Durch notariellen Vertrag vom 19. März 1974 ist Gütertrennung vereinbart.

6400 Fulda, 13. 5. 1974

Amtsgericht, Abt. 5

1968

5 GR 1442 — 24. April 1974: Kaufmann Otto Möllenberg und Margret Möllenberg geb. Wiegand, Künzell-Dirlos.

Durch notariellen Vertrag vom 2. März 1974 ist Gütertrennung vereinbart.

6400 Fulda, 13. 5. 1974

Amtsgericht, Abt. 5

1969

GR 411 — Neueintragung: Graphiker Friedhelm Schlicht in Flörsbachtal, Ortsteil Kempfenbrunn, Am Hüttberg 15, und Ruth Helga Lieselotte, geb. Walter.

Durch Vertrag vom 28. März 1974 ist Gütertrennung vereinbart.

6460 Gelnhausen, 14. 5. 1974 Amtsgericht

1970

GR 412 — Neueintragung: Prüftechniker Thorsten Uwe Landschreiber, Gelnhausen, Barbarossastr. 42, und Hermine Christine, geb. Matthes.

Durch Vertrag vom 10. April 1974 ist Gütertrennung vereinbart.

6460 Gelnhausen, 14. 5. 1974 Amtsgericht

1971

GR 299: Lahnstein, Dieter, Gerber, und Christine, geb. Hinke, beide wohnhaft in Dornburg-Dorndorf, Gerberstraße.

Durch Vertrag vom 7. März 1974 ist der gesetzliche Güterstand aufgehoben und Gütertrennung vereinbart.

GR 300: Zeus, Ludwig, Kaufmann, und

Irmgard, geb. Klein, beide wohnhaft in Elz, Rathhausstraße 52.

Durch Vertrag vom 1. April 1974 ist der gesetzliche Güterstand aufgehoben und Gütertrennung vereinbart.

6253 Hadamar, 16. 5. 1974 Amtsgericht

1972

41 GR 1525 — 26. 4. 1974: Eheleute Kfz.-Meister Manfred Otto und Ursula geb. Beyer in Ronneburg haben durch Vertrag vom 14. 12. 1973 Gütertrennung vereinbart.

6450 Hanau, 6. 5. 1974 Amtsgericht, Abt. 41

1973

41 GR 1526 — 2. 5. 1974: Eheleute Bezirksleiter Adolf Hegers und Ursula geb. Ahlborn in Niederdorfelden haben durch Vertrag vom 18. 3. 1974 Gütertrennung vereinbart.

6450 Hanau, 9. 5. 1974 Amtsgericht, Abt. 41

1974

41 GR 1527 — 8. 5. 1974: Eheleute kfm. Angestellter Ernst Kern und Doris geb. Schreyer in Ronneburg haben durch Vertrag vom 20. März 1974 Gütertrennung vereinbart.

6450 Hanau, 10. 5. 1974 Amtsgericht, Abt. 41

1975

GR 244: Eheleute Chemiefachwerker Karl Heinz Probst und Hannelore Margarete geb. Kubon, Flörsheim-Wicker, Waldstraße 15.

Durch Vertrag vom 21. Dezember 1973 ist Gütertrennung vereinbart.

6203 Hochheim/Main, 16. 5. 1974

Amtsgericht

1976

GR 560: Eheleute Bundespostbeamter Manfred Ritz und Erna, geb. Peter, beide in Eiterfeld-OT Soisdorf, Haus Nr. 1.

Durch Vertrag vom 26. März 1974 ist Gütergemeinschaft vereinbart. Die Ehegatten verwalten das Gesamtgut gemeinschaftlich.

6418 Hünfeld, 2. 5. 1974

Amtsgericht

1977

GR 1577 A in StAnz. 11/1974 — Nr. 972 muß es richtig heißen: „22. 11. 1973“ (statt 22. 11. 1974).

3500 Kassel, 15. 5. 1974 Anzeigenabteilung

1978

GR 1595 — 26. 3. 1974: Weber, Gerhard, Handelsvertreter in Niestetal/Heiligenrod, und Eva-Marie Thea-Ruth, geb. Ebert.

Gütertrennung durch Vertrag vom 12. 11. 1973.

GR 1595 A — 29. 3. 1974: Schulte, Jürgen Wilhelm Josef, Gärtner und Landwirt, Kassel, und Elisabeth Maria Johanna Vera, geb. Nagel.

Gütertrennung durch Vertrag vom 18. 1. 1974.

GR 1596 — 5. 4. 1974: Creutzburg, Eckhard Fritz, Automaten-Mechaniker, Kassel, und Helga Charlotte, geb. Ebert.

Gütertrennung durch Vertrag vom 19. 2. 1974.

GR 1596 A — 25. 4. 1974: Brosche, Wulf, Fleischermeister in Kassel, und Karla, geb. Dörfler.

Gütertrennung durch Vertrag vom 30. 3. 1974.

GR 1597 — 26. 4. 1974: Hempel, Heinz, Werkzeugmacher, Schauenburg-Elgershausen, und Erika, geb. Brahm.

Gütertrennung durch Vertrag vom 19. 3. 1974

GR 1597 A — 6. 5. 1974: Edelmann, Ralph-Michael Walter Heinrich, Vertreter, Fuldabrück 1, und Doris Erika, geb. Degenhardt.

Gütertrennung durch Vertrag vom 18. 3. 1974.

GR 1598 — 6. 5. 1974: Rühl, Dieter Walter, Versicherungs-Kaufmann, Baunatal, und Monika Lina Hermine, geb. Schaak.

Gütertrennung durch Vertrag vom 22. 3. 1974.

GR 1598 A — 9. 5. 1974: Schaarf, Dieter, Kaufmann, Lohfelden 2, und Inge Brigitte, geb. Koch

Gütertrennung durch Vertrag vom 27. 1. 1965.

GR 1599 — 9. 5. 1974: Müller, Ronald Adolf, Kaufmann, Kassel, und Brigitte-Renate, geb. Peukert.

Gütertrennung durch Vertrag vom 2. 4. 1974.

3500 Kassel 1, 15. 4. 1974 **Amtsgericht**

1979

6 GR 243: Diplom-Kaufmann Fried Möller und Doris Möller geb. Becker, beide in Stadt Allendorf, Gerhart-Hauptmann-Straße 24.

Durch notariellen Vertrag vom 21. Dezember 1973 ist Gütertrennung vereinbart.

3575 Kirchhain, 19. 5. 1974 **Amtsgericht**

1980

1 GR 338 A — Neueintragung: Die Eheleute Elektromeister Friedrich Truss und Helga Truss geb. Fischer, Lichtenfels-Sachsenberg, Landesstraße 38, haben durch Vertrag vom 29. März 1974 Gütertrennung vereinbart.

3540 Korbach, 20. 5. 1974 **Amtsgericht**

1981

5 GR 318 — Neueintragung: Die Eheleute Otto Riemer, Kaufmann, wohnhaft in 6719 Carlsberg und Frau Paula Riemer geb. Simon, Hausfrau, wohnhaft in Lampertheim-Hüttenfeld, haben durch Ehevertrag vom 15. Februar 1974 Gütertrennung vereinbart.

6840 Lampertheim, 29. 4. 1974 **Amtsgericht**

1982

5 GR 319 — Neueintragung: Die Eheleute Erwin Friedrich Schäfer, Maler, und Irmgard Schäfer geb. Lautenbach, Hausfrau, 6845 Groß-Rohrheim, haben durch Ehevertrag vom 1. März 1974 Gütergemeinschaft vereinbart. Die Verwaltung des Gesamtgutes erfolgt gemeinschaftlich.

6840 Lampertheim, 29. 4. 1974 **Amtsgericht**

1983

Rü GR 329 a — Neueintragung — 8. 5. 1974: Eheleute Laerbusch, Kurt Georg Josef und Angelika Karoline geb. Sann, Rüsselsheim, Tannenstr. 76.

Durch Vertrag vom 14. 3. 1974 ist Gütertrennung vereinbart.

6090 Rüsselsheim, 8. 5. 1974

**Amtsgericht Groß-Gerau
Zweigstelle Rüsselsheim**

1984

8 GR 515 — 13. Mai 1974: Kaufmann Karl-Heinz Kocks und Jutta Kocks geb. Möhlenbeck, Weilmünster-Wolfenhausen.

Durch notariellen Vertrag vom 16. April 1974 ist Gütertrennung vereinbart.

6290 Weilburg, 13. 5. 1974 **Amtsgericht**

1985

GR 737: Eheleute Seemaschinist Wolfgang Schwartzkopf, wohnhaft in 6336 Solms, dessen Ehefrau Irmgard Schwartzkopf geb. von Elm, wohnhaft in 2 Hamburg 36.

Durch notariellen Vertrag des Notars Kurt Köhler in Cuxhaven vom 28. Februar 1974 — Urkundenrolle Nr. 100/74 — ist Gütertrennung vereinbart.

Wetzlar, 6. 3. 1974

GR 738: Eheleute Heilpraktiker Ernst Fritz und Ilse Fritz geb. Brehs, 633 Wetzlar, Magdalenenhäuser Weg.

Durch notariellen Vertrag des Notars Dr. Walter Schlauske in Wetzlar vom 1. Februar 1974 — Urkundenrolle Nr. 6/74 — ist Gütertrennung vereinbart.

Wetzlar, 13. 3. 1974

GR 739: Eheleute Industriemeister Hans-Günter Kauc und Hannelore Kauc geb. Redhardt, Wetzlar, Kalsmunt-Westhang 4.

Durch notariellen Vertrag des Notars Dr. Günther Lattermann in Wetzlar vom 4. Januar 1974 — Urkundenrolle Nr. 23/74 — ist Gütertrennung vereinbart.

Wetzlar, 3. 4. 1974

GR 740: Eheleute Kaufmann Anton Albert Ebert und Margot Marianne Ebert geb. Dannewitz, Solms, Peter-Weil-Straße 23.

Durch notariellen Vertrag des Notars Theodor Schäfer in Wetzlar vom 22. Februar 1974 — Urkundenrolle Nr. 228/74 — ist Gütertrennung vereinbart.

Wetzlar, 27. 3. 1974

GR 741: Eheleute Kaufmann Berthold Jost und Ingeborg Jost geb. Repp, 6301 Biebertal 3, Himbergstraße 5.

Durch notariellen Vertrag des Notars Dr. Walter Schmidt in 63 Gießen/Lahn vom 31. Januar 1974 — Urkundenrolle Nr. 65/74 — ist Gütertrennung vereinbart.

6330 Wetzlar, 1. 4. 1974 **Amtsgericht**

1986

GR 3433 — 19. 4. 1974: Di Nardo, Domenico, Kellner, und Evelin geb. Schneider in Wiesbaden.

Durch Ehevertrag vom 31. Januar 1974 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 3434 — 23. 4. 1974: Luis Fito Eider, Kaufmann und Ingrid geb. Würfel in Wiesbaden-Biebrich.

Durch Ehevertrag vom 1. April 1974 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 3435 — 23. 4. 1974: Denninger, Franz, Kaufmann, und Anneliese geb. Wolf in Wiesbaden.

Durch Ehevertrag vom 7. Dezember 1973 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 3436 — 3. 5. 1974: Ruhe, Manfred, und Ingrid geb. Heiser in Wiesbaden.

Durch Ehevertrag vom 29. März 1974 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 3437 — 15. 5. 1974: Schumacher, Walter Joachim, und Gisela geb. Wiedemann in Wiesbaden.

Durch Ehevertrag vom 4. März 1974 ist Gütertrennung vereinbart.

6200 Wiesbaden, 16. 5. 1974

Amtsgericht, Abt. 22

Vereinsregister

1987

VR 543 — 6. 5. 1974: Verein zur Gestaltung und Förderung des Bad Homburger Laternenfestes e. V. mit Sitz in Bad Homburg v. d. H.

VR 544 — 6. 5. 1974: Motor-Club Oberursel im ADAC mit Sitz in Oberursel.

6380 Bad Homburg v. d. H., 16. 5. 1974

Amtsgericht

1988

VR 274 — Neueintragung: Briefftaubenclub Pfeil, Bad Vilbel. Satzung vom 25. April 1974. Vorstand im Sinne von § 26 BGB sind der 1. und der stellvertretende Vorsitzende. Jeder von ihnen ist alleinvertretungsberechtigt.

6368 Bad Vilbel, 24. 5. 1974 **Amtsgericht**

1989

VR 384 — Neueintragung — 10. Mai 1974: Kleinkaliber Sportschützenverein 1921 Mornshausen a. d. S., 3569 Mornshausen a. d. S.

3560 Biedenkopf, 3. 5. 1974 **Amtsgericht**

1990

VR 466 — Neueintragung — 24. 4. 1974: Förderkreis Dillenburg in Dillenburg.

Die Satzung ist am 31. 10. 1973 errichtet.

6340 Dillenburg, 24. 4. 1974 **Amtsgericht**

1991

VR 165 — 7. Mai 1974 — Neueintragung: Modellflug-Club Rheingau (MFCR), Walluf/Rhg

6228 Eltville, 7. 5. 1974 **Amtsgericht**

1992

6 VR 344 — 26. April 1974 — Neueintragung: Modell-Bahn-Club Eschwege, Eschwege.

3440 Eschwege, 26. 4. 1974 **Amtsgericht**

1993

6 VR 345 — Neueintragung — 10. Mai 1974: Freiwillige Feuerwehr Hoheneiche, Wehretal-Hoheneiche.

3440 Eschwege, 10. 5. 1974 **Amtsgericht**

1994

Neueintragungen mit dem Sitz in Frankfurt am Main:

73 VR 6504 — 2. 4. 1974: Eltern-Kinder-Gruppen, Ludwig-Rehn-Straße.

73 VR 6505 — 2. 4. 1974: Industrieverband Hartschaum.

73 VR 6506 — 2. 4. 1974: Siddharta

73 VR 6508 — 2. 4. 1974: Frankfurter Sportschützengemeinschaft.

73 VR 6509 — 11. 4. 1974: The International Society of Parenteral Nutrition.

73 VR 6510 — 11. 4. 1974: Deutsche Gesellschaft für Operations Research (DGOR).

73 VR 6514 — 3. 4. 1974: DMV Funk-Staffel e. V. im DMV, 6000 Frankfurt/Main.

73 VR 6515 — 22. 4. 1974: Kuratorium für jüdische Geschichte.

73 VR 6516 — 23. 4. 1974: Lohnsteuerhilfe-Verein Rhein/Main.

73 VR 6517 — 23. 4. 1974: Bund Sachverständiger für Wertermittlungen von Grundstücken und Gebäuden (BWG).

73 VR 6518 — 23. 4. 1974: Kinder- und Jugendclub Unterliederbach.

73 VR 6519 — 23. 4. 1974: Verein der Arbeiter aus der Türkei e. V. Ffm.

73 VR 6520 — 10. 4. 1974: Freiwilliger Verkehrsfunk Hilfsdienst Frankfurt am Main.

73 VR 6523 — 23. 4. 1974: Mitteldeutsche Vereinigung in Hessen.

73 VR 6525 — 23. 4. 1974: Fédération Européenne des Associations d'Enseignement Privé.

73 VR 6526 — 23. 4. 1974: Beamtenberatungsdienst.

73 VR 6527 — 29. 4. 1974: Schönecker Konferenz.

73 VR 6528 — 29. 4. 1974: Kindergruppe Westend — Familienbegleitende Elementarerziehung.

73 VR 6512 — 11. 4. 1974: Eschborn International, Sitz: Eschborn.

73 VR 6524 — 23. 4. 1974: Kulturring Liederbach, Sitz: Liederbach.

73 VR 3398 — 9. 4. 1974: Interessen-Verband Deutscher Zahnärzte, Landesverband Hessen, Sitz: Frankfurt am Main, Text: Der Verein ist aufgelöst.

6000 Frankfurt am Main, 6. 5. 1974
Amtsgericht, Abt. 73

1995

5 VR 642 — 5. April 1974: Motorsportverein Kohlhaus in Fulda, Ortsteil Kohlhaus.
6400 Fulda, 13. 5. 1974

Amtsgericht, Abt. 5

1996

VR 69 — 20. 5. 1974: Verein zur Ertüchtigung der Dachshunde für die Bodenjagd Hohe Rhön Sitz: 6411 Gersfeld-Hettenhausen. Die Satzung ist am 5. 10. 1973 errichtet.

6412 Gersfeld, 20. 5. 1974
Amtsgericht Fulda
Zweigstelle Gersfeld

1997

VR 944 — 26. 4. 1974: Verein der Freunde und Förderer des Psychiatrischen Krankenhauses Gießen. Sitz des Vereins ist Gießen.

VR 947 — 3. 5. 1974: Angelsportfreunde Heuchelheim. Sitz des Vereins ist Heuchelheim.

VR 592 — 26. 4. 1974: Kultur-Ring Rabenau, Londorf. Die Mitgliederversammlung vom 3. 3. 1974 hat die Auflösung des Vereins beschlossen. Zum Liquidator wurde Walter Haupt in Rabenau-Odenhausen bestellt.

6300 Gießen, 7. 5. 1974
Amtsgericht

1998

4 a VR 504 — Neueintragung — 2. 5. 74: Fliegerclub „Knüppel“ Mörfelden in Mörfelden

6080 Groß-Gerau, 2. 5. 1974
Amtsgericht

1999

4a VR 505 — Neueintragung — 15. 5. 1974: Hotel- und Gaststätten-Verband des Kreises Groß-Gerau in Groß-Gerau.

6080 Groß-Gerau, 15. 5. 1974
Amtsgericht

2000

41 VR 616 — Neueintragung — 30. 4. 1974: Archäologische und volkskundliche Arbeitsgemeinschaft südliche Wetterau e. V., Sitz: Nidderau.

6450 Hanau, 30. 4. 1974
Amtsgericht, Abt. 41

2001

41 VR 619 — 9. 5. 1974: Mini-Club Dörnigheim. Sitz: Dörnigheim.

6450 Hanau, 9. 5. 1974
Amtsgericht, Abt. 41

2002

41 VR 617 — 9. 5. 1974: Kleingärtnerverein Bruchköbel, Sitz: Bruchköbel.

6450 Hanau, 9. 5. 1974
Amtsgericht, Abt. 41

2003

41 VR 618 — 9. 5. 1974: „Wanderfreunde 1911“ Großauheim, Sitz: Großauheim.

6450 Hanau, 9. 5. 1974
Amtsgericht, Abt. 41

2004

41 VR 620 — 9. 5. 1974: Schutzgemeinschaft Deutscher Wald, Kreisverband Hanau Stadt und Land, Sitz: Hanau am Main.

6450 Hanau, 9. 5. 1974
Amtsgericht, Abt. 41

2005

41 VR 621 — 10. 5. 1974: Reit- und Fahr-sportfreunde Langenselbold, Sitz: Langenselbold.

6450 Hanau, 10. 5. 1974
Amtsgericht, Abt. 41

2006

VR 163 — Neueintragung: Verein zur Förderung und Einrichtung vereinseigener Sportanlagen des Turnvereins 1890 e. V. Breckenheim in Breckenheim.

6203 Hochheim/Main, 6. 5. 1974
Amtsgericht

2007

8 VR 487 — Neueintragung — 14. Mai 1974: Spielkiste Fischbach e. V. in Fischbach (Taunus).

6240 Königstein/Ts., 14. 5. 1974
Amtsgericht

2008

8 VR 486 — Neueintragung — 9. Mai 1974: Aktion Kinderspielplätze Königstein e. V. in Königstein (Taunus).

6240 Königstein/Ts., 9. 5. 1974
Amtsgericht

2009

1 VR 141 — Neueintragung: Kyffhäuser Kameradschaft Vasbeck e. V., Vasbeck.

3540 Korbach, 15. 5. 1974
Amtsgericht

2010

VR 136: Forstbetriebsvereinigung Streitbachtal, Sitz: Ulrichstein/Feldkrücken.

6420 Lauterbach/Hessen, 25. 4. 1974
Amtsgericht

2011

7 VR 398 — Neueintragung — 14. Mai 1974: Musikverein Limburg, Limburg/L.

6250 Limburg, 7. 5. 1974
Amtsgericht

2012

7 VR 397 — Neueintragung — 29. April 1974: Freiwillige Feuerwehr 1934 Nauheim in Hünfelden-Nauheim.

6250 Limburg, 19. 4. 74
Amtsgericht

2013

VR 909 — 29. April 1974 — Neueintragung: „Freunde des Pferdesportes“ Weißer Stein Wehrda. Sitz: Wehrda.

3550 Marburg (Lahn), 29. 4. 1974
Amtsgericht

2014

VR 910 — 29. April 1974 — Neueintragung: Familienverband Besch. Sitz: Marburg (Lahn).

3550 Marburg (Lahn), 29. 4. 1974
Amtsgericht

2015

VR 911 — 29. April 1974 — Neueintragung: Förderkreis Alte Kirchen. Sitz: Marburg (Lahn).

3550 Marburg (Lahn), 29. 4. 1974
Amtsgericht

2016

VR 191 — Neueintragung: Sportfischer-Verein ASV Costa-Körle in Körle-Ortsteil Wagenfurth.

3508 Melsungen, 8. 5. 1974
Amtsgericht

2017

Neueintragungen
VR 899 — 10. 5. 1974: „Bürgerinitiative Rumpenheim“, Sitz: Offenbach a. M.

VR 900 — 10. 5. 1974: „Offenbacher Judo-Club Nippon“, Sitz: Offenbach a. M.

6050 Offenbach a. M., 13. 5. 1974
Amtsgericht, Abt. 5

2018

VR 279 — Neueintragung: Offizierheimgesellschaft Rotenburg/Tulda. Sitz: Rotenburg a. d. F.

6442 Rotenburg a. d. F., 13. 5. 1974
Amtsgericht

2019

VR 208 — Neueintragung: Fischereisportverein Kinzig-Sinn e. V. Sitz des Vereins ist Sterbfritz.

6490 Schlüchtern, 13. 5. 1974
Amtsgericht

2020

VR 220 — 25. 4. 74: Verkehrsverein

Kransberg, Sitz: Usingen, Stadtteil Kransberg.

6390 Usingen, 25. 4. 1974
Amtsgericht

2021

8 VR 347 — 6. Mai 1974: Kameradschaftsverein der Freiwilligen Feuerwehr Mengerskirchen-Waldernbach in Mengerskirchen-Waldernbach.

6290 Weilburg, 6. 5. 1974
Amtsgericht

2022

VR 769 — Neueintragung: Der Verein Elterninitiative Kindergarten Ulmtal in Ulmtal ist heute unter Nr. 769 in das Vereinsregister eingetragen worden. Die Satzung ist am 6. März 1974 errichtet.

6330 Wetzlar, 29. 4. 1974
Amtsgericht

VR 770 — Neueintragung: Der Verein Tennisverein Biebental in Biebental 6 ist heute unter Nr. 770 in das Vereinsregister eingetragen worden. Die Satzung ist am 23. Januar 1974 errichtet.

6330 Wetzlar, 15. 5. 1974
Amtsgericht

VR 771 — Neueintragung: Der Verein Club Mitternacht Steindorf in Steindorf ist heute unter Nr. 771 in das Vereinsregister eingetragen worden. Die Satzung ist am 15. Januar 1974 errichtet.

6330 Wetzlar, 15. 5. 1974
Amtsgericht

2023

VR 1772 — 16. 4. 1974: Indochina-Komitee Wiesbaden, Wiesbaden.

VR 1773 — 16. 4. 1974: Deutsch-Finnische Gesellschaft Hessen.

VR 1774 — 3. 5. 1974: Wiesbadener Kammermusikfreunde, Wiesbaden.

6290 Wiesbaden, 16. 5. 1974
Amtsgericht, Abt. 22

2024

VR 156 — 9. 5. 1974: Sportverein 1945 Nothfelden, Wolfhagen-Nothfelden.

3549 Wolfhagen, 9. 5. 1974
Amtsgericht

Vergleiche — Konkurse**2025**

61 N 7/74 — Konkursverfahren: Über das Vermögen des Gastwirts Juan Torres-Vera, 6103 Griesheim, Pfungstädter Str. 1, wird heute, am 20. Mai 1974, 12 Uhr, Konkurs eröffnet, da die Konkursöffnung vom Finanzamt Darmstadt beantragt worden ist und Juan Torres-Vera zahlungsunfähig ist.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Dr. Mittelstädt, 61 Darmstadt, Hügelstraße 47. Tel.: 2 48 40.

Konkursforderungen sind bis zum 12. Juni 1974 beim Gericht zweifach anzumelden.

Termin zur Beschlußfassung über Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in §§ 132, 134 und 137 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und Termin zur Prüfung angemeldeter Forderungen: Mittwoch, den 3. Juli 1974, 9.00 Uhr, vor dem Amtsgericht in 61 Darmstadt, Mathildenplatz Nr. 12, Erdgeschoß, Zimmer Nr. 418.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner verabfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 12. Juni 1974 anzeigen. Post- und Telegrafensperre wird angeordnet. Zur Hinterlegungsbank wird die Stadt- und Kreis-Sparkasse Darmstadt bestimmt.

6100 Darmstadt, 20. 5. 1974
Amtsgericht, Abt. 61

2026

34 N 32 74 — Konkursverfahren: In der Konkursöffnungsache über das Vermögen der Frau Gudrun Krämer, 6113 Babenhäuser, Luisenstr. 12, wird der Schuldnerin allgemein verboten, Gegenstände ihres Vermögens zu veräußern oder über sie sonst zu verfügen (Allgem. Veräußerungsverbot). Unter dieses Verbot fällt auch die Einziehung von Außenständen.

6110 Dieburg, 20. 5. 1974 **Amtsgericht**

2027

5 N 6 74 — Beschluß — Konkursverfahren: Über den Nachlaß des am 28. Mai 1973 verstorbenen Kaufmanns Heinrich Löber aus Dillenburg, wird heute, am 21. Mai 1974, 10.00 Uhr, das Nachlaßkonkursverfahren eröffnet, da der Nachlaß überschuldet ist.

Der Rechtsanwalt Joachim Wienecke in Herboren, Schloßstraße 3, wird zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 19. Juni 1974 bei dem Gericht in 2 Stücken anzumelden. Vertreter von Gläubigern haben ihre Vollmacht mit einzureichen oder spätestens im Termin vorzulegen.

Es wird zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf Donnerstag, den 20. Juni 1974, 9.00 Uhr, und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf Donnerstag, den 27. Juni 1974, 9.00 Uhr, vor dem hiesigen Gericht, Zimmer 108, Termin bestimmt.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nicht an die den Nachlaß vertretenden Personen zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitz der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 12. Juni 1974 Anzeige zu machen.

6340 Dillenburg, 21. 5. 1974 **Amtsgericht**

2028

9 N 46 68: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Herrn Erich Liebseher, Großhandel-Gartenbedarf, 6242 Kronberg/Ts., Bleichstr. 1, soll die Schlußverteilung stattfinden.

Es stehen hierfür 20 539,90 DM nach Befriedigung der Vorrechte I/II zur Verfügung, von denen noch die Kosten des Verfahrens und die Messeverbindlichkeiten abgehen.

Es sind zu berücksichtigen Vorrechte I/II 49 312,74 DM, Vorrechte I/III 2411,20 DM, Vorrechte I/IV 624,48 DM und nicht bevorrechtigte Forderungen 775 867,98 DM.

Das Schlußverzeichnis liegt auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Königstein/Taunus, offen.

6000 Frankfurt, 21. 5. 74

Der Konkursverwalter:
Helmut Burghardt
Rechtsbeistand

2029

81 VN 5 74 — Vergleichsverfahren — Beschluß: Der Kaufmann Wilhelm Steinbach, Inhaber der Firma Wilhelm Steinbach, Kraftfahrzeuge, Frankfurt/Main, Ziegelhüttenweg 33-36, hat seinen Antrag vom 10. 4. 1974 auf Eröffnung des Vergleichsverfahrens zur Abwendung des Konkurses über sein Vermögen zurückgenommen.

Das durch Beschluß vom 11. 4. 1974 gegen den Schuldner erlassene allgemeine Veräußerungsverbot wird hiermit aufgehoben.

Das Amt des vorläufigen Verwalters, Rechtsanwalt Hermann Fenzl, 6 Frankfurt/Main, Kaiser-Sigmund-Straße 31, ist beendet.

6000 Frankfurt/Main, 15. 5. 1974
Amtsgericht, Abt. 81

2030

81 VN 8 74 — Vergleichsverfahren — Beschluß: Die Firma DETÜBAU Deutsche Türkische Baugesellschaft mit beschränkter Haftung, 6 Frankfurt/Main, Gutleustraße 75, hat ihren Antrag vom 25. April 1974 auf Eröffnung des Vergleichsverfahrens zur Abwendung des Konkurses über ihr Vermögen zurückgenommen.

Das durch Beschluß vom 30. April 1974 gegen die Schuldnerin erlassene allgemeine Veräußerungsverbot wird hiermit aufgehoben. Das Amt des vorläufigen Verwalters, Rechtsanwalt Harald Wamp, 6 Frankfurt/Main, Roseggerstraße 10, ist beendet.

6000 Frankfurt/Main, 16. 5. 1974
Amtsgericht, Abt. 81

2031

81 N 72 74 — Beschluß: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Radio Hauptwache H. Naumann Kommanditgesellschaft, 6 Frankfurt/Main 90, Schultheißenweg „Am Wasserturm“ mit Geschäftslokalen in: Frankfurt/Main, Liebfrauenstraße 5, Bergen-Enkheim, Hessen Center, Darmstadt, Rheinstraße 12, Mainz, Sappel-Glückert-Passage 2-4, Gießen, Seltersweg 28, Hanau, Rosenstraße 17, Langen (Hessen), Bahnstraße 16, Friedberg (Hessen), Kaiserstraße 109, Groß-Gerau, Frankfurter Str. 23, Gelnhausen, Röbergasse 18 und Wiesbaden, Langgasse 1, ist der Termin zur Prüfung angemeldeter Forderungen auf den 2. Juli 1974, 9.00 Uhr, vor dem Amtsgericht in Frankfurt/M., Gerichtsstraße 2, I. Stock, Zimmer Nr. 137, Gebäude B, vertagt worden. Dieser Termin dient weiterhin der Beschlußfassung über die Wahl eines Gläubigerausschusses.

6000 Frankfurt/Main, 21. 5. 1974
Amtsgericht, Abt. 81

2032

81 N 283 72 — Beschluß: In dem Konkursverfahren über den Nachlaß des am 5. Okt. 1970 in Kelsterbach verstorbenen Kaufmanns Heinrich Klettenheimer, geb. am 10. 7. 1927, zuletzt wohnhaft Kelsterbach, Treburer Str. 18, wird Termin zur Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen auf den 11. Juni 1974, 11.00 Uhr vor dem Amtsgericht Frankfurt (M.), Gerichtsstraße 2, I. Stock, Zimmer 137, Gebäude B, anberaumt.

6000 Frankfurt (Main), 15. 5. 1974
Amtsgericht, Abt. 81

2033

42 VN 2 74 — Vergleichsverfahren: Über das Vermögen der K. H. Backhaus KG, vertreten durch Komplementärin Klima-, Heizungs- und Bautechnik GmbH, diese vertreten durch ihren Geschäftsführer Karl-Heinz Backhaus, 63 Gießen, Klingelbachweg 10, ist am 17. 5. 1974, 12.00 Uhr, das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses eröffnet. Vergleichsverwalter: Dipl.-Sozialwirt Egon Kretschmer, 3 Hannover, Roscherstraße 12. Vergleichstermin: 3. 7. 1974, 14.30 Uhr, Amtsgerichtsgebäude Gießen, Saal 100. Die Gläubiger mögen ihre Forderungen alsbald anmelden. Eröffnungsantrag nebst Anlagen und

Ermittlungsergebnis sind auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts, Zimmer Nr. 108, zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt.

6300 Gießen, 17. 5. 1974 **Amtsgericht**

2034

2 N 6 74 — Konkursverfahren: Über das Vermögen des Fabrikanten Lothar Adorjan in Grebenstein, wohnhaft Kassel-Harleshausen, Sängelsrain 35a, wird heute, am 21. Mai 1974, 11.00 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Dr. Linker, Kassel, Wolfsschlucht 31.

Konkursforderungen sind bis zum 15. Juli 1974 2fach schriftlich, Zinsen mit dem bis zur Eröffnung berechneten Betrage, bei Gericht anzumelden. Erste Gläubigerversammlung mit Tagesordnung nach §§ 80, 87 II, 132, 134, 137 KO am 28. Juni 1974, 10.00 Uhr.

Prüfungstermin am 9. August 1974, 10.00 Uhr, vor dem Amtsgericht Hofgeismar, Friedrich-Pfaff-Straße 8, Saal 26.

Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 21. Juni 1974 ist angeordnet.

3520 Hofgeismar, 21. 5. 1974 **Amtsgericht**

2035

2 N 5 74 — Konkursverfahren: Über das Vermögen der Firma activ-Wiladon Lothar Adorjan KG, Grebenstein — persönlich haftender Gesellschafter Fabrikant Lothar Adorjan, Kassel-H., Sängelsrain 35a —, wird heute, am 21. Mai 1974, 11.00 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Dr. Linker, Kassel, Wolfsschlucht 31.

Konkursforderungen sind bis zum 15. Juli 1974 2fach schriftlich, Zinsen mit dem bis zur Eröffnung berechneten Betrage, bei Gericht anzumelden. Erste Gläubigerversammlung mit Tagesordnung nach §§ 80, 87 II, 132, 134, 137 KO am 28. Juni 1974, 10.00 Uhr, Prüfungstermin am 9. August 1974, 10.00 Uhr, vor dem Amtsgericht Hofgeismar, Friedrich-Pfaff-Straße 8, Saal Nr. 26.

Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 21. Juni 1974 ist angeordnet.

3520 Hofgeismar, 21. 5. 1974 **Amtsgericht**

2036

5 N 8 74 — Konkursverfahren: Über das Vermögen des Bauunternehmers Klaus Peter Splittgerber, Inhaber der im Handelsregister Kirchhain (HRA 1140) eingetragenen Bauunternehmung Karl Splittgerber in Stadt Allendorf, Heinrich-Schneider-Straße 31, wird heute, am 22. Mai 1974, 16.00 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet. Der Rechtsanwalt Gert Siebert in Marburg/L., Krümmbogen 1, wird zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum Freitag, dem 28. Juni 1974, bei dem Gericht in zwei Stücken anzumelden. Vertreter von Gläubigern haben ihre Vollmacht mit einzureichen oder diese spätestens im Termin vorzulegen.

Es wird zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in § 132 KO bezeichneten Gegenstände auf Freitag, den 21. Juni 1974, 9.00 Uhr, vor dem Amtsgericht Kirchhain, Niederrheinische Straße Nr. 32, Zimmer 29, und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf Freitag, den 5. Juli 1974, 9.00 Uhr, vor dem hiesigen Amtsgericht, Zimmer 20, Termin anberaumt.

Alle Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder

zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschaftschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, und auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitz der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 14. Juni 1974 Anzeige zu machen.

Zur Beachtung: Bei der Anmeldung (zweifach) sind Hauptforderung, Kosten und Zinsen, letztere berechnet bis zum 22. Mai 1974, anzugeben.

3575 Kirchhain 1/Bez. Kassel, 22. 5. 1974
Amtsgericht

2037

9 N 22/74 — **Beschluß** — Konkursverfahren: Über das Vermögen der Firma **Wegner Baugesellschaft mbH, Straßen- und Tiefbau** in 6233 Kelkheim/Taunus, Frankfurter Straße 198, vertreten durch die Geschäftsführer **Kaufmann Lutz Schumann, 6236 Eschborn/Ts., Götzenstr. 1b** und **Kaufmann Georg Wegner, 6478 Nidda, Erkerweg 13**, wird heute, am 21. Mai 1974, 12.00 Uhr, Konkurs eröffnet, da die Gemeinschaftschuldnerin dies wegen nachgewiesener Überschuldung beantragt hat.

Konkursverwalter: Rechtsbeistand **Helmut Burghardt, 6 Frankfurt am Main 1, Leerbachstraße 107.**

Konkursforderungen sind bis zum 30. Juli 1974 beim Gericht in doppelter Ausfertigung anzumelden. Die Zinsbeträge sind bis zum 21. Mai 1974 auszurechnen und ziffernmäßig anzumelden.

Termin zur Beschlußfassung über Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in §§ 132, 134 und 137 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände: Mittwoch, den 3. Juli 1974, 9.00 Uhr und — Termin — zur Prüfung angemeldeter Forderungen: Donnerstag, den 10. Oktober 1974, 10.00 Uhr, vor dem Amtsgericht in Königstein/Taunus, Nebengebäude Georg-Pingler-Straße Nr. 19, Sitzungssaal.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an die Schuldnerin verabfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 30. Juni 1974 anzeigen.

6240 Königstein, 21. 5. 1974
Amtsgericht

2038

9 N 46/68 — **Beschluß**: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des **Erch Liebischer, 6242 Kronberg/Taunus, Bleichstraße 1**, wird die Vornahme der Schlußverteilung genehmigt und der Schlußtermin auf Mittwoch, den 3. Juli 1974, 10.30 Uhr, vor dem Amtsgericht Königstein/Ts., Nebengebäude Georg-Pingler-Straße 19, Sitzungssaal, bestimmt.

Der Termin dient der Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen.

Für den Verwalter werden festgesetzt: a) Vergütung auf 10 000,— DM, b) Auslagen auf 1 407,92 DM zuzüglich 5,5% Ausgleich für Mehrwertsteuer.

6240 Königstein/Ts., 15. 5. 1974
Amtsgericht

2039

9 N 53/73 — 9 N 54/73 — **Beschluß**: In dem Konkursverfahren über das Vermögen a) der Firma **Blümer GmbH & Co. Erd- und Tiefbau KG, 6231 Schwalbach/Taunus,**

Ostpreußenstraße 6,

b) der Firma **Blümer GmbH, 6231 Schwalbach/Taunus.**

wird zur Anhörung der Gläubiger über die Anregung des Konkursverwalters auf Einstellung des Verfahrens mangels Masse (§ 204 KO), zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen, gegebenenfalls zur Abnahme der Schlußrechnung Termin auf Dienstag, den 25. Juni 1974, 10.30 Uhr, vor dem Amtsgericht Königstein/Taunus, Nebengebäude Georg-Pingler-Straße 19, Sitzungssaal, bestimmt.

6240 Königstein/Taunus, 13. 5. 1974
Amtsgericht

2040

7 N 6/74: **Quarzkieswerke Werner Eufinger GmbH, Werschau.**

7 N 4/74: **Weton Betonwerk GmbH, Staffel.**

Die Gebühr des Konkursverwalters ist in jedem Verfahren auf 300,— DM festgesetzt.

6250 Limburg, 8. 5. 1974
Amtsgericht

2041

3 N 14/73: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma **Fromme Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Wetzlar**, wird Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen auf 2. Juli 1974, 11.00 Uhr, Zimmer 17, im Amtsgerichtsgebäude Wetzlar, Wertherstraße 2, bestimmt.

6330 Wetzlar, 16. 5. 1974
Amtsgericht

2042

62 N 33/71 — **Beschluß**: Das Konkursverfahren über das Vermögen des **Schreiners Hans Stubig, Wiesbaden, Kapellenstraße 8**, wird nach teilweiser Auszahlung der Zwangsvergleichsquote und Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

6200 Wiesbaden, 15. 5. 1974
Amtsgericht

2043

62 N 14/65 und 62 N 21/65 — **Beschluß**: In dem Konkursverfahren über das Vermögen a) der Firma **A. v. Graeve KG, Bauunternehmung, Wiesbaden, Kirchgasse 76**, b) des **Kaufmanns Adolf von Graeve in Wiesbaden, Bierstadter Straße 60, Komplementär der in Konkurs befindlichen Firma A. von Graeve KG, Bauunternehmung in Wiesbaden, Kirchgasse 76**, wird die Gläubigerversammlung auf Mittwoch, den 17. Juli 1974, 10.30 Uhr, auf Saal 243 des Amtsgerichts einberufen. Tagesordnung: 1. Bericht des Konkursverwalters; 2. Prüfung evtl. nachgemeldeter Forderungen; 3. Verschiedenes.

6200 Wiesbaden, 15. 5. 1974

Amtsgericht

2044

62 N 116/73 — **Beschluß**: Das Konkursverfahren über das Vermögen der **EDV-Systeme edvsys GmbH in Wiesbaden, Hasengartenstraße 15**, wird gem. § 204 KO mangels Masse eingestellt.

6200 Wiesbaden, 15. 5. 1974
Amtsgericht

Zwangsversteigerungen

Sammelbekanntmachung: Ist ein Recht im Grundbuch nicht oder erst nach dem Versteigerungsvermerk eingetragen, muß der Berechtigte es anmelden, bevor das Gericht im Versteigerungstermin zum Bieten auffordert, und auch glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Sonst wird das Recht im geringsten Gebot nicht berücksichtigt und erst nach dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten befriedigt.

Die Gläubiger werden aufgefordert, sobald, spätestens zwei Wochen vor dem Termin, eine Berechnung der Ansprüche — getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten — einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann dies auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle erklären.

Wer berechtigt ist, die Versteigerung des Grundstücks oder seines Zubehörs (§§ 55 ZVG) zu verhindern, kann das Verfahren aufheben oder einstweilen einstellen lassen, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Versäumt er dies, tritt für ihn der Versteigerungserlös an Stelle des Grundstücks oder seines Zubehörs.

2045

2 K 26/73: Das im Erbbaugrundbuch von **Twiste** Band 17, Blatt 473 eingetragene Erbbaurecht

lfd. Nr. 1, Erbbaurecht, eingetragen auf dem im Grundbuche von **Twiste**, Band 14, Blatt 392, unter Nr. 699 des Bestandsverzeichnisses verzeichneten Grundstück

Twiste, Flur 4, Flurstück 39 96, Hof- und Gebäudefläche, Auf dem Lohne, Haus Nr. 296, Größe 7,33 Ar, in Abteilung II, Nr. 148, für die Dauer von 75 Jahren seit dem 1. August 1966.

Als Eigentümer des belasteten Grundstücks ist der Landkreis **Waldeck (Domänenverwaltung)** eingetragen.

Zur Veräußerung und Belastung mit Hypotheken, Grund- und Rentenschulden sowie Reallasten ist die Zustimmung des Grundstückseigentümers erforderlich. Unter Bezugnahme auf die Bewilligung vom 13. Juli 1966 bei Anlegung dieses Blattes hier vermerkt am 20. 6. 1966, soll am 14. August 1974, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude **Arolsen, Rauchstraße 7, Zimmer Nr. 23 (Sitzungssaal)**, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Erbbauberechtigte am 10. September 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks): a) **Schreiner Helmut Reimann**, b) dessen Ehefrau **Ingrid Reimann geborene Vogel**, beide in **Twiste**, jetzt **Twistetal**, je zur Hälfte.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

3548 Arolsen, 7. 5. 1974
Amtsgericht

2046

2 K 7/74: Das im Grundbuch von **Mühlhausen**, Band 7, Blatt 195, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 4, Gemarkung **Mühlhausen**, Flur Nr. 1, Flurstück 46/2, Hof- und Gebäudefläche, Haus Nr. 45, Im Dorfe, Größe 2,35 Ar,

soll am Mittwoch, 31. Juli 1974, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude **Arolsen, Rauchstr. 7, Zimmer 23 (Sitzungssaal)** durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 4. März 1974 (Tag des Versteigerungsvermerks): a) **Bauarbeiter Ernst Hufnagel, Twistetal-Mühlhausen, Im Dorfe Nr. 45**, b) **Frau Margarete Hufnagel, geb. Schmitz, jetzt Lichtenfels-Goddelsheim, Mühlenweg 1**, — je zur Hälfte —.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

3548 Arolsen, 13. 5. 1974
Amtsgericht

2047

2 K 19/73: Das im Grundbuch von **Gembeck**, Band 7, Blatt 165, eingetragene Grundstück,

Ifd. Nr. 9, Gemarkung Gembeck, Flur 1, Flurstück 101/1, Hof- und Gebäudefläche, Am Bergplatze, Haus Nr. 3, Größe 1,76 Ar, soll am Mittwoch, 31. Juli 1974, 11.15 Uhr, Zimmer 23 (Sitzungssaal), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 31. Juli 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks):
a) Maurer Hermann Becker,
b) dessen Ehefrau Waltraud Becker, geborene Poling,
beide in Twistetal-Gembeck, Nr. 3 — je zur Hälfte —.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

3548 Arolsen, 10. 5. 1974 **Amtsgericht**

2048

K 1/73: Das im Grundbuch von Friedlos, Band 19, Blatt 651, eingetragene Grundstück,

Ifd. Nr. 8, Gemarkung Friedlos, Flur 2, Flurstück 64/14, Lieg.-B. Nr. 476, Hof- und Gebäudefläche, Fuldablick 14 und 15, Größe 7,08 Ar,

soll am 18. September 1974, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Bad Hersfeld, Reichstr. 1 (3. Stock), Zimmer 305, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 10. April 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks): Verkaufsleiter Jakob Alba in Bad Hersfeld.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 208 700,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6430 Bad Hersfeld, 9. 5. 1974 **Amtsgericht**

2049

2 K 27/73 — **Beschluß:** Das im Grundbuch von Steckenroth, Band 17, Blatt 483, eingetragene Grundstück

Ifd. Nr. 1, Gemarkung Steckenroth, Flur Nr. 1, Flurstück 137, Gartenland, Friedensstraße, Größe 5,17 Ar,

soll am 2. September 1974, 8.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Bad Schwalbach, Am Kurpark 12, Saal Nr. 10, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 2. 10. 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks): Autolackierer Wilhelm Hensing, Wiesbaden.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt worden auf 58 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6208 Bad Schwalbach, 15. 5. 1974

Amtsgericht

2050

2 K 7/74 — **Beschluß:** Die ideelle Miteigentumshälfte des Rolf Stumpf an dem im Grundbuch von Neuhoof, Band 29, Blatt 836, eingetragenen Grundstück

Ifd. Nr. 1, Gemarkung Neuhoof, Flur 39, Flurstück 56, Hof- und Gebäudefläche, Schulstraße 1, Größe 0,67 Ar,

soll am 26. August 1974, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Bad Schwalbach, Am Kurpark Nr. 12, Saal Nr. 10, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer der Miteigentumshälfte am 30. 1. 1974 (Tag des Versteigerungsvermerks): Landwirt und Fuhrunternehmer Rolf Stumpf, Taunusstein-Neuhoof.

Der Wert der Miteigentumshälfte am

Grundstück wird nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 1520,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6208 Bad Schwalbach, 21. 5. 1974

Amtsgericht

2051

2 K 4/74 — **Beschluß:** Das im Grundbuch von Orlen, Band 17, Blatt 540, eingetragene Grundstück

Ifd. Nr. 1, Gemarkung Orlen, Flur 2, Flurstück 32, Hof- und Gebäudefläche, Obergasse 60, Größe 3,32 Ar,

soll am 26. August 1974, 8.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Bad Schwalbach, Am Kurpark Nr. 12, Saal Nr. 10, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 15. 1. 1974 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Wanda Kaltwasser geb. Fischer, Frankfurt/Main,

b) Zimmermeister Alfred Kaltwasser, Taunusstein-Orlen, je zur Hälfte.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6208 Bad Schwalbach, 21. 5. 1974

Amtsgericht

2052

2 K 16/73 — **Beschluß:** Das im Grundbuch von Panrod, Band 16, Blatt 453, eingetragene Grundstück

Ifd. Nr. 1, Gemarkung Panrod, Flur 21, Flurstück 20, Hof- und Gebäudefläche, Rödern, Größe 6,15 Ar,

soll am 2. September 1974, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Bad Schwalbach, Am Kurpark Nr. 12, Saal Nr. 10, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 20. 8. 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks): Eheleute Edgar und Emmi Retter geb. Elsemüller, Aarbergen 5, zu je 1/2.

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 86 050,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6208 Bad Schwalbach, 21. 5. 1974

Amtsgericht

2053

4 K 36/72: Das im Grundbuch von Wald-Erlenbach, Band 7, Blatt 209, eingetragene Grundstück

Ifd. Nr. 4, Gemarkung Wald-Erlenbach, Flur 1, Flurstück 53/3, Lieg.-B. 217, Hof- und Gebäudefläche, Friedhofstraße 12, Größe 9,42 Ar,

soll am 7. August 1974, 8.30 Uhr, im Gerichtsgebäude in Bensheim, Wilhelmstraße Nr. 26, Zimmer Nr. 203, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 11. August 1972 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Walter Hart, Kaufmann, Mannheim-Rheinau — jetzt wohnhaft in Heppenheim-Wald Erlenbach —,

b) dessen Ehefrau Erica Hart geb. Moritz, Mannheim-Rheinau — jetzt wohnhaft in Heppenheim-Wald Erlenbach —, je zur ideellen Hälfte.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6140 Bensheim, 21. 5. 1974

Amtsgericht

2054

4 K 25/74: Die im Grundbuch von Erbach, Band 8, Blatt 285, eingetragenen Grundstücke

Ifd. Nr. 3, Gemarkung Erbach, Flur 1,

Flurstück 19/1, Hof- und Gebäudefläche, Ortsstraße 42, 2,96 Ar,

Ifd. Nr. 4, Gemarkung Erbach, Flur 1, Flurstück 18, Hofraum, zu Ortsstraße 42, 2,81 Ar,

sollen am 28. August 1974, 14.30 Uhr, im Gerichtsgebäude in Bensheim durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 20. März 1974 (Tag des Versteigerungsvermerks): Maurer Josef Hermann Lulay in Heppenheim-Erbach.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6140 Bensheim, 20. 5. 1974

Amtsgericht

2055

4 K 47/70 — (4 K 36/70): Die im Grundbuch von Auerbach, Band 65, Blatt 3262, eingetragenen Grundstücke

Ifd. Nr. 4, Gemarkung Auerbach, Flur 10, Flurstück 284, Hof- und Gebäudefläche zu Lahnstraße 4, Größe 17,51 Ar.

Ifd. Nr. 5, Gemarkung Auerbach, Flur 10, Flurstück 272/2, Ackerland (Obstb. u. Obststr.) Das kurze Gewännchen, Größe 15,51 Ar,

Ifd. Nr. 6, Gemarkung Auerbach, Flur 10, Flurstück 286/2, Hof- u. Gebäudefläche, Lahnstr. 4, Größe 31,75 Ar,

Ifd. Nr. 7, Gemarkung Auerbach, Flur 10, Flurstück 287, Hof- u. Gebäudefläche u. Gartenland, Lahnstr. 4, Größe 106,73 Ar,

Ifd. Nr. 8, Gemarkung Auerbach, Flur 10, Flurstück 288/1, Gartenland, Gartenstraße, Größe 5,29 Ar,

Ifd. Nr. 9, Gemarkung Auerbach, Flur 10, Flurstück 272/1, Ackerland (Obstb. u. Obststr.) Das kurze Gewännchen, Größe 6,57 Ar,

Ifd. Nr. 11, Gemarkung Auerbach, Flur Nr. 10, Flurstück 271, Ackerland, Das kurze Gewännchen, Größe 4,27 Ar,

Ifd. Nr. 15, Gemarkung Auerbach, Flur Nr. 10, Flurstück 283, Ackerland, Zwischen den Bächen, Größe 8,23 Ar,

Ifd. Nr. 17, Gemarkung Auerbach, Flur Nr. 10, Flurstück 285, Hof- u. Gebäudefläche, zu Lahnstr. 4, Ackerland, Zwischen den Bächen, Größe 17,08 Ar,

Ifd. Nr. 20, Gemarkung Auerbach, Flur 9, Flurstück 70, Hof- u. Gebäudefläche u. Grünland, Im Hähnerfeld, Außerhalb 33, Größe 482,19 Ar,

Ifd. Nr. 21, Gemarkung Auerbach, Flur 9, Flurstück 98, Ackerland, Im Hähnerfeld, Größe 32,73 Ar,

Ifd. Nr. 22, Gemarkung Auerbach, Flur 9, Flurstück 124, Ackerland, Im Hähnerfeld, Größe 14,89 Ar,

sollen am 21. August 1974, 8.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Bensheim, Wilhelmstraße Nr. 26, Zimmer 203, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 28. 7. 1970 bzgl. der Grundstücke Ifd. Nr. 4 und 17 und am 20. 11. 1970 hinsichtlich der restlichen Grundstücke (Tage der Versteigerungsvermerke): Karl Ortlieb, Fabrikant in Bensheim-Auerbach.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6140 Bensheim, 13. 5. 1974

Amtsgericht

2056

K 4/74: Das im Grundbuch von Bischoffen, Band 30, Blatt 1163, eingetragene Grundstück

Ifd. Nr. 1, Gemarkung Bischoffen, Flur 8, Flurstück 180/2, Hof- und Gebäudefläche, Kreuzstraße 37, Größe 8,85 Ar,

soll am Dienstag, dem 24. September 1974, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Biedenkopf Lahn, Hainstraße 72, Zimmer

Nr. 110, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 14. Februar 1974 (Tag des Versteigerungsvermerks): Eheleute Gießereiarbeiter Willi Lapp und Margarethe geb. Kettler in Bischoffen, als Mitzeigentümer je zur Ideellen Hälfte.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

3560 Biedenkopf, 16. 5. 1974 Amtsgericht

2057

K 57 73: Das im Grundbuch von Biedenkopf, Band 66, Blatt 2493, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 5, Gemarkung Biedenkopf, Flur Nr. 8, Flurstück 407/1, Hof- und Gebäudefläche, Breslauer Straße 27, Größe 8,84 Ar, soll am Dienstag, dem 17. September 1974, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Biedenkopf-Lahn, Hainstraße 72, Zimmer 110, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 23. November 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks): Schulrat Friedrich Wilhelm Schäfer und seine Ehefrau Edith Schäfer, geb. Schulz, beide in Biedenkopf, je zur Hälfte.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

3560 Biedenkopf, 8. 5. 1974 Amtsgericht

2058

K 8 + 12/73: Die im Grundbuch von Burgsolms, a) Band 81, Blatt 1174, eingetragene Grundstücke

lfd. Nr. 3, Gemarkung Burgsolms, Flur Nr. 2, Flurstück 198/2, Bauplatz, Lahnstraße 76, Größe 72 Ar, und

b) Band 96, Blatt 1641,

lfd. Nr. 4, Gemarkung Burgsolms, Flur Nr. 18, Flurstück 63/1, Hof- und Gebäudefläche, Auf der Hohl 26, Größe 55 Ar, sollen am Mittwoch, dem 17. 7. 1974, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude in Braunfels, Gerichtsstraße, Sitzungssaal, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer zu a) am 17. 4. 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks): Fa. Heinz Westram KG, Straßen + Tiefbau, Solms, zu b) am 9. 7. 1973: Pflastermeister Heinz Westram, Solms.

Der Wert der Grundstücke wird nach § 74 a Abs. 5 ZVG wie folgt festgesetzt: zu a) auf 91 464,— DM, zu b) auf 276 110,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6333 Braunfels, 15. 5. 1974

**Amtsgericht Wetzlar
Zweigstelle Braunfels**

2059

K 18 73: Die im Grundbuch von Burgsolms eingetragenen Grundstücke

a) **Band 76, Blatt 1038**

lfd. Nr. 1, Gemarkung Burgsolms, Flur Nr. 22, Flurstück 40, Hof- und Gebäudefläche, Hofmannsseite, Größe 12,58 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Burgsolms, Flur Nr. 22, Flurstück 41, Hof- und Gebäudefläche, Hofmannsseite, Größe 15,77 Ar,

b) **Band 87, Blatt 1370**

lfd. Nr. 15, Gemarkung Burgsolms, Flur Nr. 12, Flurstück 18, Ackerland, Am Holterbaum, Größe 8,50 Ar,

lfd. Nr. 18, Gemarkung Burgsolms, Flur Nr. 12, Flurstück 17, Ackerland, Am Holterbaum, Größe 7,70 Ar,

lfd. Nr. 19, Gemarkung Burgsolms, Flur Nr. 22, Flurstück 42/2, Bauplatz, Hofmannsseite, Größe 1,75 Ar,

lfd. Nr. 20, Gemarkung Burgsolms, Flur Nr. 22, Flurstück 43/2, Bauplatz, Hofmannsseite, Größe 2,95 Ar,

lfd. Nr. 21, Gemarkung Burgsolms, Flur Nr. 22, Flurstück 43/3, Bauplatz, Hofmannsseite, Größe 0,09 Ar,

lfd. Nr. 23, Gemarkung Burgsolms, Flur Nr. 20, Flurstück 77/1, Hof- und Gebäudefläche, Krautgärtenstraße, Größe 5,58 Ar, sollen am Mittwoch, dem 17. Juli 1974, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude in Braunfels, Gerichtsstraße, Sitzungssaal, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 6. 12. 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks): zu a) Straßenbauunternehmer Heinz Westram und dessen Ehefrau Luise geb. Kasper, Solms, zu je 1/2, zu b) Luise Westram geb. Kasper, Solms.

Der Wert der Grundstücke wird nach § 74 a Abs. 5 ZVG wie folgt festgesetzt: zu a) Bd. 76, Bl. 1038: Nr. 1: 25 160,— DM, Nr. 2: 263 540,— DM.

zu b) Bd. 87, Bl. 1370: Nr. 15: 1700,— DM, Nr. 18: 1440,— DM, Nr. 19: 3500,— DM, Nr. 20: 5900,— DM, Nr. 21: 180,— DM, Nr. 23: 129 940,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6333 Braunfels, 15. 5. 1974

**Amtsgericht Wetzlar
Zweigstelle Braunfels**

2060

K 11 + 17/73: Das im Grundbuch von Kröffelbach, Band 34, Blatt 494, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Kröffelbach, Flur Nr. 1, Flurstück 176, Hof- und Gebäudefläche, Am Stiegel, Größe 575 Ar,

soll am Mittwoch, dem 7. August 1974, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude in Braunfels durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 4. 5. und 5. 11. 1973 (Tage der Versteigerungsvermerke): Metzgermeister Helmut Henritzi und dessen Ehefrau Berta, geb. Lebeau, Oberstedten/Ts. zu je 1/2.

Der Wert gemäß § 74 a ZVG 122 000,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6333 Braunfels, 10. 5. 1974

**Amtsgericht Wetzlar
Zweigstelle Braunfels**

2061

2 K 9/73: Das im Grundbuch von Lindheim, Band 27, Blatt 1241, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 4, Gemarkung Lindheim, Flur 8, Flurstück 375, Hof- und Gebäudefläche, Am Weinberg 6, Größe 8,78 Ar,

soll am Montag, dem 26. August 1974, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude in Büdingen, Schloßgasse 22, Zimmer 8 (Sitzungssaal) — durch Zwangsvollstreckung — versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 9. März 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks): Schlosser Hans Schmückle in Frankfurt a. M.-Nied, jetzt Lindheim.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 205 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6470 Büdingen, 26. 4. 1974 Amtsgericht

2062

2 K 35/72: Die im Grundbuch von Mittel-Seemen, Band 10, Blatt 558, eingetragenen Grundstücke

lfd. Nr. 2, Gemarkung Mittel-Seemen, Flur 5, Flurstück 18/19, Ackerland in der Häsel, Größe 23,34 Ar,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Mittel-Seemen, Flur 1, Flurstück 81/4, Hof- und Gebäudefläche Hoherodskopfstr. 16, Größe 4,37 Ar, sollen am Montag, dem 16. September 1974, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude in Büdingen, Schloßgasse Nr. 22, Zimmer Nr. 8 (Sitzungssaal), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 5. September 1972 (Tag des Versteigerungsvermerks): Landwirt Heinrich Reutzel und dessen Ehefrau Emmy Reutzel geb. Koppel, Mittel-Seemen, zu je 1/2.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 1200,— Deutsche Mark für Flur 5 Nr. 18/19 und auf 10 000,— DM für Flur 1 Nr. 81/4.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6470 Büdingen, 8. 5. 1974

Amtsgericht

2063

2 K 39 73: Die im Grundbuch von Büdingen, Band 85, Blatt 3945, eingetragenen Grundstücke (früher Band 26, Blatt 1869)

lfd. Nr. 1, Gemarkung Büdingen, Flur 13, Flurstück 219, Hof- und Gebäudefläche, Bahnhofstr. 65, Größe 45,40 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Büdingen, Flur 13, Flurstück 218, Gartenland in den roten Gräben, Größe 7,32 Ar,

sollen am Montag, dem 12. August 1974, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude in Büdingen, Schloßgasse Nr. 22, Zimmer Nr. 8 (Sitzungssaal), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 20. August 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks): Kaufmann Ignaz Gorzinski in Büdingen.

Der Wert des Grundstücks Flur 13 Nr. 219 ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 1 200 000,— DM und des Grundstücks Flur 13 Nr. 218 auf 36 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6470 Büdingen, 23. 4. 1974

Amtsgericht

2064

2 K 3 73 — 2 K 32 73: Das im Grundbuch von Rommelhausen, Band 16, Blatt 505, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Rommelhausen, Flur 2, Flurstück 39/49, Hof- und Gebäudefläche, Karlstr. 10, Größe 8,32 Ar,

soll am Montag, dem 9. September 1974, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude in Büdingen, Schloßgasse Nr. 22, Zimmer Nr. 8 (Sitzungssaal), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 23. Januar 1973 / 14. Juni 1973 (Tage der Versteigerungsvermerke): Erwin Maderholz, Flugzeugmechaniker, und dessen Ehefrau Renate Maderholz geb. Kohler, Rommelhausen, zu je 1/2.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 135 000,— bzw. auf 67 500,— DM je ideale Grundstückshälfte.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6470 Büdingen, 7. 5. 1974

Amtsgericht

2065

5 K 1/74 — **Beschluß:** Das im Grundbuch von Kirch-Göns, Band 45, Blatt 1871, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1 des Bestandsverzeichnisses, Gemarkung Kirch-Göns, Flur 1, Flurstück

Nr. 507/1, Hof- und Gebäudefläche, Bahnhofstr. 17, Größe 6,64 Ar, soll am 14. August 1974, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Butzbach, Färbgasse 24, Zimmer 1 (Sitzungssaal) durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 11. 1. 1974 (Tag des Versteigerungsvermerks): Ingrid Lengwenus, geb. Oha, jetzt in Oberkleen, Hauptstr. 23.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 200 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6308 Butzbach, 22. 4. 1974 Amtsgericht

2066

61 K 18/73: Die im Grundbuch von Darmstadt, Bezirk III, Band 44, Blatt 1919, eingetragenen Grundstücke

lfd. Nr. 1, Gemarkung Darmstadt, Flur 3, Flurstück 1067, Gartenland, Wilhelm-Leuschner-Straße, Größe 0,49 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Darmstadt, Flur 3, Flurstück 1068-1, Hof- und Gebäudefläche, Wilhelm-Leuschner-Straße 31, Größe 7,86 Ar,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Darmstadt, Flur 3, Flurstück 1068-2, Gartenland daselbst, Größe 0,56 Ar,

sollen am 24. Oktober 1974, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Darmstadt, Mathildensplatz 12, Zimmer 504, I. Stock, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 16. 3. 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Kaufmann Ernst Max Karl Ott in Darmstadt — zu $\frac{1}{2}$ —;

b) dessen Ehefrau Hilde Trude Elfriede Ott geb. Schnitzer, daselbst — zu $\frac{1}{2}$ —.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6100 Darmstadt, 10. 5. 1974

Amtsgericht, Abt. 61

2067

61 K 25 73: Das im Grundbuch von Griesheim, Band 183, Blatt 8599, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 4, Gemarkung Griesheim, Flur 1, Flurstück 894/4, Hof- und Gebäudefläche Hahlgartenstraße 67, Größe 4,42 Ar,

soll am 23. Oktober 1974, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Darmstadt, Mathildensplatz 12, Saal 418, Erdgeschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 4. 5. 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks): Irma Hildegard Scheidler geb. Mahr in Griesheim.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6100 Darmstadt, 6. Mai 1973

Amtsgericht, Abt. 61

2068

61 K 89/72: Das im Grundbuch von Brandau, Band 22, Blatt 871, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Brandau, Flur 2, Flurstück 63 2, Gartenland, Hauptstraße, Größe 5,02 Ar,

soll am 9. Oktober 1974, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Darmstadt, Mathildensplatz 12, Erdgeschoß, Saal 418, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Miteigentümerin am 15. 11. 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks): Francisca Marmol in Roßdorf, zu $\frac{1}{2}$.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“

wird hingewiesen.

6100 Darmstadt, 20. 5. 1974

Amtsgericht, Abt. 61

2069

8 K 22/73: Die im Grundbuch von Fellerdilln, Band 30, Blatt 1031, eingetragenen Grundstücke

lfd. Nr. 1, Gemarkung Fellerdilln, Flur Nr. 11, Flurstück 27/24, Hof- und Gebäudefläche unter der Bachstruth, Größe 4,59 Ar, lfd. Nr. 2, Gemarkung Fellerdilln, Flur Nr. 11, Flurstück 27/25, desgl., Größe 0,10 Ar,

sollen am 3. Juli 1974, 14.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Dillenburg, Wilhelmstraße 7, Zimmer Nr. 18, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 19. 6. 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks): Schlosser Armin Wickel, Fellerdilln.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf:

Grundstück lfd. Nr. 1 = 88 350,— DM, Grundstück lfd. Nr. 2 = 4 650,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6340 Dillenburg, 20. 5. 1974 Amtsgericht

2070

8 K 52/72 — 17/73 — 7/74: Die im Grundbuch von Frohnhausen, Band 48, Blatt Nr. 1665, eingetragenen Grundstücke

lfd. Nr. 1, Gemarkung Frohnhausen, Flur Nr. 2, Flurstück 483/81, Hof- und Gebäudefläche Lindenstraße, Größe 0,01 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Frohnhausen, Flur Nr. 2, Flurstück 81/1, Hof- und Gebäudefläche Lindenstraße 84, Größe 5,13 Ar,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Frohnhausen, Flur Nr. 6, Flurstück 371, Grünland auf dem vorderen Omerland 4. Gew., Größe 8,17 Ar, lfd. Nr. 4, Gemarkung Frohnhausen, Flur Nr. 8, Flurstück 448, Ackerland in den Stöcken, I. Gew., Größe 4,08 Ar,

lfd. Nr. 5, Gemarkung Frohnhausen, Flur Nr. 8, Flurstück 449, Ackerland das., Größe 6,50 Ar,

lfd. Nr. 6, Gemarkung Frohnhausen, Flur Nr. 6, Flurstück 71, Grünland in der Schlagwies, 2. Gew., Größe 3,18 Ar,

lfd. Nr. 7, Gemarkung Frohnhausen, Flur Nr. 6, Flurstück 705/20, Grünland in der Schlagwies, Größe 0,30 Ar,

sollen am 21. August 1974, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Dillenburg, Wilhelmstr. Nr. 7, Zimmer Nr. 18, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am a) 24. August 1974 (Tag des Versteigerungsvermerks): bezüglich lfd. Nr. 1 + 2 und am b) 24. Mai 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks) bezüglich lfd. Nr. 3—7 Ehefrau des Schlossers Hans Herbert Theis, Brigitte geb. Waldschmidt in Frohnhausen.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

lfd. Nr. 1: 18,— DM, lfd. Nr. 2: 34 234,— DM.

Der Wert der Grundstücke lfd. Nr. 3—7 wird nach § 74 a Abs. 5 ZVG wie folgt festgesetzt:

lfd. Nr. 3: 817,— DM, lfd. Nr. 4: 612,— DM, lfd. Nr. 5: 975,— DM, lfd. Nr. 6: 556,50 DM, lfd. Nr. 7: 52,50 DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6340 Dillenburg, 13. 5. 1974 Amtsgericht

2071

84 K 34/74 — Zwangsversteigerung: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll die

ideelle Hälfte des im Grundbuch von Langenhain, Band 42, Blatt 1048, eingetragenen Grundstücks,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Langenhain, Flur Nr. 54, Flurstück 74, Acker (Obstb.), Pfarrhag, Größe 26,81 Ar,

am Donnerstag, 29. August 1974, 9.00 Uhr, im Bau B, Frankfurt (M.), Gerichtsstr. 2, Zimmer 137, I. Stock, versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 5. 3. 1974: Lieselotte Scheinecker, geb. Pohle, in Kriftel/Ts.

Der Wert der Grundstückshälfte ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 6112,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6000 Frankfurt (M.), 10. 5. 1974

Amtsgericht, Abt. 84

2072

84 K 92/72 — Zwangsversteigerung: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll die ideelle Hälfte des im Grundbuch von Langenhain, Band 42, Blatt 1048, eingetragenen Grundstücks

lfd. Nr. 1, Gemarkung Langenhain, Flur Nr. 54, Flurstück 74, Acker (Obstb.), Pfarrhag, Größe 26,81 Ar,

am Donnerstag, 29. August 1974, 9.00 Uhr, im Bau B, Frankfurt (Main), Gerichtsstr. 2, Zimmer 137, I. Stock, versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 30. 10. 1972: Kaufmann Fritz Scheinecker in Kriftel.

Der Wert der Grundstückshälfte ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 6112,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6000 Frankfurt (M.), 10. 5. 1974

Amtsgericht, Abt. 84

2073

84 K 43/73 — Zwangsversteigerung: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Schwanheim des Amtsgerichts Frankfurt (M.), Abteilung Frankfurt (M.)-Höchst, Band 152, Blatt 4094, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Schwanheim, Flur Nr. 8, Flurstück 1529/3, Hof- und Gebäudefläche, Silcherstr. 9, Größe 12,24 Ar,

am Montag, dem 30. September 1974, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, in Frankfurt (Main), Gerichtsstr. 2, Zimmer 137, I. Stock, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 18. Juni 1973 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks): Ehefrau Katharina Heuser, geb. Schneider, in Frankfurt (M.)-Schwanheim.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 294 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6000 Frankfurt (M.), 10. 5. 1974

Amtsgericht, Abt. 84

2074

84 K 90/73 — Zwangsversteigerung: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Unterliederbach des Amtsgerichts Frankfurt am Main, Abt. Höchst, Band 70, Blatt 1882, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Unterliederbach, Flur 20, Flurstück 52/57, Hof- und Gebäudefläche, Silostr. 52, Größe 7,25 Ar,

am Donnerstag, 12. September 1974, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Frankfurt am Main, Gerichtsstr. 2, Zimmer 137, I. Stock, versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 11. 9. 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks): Martin Milch, 6235 Okrifel.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 776 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

6000 Frankfurt (M.), 9. 5. 1974

Amtsgericht, Abt. 84

2075

K 52/73: A. Die im Grundbuch von Blofeld, Band 15, Blatt 663, eingetragenen Grundstücke

lfd. Nr. 1, Gemarkung Blofeld, Flur 1, Flurstück 15, Hof- und Gebäudefläche, Die Schäfergärten, Größe 3,87 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Blofeld, Flur 1, Flurstück 87, Hof- und Gebäudefläche, Eichelbergweg 2, Größe 0,79 Ar,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Blofeld, Flur 1, Flurstück 89, Hof- und Gebäudefläche, Eichelbergweg 2, Größe 2,77 Ar,

lfd. Nr. 4, Gemarkung Blofeld, Flur 1, Flurstück 90, Hof- und Gebäudefläche, daselbst, Größe 1,57 Ar,

lfd. Nr. 5, Gemarkung Blofeld, Flur 1, Flurstück 368, Ackerland, In der Herrnecke, Größe 109,74 Ar,

B. Die dem Schuldner gehörende Grundstückshälfte des im Grundbuch von Blofeld, Band 15, Blatt 664, eingetragenen Grundstücks:

lfd. Nr. 1, Gemarkung Blofeld, Flur 1, Flurstück 369, Ackerland, In der Herrnecke, Größe 46,72 Ar,

sollen am Freitag, dem 2. August 1974, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Friedberg, Homburger Straße 18, Zimmer 32, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 19. Oktober 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks): der Grundstücke zu A: Landwirt Ernst Heß in Blofeld;

des Grundstücks zu B: Landwirt Ernst Heß in Blofeld und dessen Ehefrau Agathe Heß geb. Bittorf, Blofeld, zu je 1/2.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf:

a) bezügl. der Grundstücke zu A: lfd. Nummer 1 = 2048,— DM, lfd. Nr. 2-4 = 102 500,— DM, lfd. Nr. 5 = 16 461,— DM, b) bezügl. der Grundstückshälfte zu B. = 3504,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

6360 Friedberg/H., 26. 4. 1974 Amtsgericht

2076

K 86/73: Das im Grundbuch von Reichelsheim, Band 31, Blatt 1437, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Reichelsheim, Flur 1, Flurstück 12, Hof- und Gebäudefläche, Dorn-Assenheimer-Str. 14, Größe 5,01 Ar,

soll am 26. Juli 1974, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Friedberg/H., Homburger Str. 18, Zimmer 32, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 30. Nov. 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks): Margot Schmidt, geb. Walter, in Florstadt Nr. 1.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 207 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

6360 Friedberg/H., 22. 4. 1974 Amtsgericht

2077

K 13/72 — Beschluß: Die im Grundbuch

von Lichenroth, Band 14, Blatt 520, eingetragenen Grundstücke

lfd. Nr. 1, Gemarkung Lichenroth, Flur Nr. 14, Flurstück 43/1, Lieg.-B. 498, Hof- und Gebäudefläche Die Küchenwiesen, Größe 19,68 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Lichenroth, Flur Nr. 14, Flurstück 43/2, Hof- und Gebäudefläche Die Küchenwiesen, Größe 4,58 Ar,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Lichenroth, Flur Nr. 14, Flurstück 43/3, Hof- und Gebäudefläche Die Küchenwiesen, Größe 15,62 Ar,

sollen am Freitag, dem 16. August 1974, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Gelnhausen, Philipp-Reis-Straße 9, Zimmer Nr. 11, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 24. März 1972 (Tag des Versteigerungsvermerks): Firma J. u. M. Gromes OHG in Lichenroth.

Der Wert der Grundstücke wird nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für Flurstück 43/1 = 218 990,08 DM, Flurstück 43/2 = 11 450,— DM, Flurstück 43/3 = 81 947,52 Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

6460 Gelnhausen, 7. 5. 1974 Amtsgericht

2078

K 5, 6/74 — Beschluß: Die im Grundbuch von Bad Orb a) Band 87, Blatt 3898, b) Band 94, Blatt 4165, c) Band 127, Blatt Nr. 5431, eingetragenen Grundstücke

a) Band 87, Blatt 3898

lfd. Nr. 4, Gemarkung Bad Orb, Flur 12, Flurstück 2637, Hof- und Gebäudefläche, Eduard-Gräf-Straße 11, Größe 2,48 Ar,

lfd. Nr. 5, Flur 12, Flurstück 268, Hof- und Gebäudefläche, Eduard-Gräf-Straße Nr. 11, Größe 0,44 Ar,

b) Band 94, Blatt 4165

lfd. Nr. 2, Flur 12, Flurstück 272, Hof- und Gebäudefläche, Eduard-Gräf-Straße Nr. 11, Größe 3,37 Ar,

c) Band 127, Blatt 5431

lfd. Nr. 3, Gemarkung Bad Orb, Flur 32, Flurstück 106, Grünland, Wiese obere Au, Größe 4,27 Ar u. 4,00 Ar,

lfd. Nr. 4, Gemarkung Bad Orb, Flur 41, Flurstück 78, Ackerland Bäckersberg, Größe 19,07 Ar,

sollen am Freitag, dem 2. August 1974, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Gelnhausen, Philipp-Reis-Straße 9, Zimmer Nr. 11, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 6. und 7. Februar 1974 (Tag des Versteigerungsvermerks): a) Band 87, Blatt 3898, Hilfsarbeiter Anton Weisbecker, Johann Peters Sohn in Bad Orb — zur Hälfte — und Schlosser Heinrich Weisbecker, geb. am 13. 10. 1921, Bad Orb, Eduard-Gräf-Straße 11 — zur Hälfte —, b) Band 94, Blatt 4165, Tagelöhner Anton Weisbecker, Johann Peters Sohn in Bad Orb, c) Band 127, Blatt 5431, Angestellter Anton Weisbecker, Johann Peters Sohn in Bad Orb.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt:

Flur 12, Flurstück 267 = 99 671,— DM,

Flur 12, Flurstück 268 = 5 280,— DM,

Flur 12, Flurstück 272 = 75 369,— DM,

Flur 32, Flurstück 106 = 6 616,— DM,

Flur 41, Flurstück 71 = 2 860,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

6460 Gelnhausen, 20. 5. 1974 Amtsgericht

2079

K 27/73 — Beschluß: Das im Grundbuch von Udenhain, Band 27, Blatt 641, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Udenhain, Flur 13, Flurstück 78, Lieg.-B. 486, Hof- und Gebäudefläche, Ringstraße, Größe 8,35 Ar,

soll am Freitag, dem 2. August 1974, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Gelnhausen, Philipp-Reis-Straße 9, Zimmer Nr. 11, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 31. August 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks): Firma Fountain Fertighaus, Kommanditgesellschaft, Wolfgang Stopp in Ofenbach-Bleber.

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 210 000,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

6460 Gelnhausen, 20. 5. 1974 Amtsgericht

2080

K 84, 85/72 — Beschluß: Das im Grundbuch von Neuenhaßlau, Band 40, Blatt 1010, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Neuenhaßlau, Flur 17, Flurstück 316, Lieg.-B. 1201, Hof- und Gebäudefläche, Vor dem Kreuzgarten, 6,00 Ar,

soll am Freitag, dem 9. August 1974, 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Gelnhausen, Philipp-Reis-Straße 9, Zimmer 11, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 12. Dezember 1972 (Tag des Versteigerungsvermerks): Kaufmann Rudolf Hess und Else Hess, geb. Hotz, beide in Hasselroth-Neuenhaßlau, je zu 1/2 Anteil.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 108 550,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

6460 Gelnhausen, 6. 5. 1974 Amtsgericht

2081

K 11/73 — Beschluß: Die im Grundbuch von Flörsbach, Band 21, Blatt 492, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Flörsbach, Flur 7, Flurstück 35, Grünland, Holzung, Am Vockeweg, 83,95 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Flörsbach, Flur 7, Flurstück 53, Grünland, Am Hungerborn, 22,01 Ar,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Flörsbach, Flur 7, Flurstück 54, Grünland, Am Hungerborn, 7,21 Ar,

sollen am Freitag, dem 9. August 1974, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Gelnhausen, Philipp-Reis-Straße 9, Zimmer 11, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 13. April 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks): Gastwirt und Koch Wilhelm Eisert in Lohrhaupten.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt für Flur 7, Flurstück 35 = 740 775,— DM, für Flur 7, Flurstück 53 = 2201,— DM, für Flur 7, Flurstück 54 = 721,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

6460 Gelnhausen, 3. 5. 1974 Amtsgericht

2082

42 K 8/73 — Beschluß: Der dem Klaus Ferdinand Veit gehörige 1/4 Miteigentumsanteil an den im Grundbuch von Gleßen-Klein-Linden, Band 77, Blatt 3027, einge-

tragenen Grundstücken

Ifd. Nr. 1, Gemarkung Gießen-Klein-Linden, Flur 1, Flurstück 500, Lieg.-B. 699, Gartenland die kleine Waldweide, Größe 0,55 Ar,

Ifd. Nr. 2, Gemarkung Gießen-Klein-Linden, Flur 1, Flurstück 501, Hof- und Gebäudefläche, Frankfurter Straße 312, Größe 2,61 Ar,

sollen am 1. August 1974, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Gießen, Gutfleischstraße Nr. 1, Zimmer Nr. 205, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 5. März 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Marie Veit geb. Andermann, Witwe des Bundesbahnassistenten Ferdinand Veit in Gießen-Klein-Linden, — zu $\frac{1}{4}$ —;

b) Arbeiter Klaus Ferdinand Veit, daselbst — zu $\frac{1}{4}$ —.

Der Wert der $\frac{1}{4}$ -Miteigentumsanteile des Klaus Ferdinand Veit ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt: bzgl. Flur 1, Flurstück 500 auf 2475,— DM, bzgl. Flur 1, Flurstück 501 auf 40 773,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6306 Gießen, 16. 5. 1974

Amtsgericht

2083

4 K 2/74: Das im Grundbuch von Ellar, Band 22, Blatt 834, eingetragene Grundstück

Ifd. Nr. 1, Gemarkung Ellar, Flur 2, Flurstück 286, Hof- und Gebäudefläche oberste Hohl, Größe 9,42 Ar,

soll am 19. 7. 1974, 11.15 Uhr, im Gerichtsgebäude Gymnasiumstr. 8, Zimmer 7, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 25. 1. 1974 (Tag des Versteigerungsvermerks):

1. a) Personalfahrer Joachim Pfüller,
b) dessen Ehefrau Hedwig Pfüller geb. Marquardt,
beide aus Ellar zu je $\frac{1}{2}$.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a ZVG auf 194 200,— DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6253 Hadamar, 17. 5. 1974

Amtsgericht

2084

4 K 5 73: Das im Grundbuch von Ellar, Band 22, Blatt 834, eingetragene Grundstück

Ifd. Nr. 1, Gemarkung Ellar, Flur 2, Flurstück 286, Hof- und Gebäudefläche oberste Hohl, Größe 9,42 Ar,

soll am 19. 7. 1974, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Gymnasiumstr. 8, Zimmer 7, hinsichtlich des $\frac{1}{2}$ Anteils des Joachim Pfüller durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 4. 4. 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks):

1. a) Personalfahrer Joachim Pfüller,
b) dessen Ehefrau Hedwig Pfüller geb. Marquardt in Ellar,
zu je $\frac{1}{2}$.

Der Wert der Grundstückshälfte ist nach § 74 a ZVG festgesetzt auf: 97 100,— DM (insges. 194 200,— DM).

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6253 Hadamar, 17. 5. 1974

Amtsgericht

2085

42 K 46/73: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Rückingen, Band 62, Blatt 1828, eingetragene Grundstück

Ifd. Nr. 1, Gemarkung Rückingen, Flur 1, Flurst. 59, Hof- und Gebäudefläche, John-F.-Kennedy-Str. 10, Größe 7,52 Ar, am 23. 7. 1974, 14 Uhr, im Gerichtsgebäude A, Hanau, Nußallee 17, Zimmer 18, versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 4. Juni 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks): Architekt Dieter Altpass in Hanau.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 434 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6450 Hanau, 24. 5. 1974 Amtsgericht, Abt. 42

2086

K 3/73: Das im Grundbuch von Caßdorf, Band 16, Blatt 264, eingetragene Grundstück,

Ifd. Nr. 1, Gemarkung Caßdorf, Flur 4, Flurstück 105/2, Hof- und Gebäudefläche, Homberger Straße, Größe 2,56 Ar,

soll am 2. August 1974, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Homberg, Bez. Kassel, Oberstorstraße, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 16. März 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks): Ehefrau Ingrid Gertenbach, geb. Hasse, in Caßdorf.

Der Wert des Grundstücks wurde nach § 74 a Abs. 5 ZVG auf 37 500,— DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

3588 Homberg, Bez. Kassel, 14. 5. 1974

Amtsgericht

2087

K 2/74: Das im Grundbuch von Caßdorf, Band 17, Blatt 272, eingetragene Grundstück

Ifd. Nr. 1, Gemarkung Caßdorf, Flur 4, Flurstück 44, Hof- und Gebäudefläche, An der Kirche 2, Größe 3,27 Ar,

soll am 30. August 1974, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Homberg Bez. Kassel Teilungsversteigerung zum Zwecke der durch Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 12. März 1974 (Tag des Versteigerungsvermerks): Arbeiter Günther Sasse in Wassmuthshausen — zur Hälfte —; Ehefrau Irmhild Schlechter gesch. Sasse geb. Jahn in Wabern-Hebel — zur Hälfte —.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

3588 Homberg, Bez. Kassel, 21. 5. 1974

Amtsgericht

2088

K 1/74: Das im Grundbuch von Großenbach, Band 19, Blatt 636, eingetragene Grundstück

Ifd. Nr. 1, Gemarkung Großenbach, Flur Nr. 13, Flurstück 6/9, Hof- und Gebäudefläche, Am Rößberg, Größe 5,66 Ar,

soll am 25. Juli 1974, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude hier, Hauptstraße 24, I. Stock, Zimmer 11, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 7. 3. 1974 (Tag des Versteigerungsvermerks): Helmut und Ingeborg Barschke in Morles — je zur Hälfte —.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 91 132,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6418 Hünfeld, 16. 5. 1974

Amtsgericht

2089

2 K 10/72 — **Beschluß:** Das im Grundbuch von Idstein, Band 69, Blatt 2239, eingetragene Grundstück,

Ifd. Nr. 1, Idstein, Flur 10, Flurstück 292, Größe 2,57 qm, Flur 10, Flurstück 302, Größe 0,10 qm, Flur 10, Flurstück 301, Größe 0,11 qm, Lieg.-B. 1841, Hof- und Gebäudefläche, Kaffeegasse Nr. 6,

soll am 26. Juli 1974, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Idstein/Ts., Gerichtsstr. 1, Zimmer 15, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 7. 9. 1972 (Tag des Versteigerungsvermerks): Alwine Adams, geb. von Werder, in Idstein.

Der Wert des Grundstücks wurde nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 51 400,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6270 Idstein/Ts., 9. 5. 1974

Amtsgericht

2090

5 K 1/73: Das im Grundbuch von Stadt Allendorf, Blatt 4553, eingetragene Grundstück

Ifd. Nr. 1, Flur 39, Flurstück 1 108, Bauplatz, Neustädter Straße, Größe 66,08 Ar, soll am Mittwoch, dem 17. Juli 1974, 11.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Kirchhain, Zimmer 20, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 5. 2. 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks): Firma Discha Reifengesellschaft mit beschränkter Haftung, Reifenspezialbetriebe & Co. KG in Wiesbaden.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a ZVG festgesetzt auf 464 591,40 DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

3575 Kirchhain, Bz. Kassel, 21. 5. 1974

Amtsgericht

2091

9 K 62/73: Der 22,58 1000 Miteigentumsanteil, den dem im Grundbuch von Königstein-Taunus, Band 43, Blatt 1499

Ifd. Nr. 1, Gemarkung Königstein, Flur Nr. 10, Flurstück 13/4, Hof- und Gebäudefläche Wiesbadener Straße, Größe 52,22 Ar, verzeichneten Grundstücks, verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung im Hause Thewaltstraße 20 b, Erdgeschoß rechts, im Aufteilungsplan mit Nr. 14, bezeichnet,

soll am 9. Oktober 1974, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Nebengebäude Georg-Pingler-Straße 19, Sitzungssaal, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 24. 10. 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks): Ehefrau Marita Klein geb. Bergler, 624 Königstein/Ts., Thewaltstraße 20 b.

Der Wert des vorstehend näher bezeichneten Wohnungseigentums ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 70 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6240 Königstein/Ts., 15. 5. 1974

2092

7 K 23/73 — **Beschluß:** Das im Grundbuch von Lampertheim, Bezirk Hofheim, Band 50, Blatt 2668, eingetragene Grundstück,

Ifd. Nr. 2, Gemarkung Hofheim, Flur 1, Flurstück 145¹, Hof- und Gebäudefläche, Luisenstr. 11, Größe 2,25 Ar,

soll am Mittwoch, 14. 8. 1974, um 8.30

Uhr, im Gerichtsgebäude in Lampertheim, Zimmer 10, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 8. 8. 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks) Anni Stölzle, geb. Scherer in Hofheim, Luisenstraße 11.

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a, Abs. 5 ZVG, auf 55 000,— DM festgesetzt.

Auf Verlangen ist Sicherheit in Höhe von $\frac{1}{10}$ des Bargebots zu leisten.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6840 Lampertheim, 24. 4. 1974 **Amtsgericht**

2093

7 K 8/73: Neuer Zwangsversteigerungstermin des Grundstücks Flur 16, Nummer 164/67, Hof- und Gebäudefläche, Max-Planck-Straße 30, Größe 28,20 Ar, ist am Mittwoch, 18. September 1974, 10.00 Uhr, Zimmer 10.

Eingetragener Eigentümer: Alois Cech, 6806 Viernheim, Max-Planck-Straße 30.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6840 Lampertheim, 16. 5. 1974 **Amtsgericht**

2094

7 K 31/73 — **Beschluß:** Das im Grundbuch von Sarnau, Band 18, Blatt 544, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Sarnau, Flur 7, Flurstück 21, Hof- und Gebäudefläche, Das Mockenroth-Haus Nr. 66, Größe 5,38 Ar, soll am 5. September 1974, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Marburg, Universitätsstraße Nr. 48, Zimmer Nr. 157, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 25. Juli 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks): Wilhelm Heinrich, Autoschlosser in Sarnau.

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 32 000,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

3550 Marburg, 13. 5. 1974 **Amtsgericht**

2095

7 K 5/73 — Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Klein-Steinheim, Band 54, Blatt 2112, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Klein-Steinheim, Flur 2, Flurstück 687/1, L.B. 749, Hof- und Gebäudefläche, Albert-Reuss-Straße 4, Größe 6,79 Ar (Reichshelmstätte; Ausgeberin Neue Heimat Südwest in Frankfurt am Main)

am Dienstag, dem 23. Juli 1974, 8.30 Uhr durch das unterzeichnete Gericht, Luisenstraße 16, Gebäude D, Zimmer 835, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer zur Zeit des Versteigerungsvermerks (17. Januar 1973) Eheleute Roland Geissler und Maria geb. Dreier in Steinheim a. M., zu je $\frac{1}{2}$.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 195 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Rubrik „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6050 Offenbach am Main, 20. 5. 1974

Amtsgericht

2096

7 K 387/73: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Neu-Isenburg, Band 209, Blatt 7575, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Neu-Isenburg,

Flur 1, Flurstück 394/4, Bauplatz Schulwiesengewann, Größe 8,00 Ar,

am Dienstag, dem 16. Juli 1974, 8.30 Uhr durch das unterzeichnete Gericht Luisenstraße 16, Gebäude D, Zimmer 835, versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer zur Zeit des Versteigerungsvermerks (22. 8. 1973) Firma Hausbau-Gesellschaft Huth mbH u. Co. KG in Frankfurt am Main.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 60 000,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6050 Offenbach am Main, 17. 5. 1974

Amtsgericht

2097

2 K 27/73 — **Beschluß:** Das im Grundbuch von Eschbach, Band 49, Blatt 1652, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Eschbach, Flur 1, Flurstück 11, Lieg.-B. 461, Hof- und Gebäudefläche, Am Müllergarten, Größe 15,08 Ar,

soll am Donnerstag, dem 15. August 1974, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Usingen/Ts., Weilburger Straße 2, Zimmer 16, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 15. August 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks):

- a) Ingenieur und Landwirt Gustav Wirth, Eschbach,
b) dessen Ehefrau Käthe Wirth, geb. Kügel, Eschbach,

— zu je $\frac{1}{2}$ -Anteil —.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 190 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6390 Usingen/Ts., 10. 5. 1974 **Amtsgericht**

2098

3 K 37/70 und 42/72: Die im Grundbuch von Allendorf, Band 44, Blatt 1891, eingetragenen Grundstücke

lfd. Nr. 1, Gemarkung Allendorf, Flur 1, Flurstück 194, Ackerland, Raingarten, Wert: 800,— DM, Größe 2,43 Ar,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Allendorf, Flur 1, Flurstück 98, Hof- und Gebäudefläche, Korngrasse 6, Wert: 17 500,— DM, Größe 0,75 Ar,

sollen am 31. Juli 1974, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Wetzlar, Wertherstr. 2, Zimmer Nr. 32, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 25. 6. 1970 (Tag des Versteigerungsvermerks): Eheleute Alfred Grein und Helga geb. Katzner, Allendorf — zu je $\frac{1}{2}$ —.

Beschluß: Der Wert der Grundstücke ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf die angegebenen Beträge (Beschluß vom 2. 4. 1974).

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6330 Wetzlar, 20. 5. 1974

Amtsgericht

2099

3 K 59/71: Das im Grundbuch von Wetzlar, Band 211, Blatt 7401, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Wetzlar, Flur 38, Flurstück 174, Hof- und Gebäudefläche, Dahlienweg, Größe 8,02 Ar,

soll am 31. Juli 1974, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Wetzlar, Wertherstr. 2, Zimmer Nr. 32, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 7. Nov. 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Eheleute Hans Feger und Elfriede geb. Kaschte, Wetzlar, zu je $\frac{1}{2}$.

Beschluß: Der Wert des Grundstücks wird nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf Grund der ortsgewöhnlichen Schätzung vom 9. 1. 1973 gegenüber allen Beteiligten des Verfahrens auf 105 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6330 Wetzlar, 20. 5. 1974

Amtsgericht

2100

3 K 60/73: Das im Grundbuch von Großrechtenbach, Band 51, Blatt 1812, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Großrechtenbach, Flur 7, Flurstück 405, Hof- und Gebäudefläche, Tulpenweg, Größe 6,80 Ar,

soll am 7. August 1974, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Wetzlar, Wertherstr. 2, Saal Nr. 32, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 2. Okt. 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks): Schriftsetzer Herbert Schnitte, Wetzlar.

Beschluß: Der Wert des Grundstücks wird nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf Grund der ortsgewöhnlichen Schätzung vom 8. April 1974 gegenüber allen am Verfahren Beteiligten auf 199 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6330 Wetzlar, 14. 5. 1974

Amtsgericht

2101

61 K 17/74 — **Beschluß:** Das im Grundbuch von Kastel, Band 36, Blatt 1693, eingetragene Grundstück, Gemarkung Kastel,

lfd. Nr. 2, Flur 21, Flurstück 450/13, Hofraum, Hochheimer Str. 1, Größe 3,45 Ar, soll am 17. September 1974, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Gerichtsstr. 2, Zimmer Nr. 243, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 21. Februar 1974 (Tag des Versteigerungsvermerks):

- a) Anna Katharina Mall, geb. Schollmayer,
b) Anna Berta Mall,
c) Peter August Mall,
alle in Mz.-Kostheim in Erbgemeinschaft.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6200 Wiesbaden, 2. 5. 1974

Amtsgericht

2102

2 K 32/73 — **Beschluß:** Die im Grundbuch von Dörnberg, Band 24, Blatt 903, eingetragenen Grundstücke

lfd. Nr. 1, Gemarkung Dörnberg, Flur 6, Flurstück 32/1, Hof- und Gebäudefläche, Vorm Berge, Haus Nr. 78 $\frac{1}{2}$, Größe 7,70 Ar, Ackerland, daselbst, Größe 2,63 Ar, mit $\frac{1}{2}$ Anteil am Gemeindegut,

sollen am 6. August 1974, 9.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Wolfhagen, Gerichtsstr. 5, Zimmer 13, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 19. Oktober 1973 (Tag des Versteigerungsvermerks): Kaufmann Georg August Jacob und Ehefrau Margarete Jacob, geb. Nennstil, in Kassel, jetzt wohnhaft in Habichtswald-Dörnberg, Am Berge 10 — je zur ideellen Hälfte —.

Der Wert der Grundstücke einschließlich Gemeindegut ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 25 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

3549 Wolfhagen, 9. 5. 1974

Amtsgericht

Andere Behörden und Körperschaften

2103

Beschluß über die teilweise Heranziehung kreisangehöriger Gemeinden zur Durchführung von Sozialhilfemaßnahmen im Landkreis Waldeck-Frankenberg

Gemäß § 96 des Bundessozialhilfegesetzes in der Fassung vom 14. August 1969 (BGBl. I S. 1153) in Verbindung mit § 4 des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Bundessozialhilfegesetz in der Fassung vom 16. September 1970 (GVBl. I S. 573) werden auf ihren Antrag hin die Städte Korbach, Bad Wildungen und Arolsen zur teilweisen Durchführung der dem Landkreis Waldeck-Frankenberg als örtlichem Träger der Sozialhilfe obliegenden Aufgaben herangezogen.

Die Heranziehung erstreckt sich auf die

- Hilfe zum Lebensunterhalt gem. §§ 11 bis 24 BSHG einschließlich der Gewährung einmaliger Beihilfen bis zu 500,— DM,
- vorbeugende Gesundheitshilfe gem. § 36 BSHG mit Ausnahme der Hilfe für Kinder, Jugendliche und alte Menschen.
- Krankenhilfe gem. § 37 BSHG und § 276 LAG unter Beachtung der mit der Allgemeinen Ortskrankenkasse für den Landkreis Waldeck-Frankenberg gem. § 363 a (1) RVO abgeschlossenen Vereinbarung,
- Hilfe für werdende Mütter und Wöchnerinnen gem. § 38 BSHG,
- Überleitung der Verpflichtungen anderer sowie deren Inanspruchnahme gem. §§ 90 bis 92 c BSHG soweit sich die Leistungspflicht aus den unter a) bis d) genannten Aufgaben ergibt.
- Beteiligung an den vorbereitenden Arbeiten für alle sozialen Aufgaben für Hilfeberechtigte aus den oben genannten Gemeinden, die dem Landkreis als örtlichem Träger der Sozialhilfe auf Grund gesetzlicher Bestimmungen, infolge Heranziehung durch den überörtlichen Sozialhilfeträger oder auf freiwilliger Grundlage obliegen.

Für alle nicht unter a) bis f) genannten sozialen Aufgaben bleibt der Landkreis als örtlicher Träger der Sozialhilfe sachlich unmittelbar zuständig.

Für die Durchführung der übertragenen Aufgaben kann der Kreisausschuß Weisungen erteilen.

Die zur Durchführung von Sozialhilfemaßnahmen herangezogenen Gemeinden werden auf die Beachtung von § 102 BSHG hingewiesen.

Der Beschluß über die Heranziehung tritt mit Wirkung vom 1. Juli 1974 in Kraft; der Heranziehungsbeschluß vom 11. Februar 1963 wird mit Wirkung vom 30. Juni 1974 aufgehoben.

3540 Korbach, 28. 3. 1974

Der Kreisausschuß
des Landkreises Waldeck-Frankenberg
gez. Dr. Reccius

2104

Veränderung im Aufsichtsrat der Friedberger Gemeinnützigen Wohnungsbau GmbH

Gemäß § 52 Abs. 3 des GmbH-Gesetzes veröffentlicht die Friedberger Gemeinnützige Wohnungsbau GmbH, 636 Friedberg/H., Wintersteinstraße 3, folgende Veränderung im Aufsichtsrat:

Herr Rechtsanwalt und Notar Hans R i c k e r s, Friedberg/H., Saarstraße 35, ist durch Tod ausgeschieden.

Neu wurde in den Aufsichtsrat gewählt: Herr Erich B e c k e r, 636 Friedberg/H., Dorheimer Straße 35.

6360 Friedberg/H., 19. 5. 1974

Friedberger Gemeinnützige Wohnungsbau GmbH
gez. Dietze
Geschäftsführer

Während andere
noch ansparen,
feiern BHW-Bausparer
bereits Richtfest...

...denn sie ziehen ein, ohne 40% ansparen zu müssen. Hinzu kommt: **Billiges Baugeld** — nur 4 1/2% Darlehnszinsen seit 1956 bei 3% Guthabenzinsen. **Mini-Monatsraten** für Bausparverträge bis zu 25 Jahren Laufzeit. **Erstklassiger Service** — über uns bekommen Sie zusätzliches zinsgünstiges Baugeld von den öffentlichen Arbeitgebern und Berufsorganisationen. **Hohe Prämien oder Steuervorteile** für Ihre jährlichen Sparleistungen. **Sofort Informationsmaterial anfordern.**

BHW Ihr Vorrecht auf Haus+Vermögen

Bausparkasse für alle im öffentlichen Dienst — das Beamtenheimstättenwerk, 325 Hameln, Postfach 666, Fernruf (05151) 181

KOCH-HARTMANN:

AVG

Das Angestellten-Versicherungsgesetz

Kommentar in VIII Bänden

Der von der Fachwelt zu den Standardwerken gezählte und höchstgeschätzte Kommentar wird herausgegeben von Albrecht v. Altröck, Ltd. Verw.-Dir. in der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, unter Mitwirkung von Paul Först, Verwaltungsberrat in der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte; beide Autoren sind zuständig für die Bände I—IV

Band V wird herausgegeben und bearbeitet von Dr. iur. Karl-Heinz Casselmann, Verwaltungsdirektor Justiziar der Landesversicherungsanstalt Hessen Frankfurt (Main) Dr. iur. Helmut Friedrichs, Bundesrichter beim Bundessozialgericht, Lehrbeauftragter an der Universität Bochum, Kassel; Nikolaus von Gellhorn, Ministerialrat beim Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung Bonn

Preis 350,— DM

Verlag Dr. iur. Kurt Engel
Nachfolger
62 Wiesbaden, Wilhelmstraße 42

Öffentliche Ausschreibungen

2105

Eschwege: Die Bauleistungen für den Ausbau der L 3244 in der OD Eschwege von km 0,7 + 50 bis 1,7 + 00, Los I, sollen vergeben werden.

Leistungen u. a.:

- ca. 500 cbm Mutterboden abtragen,
- ca. 7000 cbm Erdbewegung
- ca. 3000 cbm 1. Tragschicht, Kies 0/32 mm (21 cm dick),
- ca. 900 cbm 2. Tragschicht, Basaltmaterial 0/32 mm, (10 Zentimeter dick),
- ca. 9000 qm bit. 3. Tragschicht 0/32 mm (11 cm dick),
- ca. 9000 qm 1. Asphaltbinderschicht 0/16 mm (4 cm dick),
- ca. 9000 qm Asphaltbetondeckschicht 0/11 mm (4 cm dick) und Los II in gleicher Größe sowie die Arbeiten der Stadt (Gehwege, Kanal usw.).

Bauzeit: 380 Werkstage einschl. Winterunterbrechung.

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Geforderte Sicherheitsleistung: 5% der Auftragssumme.

Die Zahlung erfolgt entsprechend den ZVSt 73 § 13. Es bleibt vorbehalten, vor Zuschlagserteilung von den Bewerbern Nachweise über Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit entsprechend VOB/A, § 8, Abs. 3, anzufordern.

Die Vergabeunterlagen können bei der ausschreibenden Stelle, Abteilung Baudurchführung Straßen, Eschwege, Max-Woelml-Str. 3 (Bödickerbau), II. Stock, während der Besuchszeiten von 9.00—12.00 und 14.00—15.30 Uhr eingesehen werden.

Angebotsunterlagen sind bis spätestens 7. 6. 1974 anzufordern.

Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Ausfertigungen in Höhe von 25,— DM ist beizufügen.

Der Betrag ist bei der Staatskasse Bad Hersfeld, Postscheckkonto Frankfurt/Main 6753 oder Konto Nr. 301 bei der Kreis- und Stadtparkasse Bad Hersfeld oder Konto Nr. 532 015 01 bei der Landeszentralbankstelle in Bad Hersfeld unter Angabe „L 3244, OD Eschwege“ einzuzahlen.

Eröffnungstermin: Eschwege, den 2. 7. 1974, um 10.00 Uhr beim Hess. Straßenbauamt Eschwege, Friedrich-Wilhelm-Straße 52, Erdgeschoß. Zur Teilnahme am Eröffnungstermin sind nur die Bieter bzw. ihre Bevollmächtigten zugelassen.

Zuschlags- und Bindefrist beträgt 28 Werkstage.

3440 Eschwege, 24. 5. 1974

Hessisches Straßenbauamt

2106

Fulda: Durch das Hess. Straßenbauamt Fulda sollen die Straßenbauarbeiten — Teilausbau der L 3258 in der Ortslage Dipperz, km 9,420 bis 9,571 — vergeben werden.

Auszuführen sind:

- rd. 1500 cbm Erdbewegung
- rd. 500 t Basaltmaterial d. K. 0/56 mm als Frostschuttschicht
- rd. 500 t Asphalttragschicht d. K. 0/32 mm
- rd. 2000 qm Teerasphaltbeton d. K. 0/11 mm, 4 cm dick

Die Bauarbeiten sollen bis zum 1. Juli 1974 begonnen werden und müssen bis zum 30. November 1974 beendet sein.

Die Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Angebotsunterlagen werden in doppelter Ausfertigung gegen eine Kostenerstattung in Höhe von 25,— DM — die in keinem Fall zurückerstattet werden — abgegeben. Der Betrag ist vor Abgabe der Unterlagen bei der Staatskasse Bad Hersfeld, Psk.-Konto Ffm. Nr. 6753-609, mit obiger Angabe einzuzahlen und bei schriftlicher Anforderung der Ausschreibungsunterlagen durch Beifügung der Einzahlungsquittung zu belegen.

Selbstabhöler erhalten die Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage der Einzahlungsquittung von Montag bis Freitag, in der Zeit von 8.00 bis 12.00 Uhr.

Der **Eröffnungstermin** findet am Mittwoch, dem 12. Juni 1974, 10.00 Uhr, im Hess. Straßenbauamt Fulda, Behördenhaus, Schillerstraße 8, statt.

Die **Zuschlags- und Bindefrist** endet am 12. Juli 1974, 24.00 Uhr.

6400 Fulda, 20. 5. 1974

Hessisches Straßenbauamt

2107

Frankfurt: Die Bauleistungen für Landschaftsbauarbeiten — Regulierung der Entwässerungsmulden BAB A 80 km 18,7, sollen vergeben werden.

Leistungen u. a.:

- 400 lfd. m Beton-Halbschalen verlegen
- ca. 170 lfd. m Entwässerungsrinne pflastern
- ca. 1900 qm Rasensoden verlegen
- 3000 qm Einsaatarbeiten
- 6000 qm Pflegearbeiten

Bauzeit: 30 Werkstage

Voraussichtlicher Arbeitsbeginn: Bewerber werden gebeten, dem Autobahnamt Frankfurt (M.), Münchener Straße 4—6, bis spätestens 31. 5. 1974 schriftlich mitzuteilen, ob sie die Unterlagen abholen oder Postzustellung wünschen.

Der Beleg über die Einzahlung von 10,— DM (Mehrwertsteuer entfällt) für 2 Ausfertigungen bei der Staatskasse Frankfurt (M.), Postscheckkonto Frankfurt (M.) 6821 mit der Angabe:

Ausschreibungsunterlagen für: Landschaftsbauarbeiten der Entwässerungsmulden und Begrünung an den Verbindungswegen der Autobahnmeisterei Diedenbergen sowie der BAB A 80 bel km 18,7 ist beizufügen.

Für Selbstabhöler werden die bestellten Ausschreibungsunterlagen am 30. 5. 1974 in der Zeit von 9.00 Uhr bis 15.00 Uhr beim Autobahnamt Frankfurt (M.), Zimmer 226, ausgegeben. **Eröffnungstermin** am 20. 6. 1974, 10.00 Uhr im Zimmer 401, des Autobahnamtes Frankfurt (M.), Münchener Straße 4—6. **Zuschlags- und Bindefrist:** 15. Juli 1974.

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen, deren Druckstücke zum Preise von 3,— DM/Stück bei jedem Hessischen Straßenbauamt und dem hiesigen Amt erhältlich sind.

6000 Frankfurt (M.), 17. 5. 1974

Autobahnamt Frankfurt (M.)

2108

Bad Hersfeld: Die Bauleistungen für den Ausbau der OD Hohenroda, OT Oberbreitzbach, Kreis Hersfeld-Rotenburg, im Zuge der L 3173 zwischen km 2,170 und km 2,940 sollen vergeben werden.

Leistungen u. a.:

- ca. 14 000 cbm Erdarbeiten
- ca. 3 500 cbm Frostschuttschicht
- ca. 7 900 qm Asphalttragschicht, Körnung 0/35, 390 kg/qm
- ca. 7 900 qm Teerasphaltbeton, Körnung 0/11, 100 kg/qm und sonstige Nebenarbeiten

Bauzeit: 237 Werkstage

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen. Angebotsunterlagen sind bis zum 12. 6. 1974 unter Beifügung der Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten in Höhe von 20,— DM für zwei Ausfertigungen anzufordern.

Der Betrag ist bei der Staatskasse Bad Hersfeld, Postscheckkonto Frankfurt/M. Nr. 6753—609 oder bei der Sparkasse Bad Hersfeld — Rotenburg in Bad Hersfeld, Konto-Nr. 301 unter Angabe der Zweckbestimmung einzuzahlen.

Eröffnungstermin: 25. Juni 1974, 10.00 Uhr, im Gebäude des Hess. Straßenbauamtes Bad Hersfeld, Hubertusweg 19.

Zuschlags- und Bindefrist: 25. Juli 1974.

6430 Bad Hersfeld, 22. 5. 1974

Hessisches Straßenbauamt

Der „Staatsanzeiger für das Land Hessen“ erscheint wöchentlich montags. Fortlaufender Bezug nur durch die Postämter. Bezugspreis vierteljährlich DM 18,80 (einschließlich 5% = 0,98 DM MWSt.). Herausgeber: Der Hessische Minister des Innern Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt des amtlichen Teils Ministerialrat Gantz für den übrigen Teil Fr. Wilmes, Verlag: Buch- und Zeitschriftenverlag Kultur und Wissen GmbH & Co. KG, 62 Wiesbaden, Postfach 1329, Postscheckkonto: Frankfurt/M. Nr. 143 60-603. Bankkonto: Bank für Gemeinwirtschaft Wiesbaden, Nr. 10 143 800. Druck: Pressehaus Geisel Nachf., 62 Wiesbaden. Anzeigenannahme und Ver-

trieb: Staatsanzeiger, 62 Wiesbaden, Wilhelmstraße 42, Telefon SA-Nr. 3 96 71, Fernschreiber 04 186 648. Preis von Einzelstücken: bis 32 Seiten Umfang DM 2,90, bis 40 Seiten DM 3,80, bis 48 Seiten DM 4,50, über 48 Seiten DM 5,00. Die Preise verstehen sich einschließlich Versandkosten und 5% Prozent Mehrwertsteuer. Lieferung gegen Vorauszahlung (keine Briefmarken) auf das Postscheckkonto des Verlages, Frankfurt/M. 143 60-603. Anzeigenschluß: 7 Tage vor Erscheinen. Anzeigenpreis lt. Tarif Nr. 11 vom 1. 6. 1974.

Der Umfang dieser Ausgabe beträgt 32 Seiten.